Nr. 71. 34. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando Vierteljährl. 3,90 Mk., monatl. 1,30 Mk., wöchentlich 30 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,30 Mark pro Monat eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

5 Pfennig

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Dienstag, den 13. März 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Straßenkämpfe in Petersburg.

Hungeraufruhr in Rußland.

Die Lebensmittelnot, die zur allgemeinen Pein der Welt geworden ist, ist in Rußland bis zu erschütternden Ausbrüchen der Volksverzweiflung gediehen. Ein Hemmen ist nicht mehr möglich, ein Verstecken ebenso wenig. Seit Wochenfrist sind die beiden großen Hauptstädte des Landes in Bewegung. Das Vorspiel aus der Weihnachtswoche ist weit überholt. In den Straßen drängen und stürmen hungernde Tausende, Blut ist geflossen, Hunderte von Toten werden gezählt.

Was in diesen Städten geschieht, wird auch in diesem Fall nur als ein Teil allgemeiner sich abrollender Vorgänge zu betrachten sein. Denn wenn die Hauptstädte brotlos sind, in denen die großen Verkehrsadern des Landes begünstigend zusammentreffen, so hungern die weniger verkehrsgünstig liegenden Städte und Striche des Riesenreiches erst recht.

Die Lebensmittelkrise ist zum Brennpunkt der ganzen politischen Krise Rußlands geworden. Ein System, mit den ungeheuersten Mitteln brutaler Gewalt geschirmt und gehalten, versagt unrettbar in der Frage, von der im gegenwärtigen Zeitpunkt mehr noch als sonst alles abhängt. Die politische Krise entfaltet sich ihrer wuchtigsten Form als soziale Krise. Was hat das System als Abwehr aufzubieten gegen die Aeußerungen ihres Ausbruchs? Mit Vertröstungen, Versprechungen, mit Drohungen, Peitschen, Kugeln ist gegen den Hunger, der gestern war und heute ist und morgen sein wird, nichts Nachwirkendes auszurichten. Hätte das System überhaupt organisatorisch Abhilfe schaffen können, so hätte es an Zeit dazu nicht gefehlt.

Aber es fehlt an der Möglichkeit, weil das System, das Rußland beherrscht, der absolute Widerspruch gegen moderne soziale Ordnung ist. Es kann sich in Friedenszeiten mit dem Einsatz seiner Gewaltmittel hinweglügen über die gesunde Lösung der Aufgabe, eine Staatswirtschaft zu führen, die zum Heil großer Gebiete und größter Menschenmassen ausschlägt. Aber der Krieg, der Organisation und abermals Organisation in wirtschaftlichen Dingen als Grundlage der Sicherheit seiner Leistungen fordert, kann bei solcher Lügenarbeit nicht bestehen. Der Krieg sollte das System retten und nun treibt er es zum vollkommensten Bankrott.

Weil dieses der Kern all der Vorgänge ist, die sich seit Monaten in Rußland häufen und steigern, deshalb ist dem jetzt Geschehenen und Geschehenden die höchste Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die inneren Zustände Rußlands sind längst ein erheblicher Faktor in der Kriegsrechnung der Entente, die ohne ein leistungsfähiges Rußland in schweres Schwanken geraten muß. Daß die Krise sich jetzt in Hungeraufruhr entlädt, wird diesem Faktor eine Macht geben, die er bisher nicht besessen hat. Aus folgenden Meldungen läßt sich der Stand der Vorgänge erkennen:

Straßenkämpfe in Petersburg.

Petersburg, 11. März. (Reutermeldung.) Der Kommandant der Petersburger Truppen, General Chawaloff, macht in einer Proklamation bekannt: Infolge der Unruhen in den letzten Tagen, der Gewalttätigkeiten und der versuchten Angriffe auf Soldaten und Polizei und der trotz des Verbots in den Straßen abgehaltenen Versammlungen wird die Bevölkerung darauf aufmerksam gemacht, daß die Truppen Befehl haben, von der Waffe Gebrauch zu machen und vor keiner Maßregel zurückzuschrecken, um die Ordnung in der Hauptstadt aufrecht zu erhalten.

Die Zeitungen erscheinen nicht. Die Straßenbahnen sind außer Betrieb.

Amsterdam, 12. März. Einem hiesigen Blatte zufolge meldet „Times" aus Petersburg: Am Sonnabend nachmittag herrschte große Aufregung auf den Straßen, Kavalleriepatrouillen durchzogen die Stadt nach allen Richtungen. Die Menge jubelte den Truppen zu und die Soldaten jubelten der Menge zu. Die ganze Angelegenheit hätte nicht so gefährlich ausgesehen, wenn nicht die Leute stundenlang vor den Brotläden gestanden hätten, aber durch die Anwesenheit Tausender von Wartenden erhielten die Lebensmittelkdemonstrationen ein ernsthaftes Aussehen. Die Läden wurden in den äußeren Vierteln und in den Fabrikvierteln ernsthaft beschädigt. Aus Moskau liegen noch keine Berichte vor. Dort muß die Lebensmittelkrise ernsthafter gewesen sein als in Petersburg.

Wie der „Vossischen Zeitung" aus Stockholm berichtet wird, erfolgten am vorigen Montag abend die ersten Unruhen auf dem Heumarkt und vor der Narwapforte stürmten Tausende von Männern und Frauen die Bäckerläden. Berittene Polizei sorgte für die ersten zwanzig Toten und Verwundeten. Weiter sagt der Bericht:

Am frühen Dienstagmorgen stellte sich vor den großen Mehllagern des Alexander-Newsky-Klosters und dem Intendanturlager auf der Spalernajastraße unweit der Reichsduma eine Menschenmenge ein, die gegen 8 Uhr zu unabsehbaren Tausenden wuchs. Als man versuchte, die Intendanturlager zu stürmen, erschien an der Spitze von Kosaken, Gendarmen und Ersatzschwadronen der Kavallerie der Petersburger Polizeipräsident General Balck vor der Intendantur und der Polizeimeister General von Halle vor dem Kloster. Nach zweimaliger vergeblicher Warnung wurde von der Schußwaffe Gebrauch gemacht; aber auch aus der Menge erfolgten Schüsse, und wenige Minuten darauf gab es auf beiden Seiten zahlreiche Tote und Verwundete, deren Zahl dadurch gekennzeichnet wird, daß allein in Leichenkammern und Krankensälen des Peter-Pauls-Krankenhauses und des Marien-Krankenhauses bis um 10 Uhr früh etwa 40 Tote und über 120 Verwundete eingeliefert wurden.

Der Nachmittag verlief wieder einigermaßen ruhig; nur die großen Brotfabriken Filipow, Jsakow und Robinson wurden von der Menge demoliert. Gegen Abend wurde bekannt, daß die gesamte Arbeiterschaft von Lessner, Putilow und mehreren Fabriken auf der Wiborgseite die Arbeit einzustellen drohte, falls für ihre Konsumvereine nicht sofort Brot geliefert werden sollte. Die Petersburger Militärbäckereien backten daraufhin aus ihren eigenen Mehlbeständen während der Nacht Brot, das am Mittwoch früh den Arbeiterkonsumvereinen im geheimen übermittelt wurde. Am selben Mittwoch konnte wieder zum erstenmal einiges Brot für das große Publikum gebacken werden, aber die Bäckerläden mußten nach wenigen Minuten wieder schließen, da das wenige Brot zum großen Teil ohne Bezahlung von den Stürmenden entrissen wurde.

Der Bericht reicht nur bis Mittwoch. Die Zahl der Opfer an Toten und Verwundeten in diesen Tagen beziffert er auf 300 bis 400. Er hebt hervor, daß bei der zweitägigen Hungerrevolte aus der tausendköpfigen Menge Rufe nach Frieden mindestens ebenso oft wie Rufe nach Brot erklangen.

•

Bern, 12. März. Der Petersburger Korrespondent des „Corriere della Sera" meldet, daß sich die Lebensmittelkrise in den letzten Tagen noch verschlimmert hat. Der Mehl- und Brotmangel ist besonders fühlbar in Petersburg und Moskau. Außer der Transportkrise kommen noch zahlreiche Momente in Betracht, durch die die geregelte Versorgung der beiden Hauptstädte behindert wird. Die Einführung der Brotkarte mit einer Tagesration von 140 Gramm wurde beschlossen. Sie soll innerhalb zehn Tagen in Kraft treten. Außerdem werden wiederholt die Personenzüge für eine ganze Woche unterdrückt, um den Lebensmitteltransport zu steigern.

Die Duma

nahm einstimmig eine Tagesordnung an, in der die sofortige Versorgung von Petersburg, Moskau und anderen industriellen Städten verlangt wird. Die Tagesordnung fordert außerdem die Zulassung von Arbeitervertretern in das Komitee für nationale Verteidigung. Die Annahme der Tagesordnung erfolgte, während die Arbeitermassen streikten. In den letzten Tagen haben zahlreiche Manifestanten gefeiert, um gegen die Brotnot Einspruch zu erheben. Es kam zu blutigen Zusammenstößen.

Ministerpräsident Golitzyn rief nachts einen dringenden Ministerrat zusammen, zu dem auch die Präsidenten und Vizepräsidenten des Senats und der Duma sowie der Oberbürgermeister von Petersburg und andere Persönlichkeiten eingeladen wurden.

•

Die Schließung der Moskauer Fabriken.

In den „Rußkija Wjedomosti" vom 24. Februar teilt die Redaktion mit, daß die zwei vorhergehenden Nummern der Zeitung mit Beschlag belegt worden seien wegen der Artikel über die Schließung der Moskauer Fabriken, die am 22. und 23. Februar darin erschienen waren. Der erste Artikel berichtet, daß infolge der Heizmittelkrisis eine Reihe von Fabriken stillstehe. Neun Fabriken arbeiten überhaupt nicht, die übrigen nur mit Unterbrechungen (mit Ausnahme der Munitionsfabriken) unter Verwendung kleiner Vorräte von Heizmaterial, die sie von dem Verein der Fabrikanten erhalten.

Die meisten Fabriken, die nicht für die Landesverteidigung arbeiten, stellen den Betrieb ein und haben zum 3. März den Arbeitern gekündigt (hauptsächlich Textilfabriken). Zur Entlassung kommen im Moskauer Bezirk 38000 Arbeiter, auf Moskau selbst fallen 19000. Die Arbeiter erhalten Zahlung bis Ostern; der Betrieb der Fabriken wird wieder aufgenommen, wenn ein Minimum von Heizmaterial zur Lieferung kommt. Schon lange sind 19 Eisenbahnzüge mit Kohlen nach Moskau abgefertigt worden — sie wurden aber von den Bahnverwaltungen für ihre eigenen Bedürfnisse requiriert. Die Bahnverwaltung teilte den Moskauer Fabrikanten mit, daß im Februar überhaupt kein Heizmaterial geliefert werden könne und erst im März über die Durchschnittsmenge 5 Proz. mehr geliefert würde. Gestern wurden die Arbeiter entlassen, die in den Backwerkfabriken beschäftigt waren. Es wurden 14000 Arbeiter entlassen, darunter 80 Proz. Frauen und Minderjährige.

In dem Artikel vom 22. 2. war nur kurz festgestellt: „Gegenwärtig haben 46 Fabriken wegen Mangel an Heizmaterial ihre Tätigkeit eingestellt."

•

Hungersnot in Finnland.

Stockholm, 12. März. Nach Nachrichten aus Helsingfors herrscht namentlich in dem nördlichen Teil Finnlands vollkommene Hungersnot. Der Futtermangel bedroht die Erhaltung der Viehbestände. Die Behörden für Beschaffung von Lebensmitteln sind außerstande, dem im ganzen Lande herrschenden Mehlmangel abzuhelfen. Im Januar konnten aus Rußland nur geringe Mehlmengen eingeführt werden. Die in Finnland wohnenden Amerikaner teilten ihrer Botschaft in Petersburg die Absicht mit, bei der nächsten Gelegenheit nach Amerika zurückzukehren. Sie erhielten den Bescheid, daß sie warten müßten bis zur Herstellung sicherer Schiffsverbindungen.

35 000 Tonnen im Mittelmeer versenkt.

Amtlich. Berlin, 12. März. Im Mittelmeer wurden versenkt: Sechs Dampfer und acht Segler mit zusammen über 35 000 Tonnen, darunter am 17. Februar der bewaffnete französische von Zerstörern gesicherte

Truppentransportdampfer Athos (12 644 Tonnen),

mit einem Bataillon Senegalesen sowie tausend chinesischen Munitionsarbeitern an Bord; am 27. Februar ein bewaffneter begleiteter Transportdampfer von etwa 5000 Tonnen; am 3. März ein bewaffneter Dampfer von 5000 Tonnen mit Eisenbahnmaterial als Ladung; am 6. März der italienische Dampfer Porto di Smyrna (2576 Tonnen) mit Mehl und Stückgut von Genua nach Alexandrien; am 7. März ein bewaffneter, von Begleitfahrzeugen gesicherter Transportdampfer von etwa 8000 Tonnen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Offensive in Sicht an der Westfront?

Amtlich. Berlin, 12. März. Eine amtliche Havasnote kündigt Ereignisse an der Westfront an, die man in Frankreich „mit größtem Vertrauen erwartet". Auch wir sehen diesen Ereignissen mit großem Vertrauen entgegen.

Die Havasnote, auf die sich diese amtliche Aeußerung bezieht, lautet:

Paris, 11. März. Die Westfront scheint aus ihrer Erstarrung heraustreten zu wollen. Die Anzeichen von Tätigkeit mehren sich und kündigen Ereignisse an, die man mit größtem Vertrauen erwartet.

Eine solche Ankündigung von Kriegshandlungen ist ungewöhnlich. Hat sie vielleicht ihren Ursprung in der Ueberzeugung, daß die Spannung der französischen Bevölkerung von den Kammerverhandlungen, durch die sie aufs stärkste erregt und hingenommen wird, durch irgendein Kraftmittel abgelenkt werden muß?

•

Basel, 12. März. Den „Basler Nachrichten" wird aus Mailand unterm 10. gemeldet: Heute wird die Ernennung von 21 neuen Generalleutnants und 65 Generalmajors bekanntgegeben, was allgemein als Anzeichen der bevorstehenden großen Offensive gedeutet wird.

Bagdad von den Engländern besetzt.

Der Räumung der Stellung von Kut el Amara schloß sich die Räumung der Stellung von Ktesiphon an und nun hat die türkische Armee diesen Entschlüssen die Aufgabe von Bagdad folgen lassen. Am Sonntag sind die Engländer in Bagdad eingerückt. Die taktische Eroberung der Stadt vollzog sich nach den vorliegenden Meldungen in der Weise, daß die Hauptmasse der Engländer südöstlich von Bagdad zunächst gegen den 20 Kilometer südlich der Stadt in den Tigris einmündenden Djalah vorging und hier nach lebhafteren Gefechten die türkische Nachhut zurückdrängte, den Fluß überschritt und am folgenden Tage weiter nach Bagdad hinein und schließlich aus dieser Stadt hinaus warf.

Aus der Tatsache, daß augenscheinlich große Beute und zahlreiche Gefangene von den Engländern nicht gemacht sind, erklärt sich schon, daß es sich militärisch nicht um eine Er-

oberung, sondern vielmehr um die Einnahme einer aus eigenem Entschluß der türkischen Heeresleitung geräumten Stadt handelt.

Der militärische Npr.-Mitarbeiter bemerkt: Daß der Fall Bagdads als ein Erfolg der militärischen und politischen Pläne Englands zu buchen ist, bestreitet dieselbe Korrespondenz in anderen Ausführungen keineswegs. Es handelt sich bei Bagdad um ein Stück des Landweges nach Indien. Dem englischen Einfluß war in den kleinasiatischen Bahnplänen nur die Endstrecke der Bagdadbahn vorbehalten; die Kriegslage, fährt die genannte Korrespondenz fort, brachte es mit sich, daß auch dieses Endstück der großen das Mittelmeer mit dem Persischen Golf verbindenden Binnenbahn dem Mitbestimmungsrecht Englands genommen würde. Diese Gefahr dürfte für die gewaltigen Anstrengungen entscheidend gewesen sein, die England zur Einleitung und energischen Durchführung des mesopotamischen Feldzuges bewogen hat. Die scharfe Kritik, die das Unternehmen bisher bei den politischen Kreisen Englands erfuhr, war ein Beweis für die starken und vitalen Interessen, die England hier zu verteidigen hatte. Durch die Einnahme von Bagdad, der Hauptstadt des Landes, ist es ihnen in der Tat vorläufig gelungen, seine mit großem Geschick kombinierten militärischen und politischen Pläne zu fördern, soweit der moralische Eindruck in der islamitischen Welt dabei eine Rolle zu spielen vermag. Die endgültige Entscheidung steht allerdings bei dem weiteren Verlauf des Krieges auf diesem und anderen Kriegsschauplätzen von Land und See und schließlich den Friedensverhandlungen.

•

Der türkische Bericht über den Fall Bagdads liegt noch nicht vor. In der türkischen Kammer sagte, laut Meldung der Depeschenagentur Milli vom Sonnabend, der stellvertretende Oberbefehlshaber Enver Pascha in einer Betrachtung über die allgemeine Lage: Die Verteidigung der Meerengen und der Küsten sei niemals gesicherter gewesen, namentlich seit dem verstärkten Unterseebootkrieg. An der Sinaifront sei die Lage fast unverändert. An der mesopotamischen Front sind wir, so fügte er hinzu, infolge militärischer Maßnahmen gegen den Nordtigris zurückgegangen. An der persischen Front haben wir uns aus denselben Erwägungen heraus gegen Kermanschah zurückgezogen. Die Lage an der Kaukasusfront ist unverändert. Die Hinweise Envers waren wohl bestimmt, auf den möglichen Fall Bagdads vorzubereiten.

Der englische Heeresbericht gibt folgende Darstellung der Einnahme von Bagdad: Wir überraschten den Feind, indem wir bei Mondschein am Dienstag den Diala überschritten. Auf dem rechten Ufer richteten wir an der Tigrisbrücke unterhalb der Mündung des Diala einen starken Posten ein. Eine starke Abteilung marschierte auf dem rechten Ufer stromaufwärts, fand den Feind 6 Meilen südlich von Bagdad und trieb ihn 2 Meilen zurück. Wir erzwangen den Uebergang über den Diala am Freitag und rückten 4 Meilen in der Richtung auf Bagdad vor. Unsere Streitkräfte auf dem rechten Ufer warfen den Feind aus der zweiten Stellung und schlugen auf dem genommenen Gelände ein Lager auf. Es herrschten Sandstürme und heftiger Wind. Wir drängten die Türken am Sonnabend 3 Meilen westlich und südwestlich Bagdad zurück und besetzten Bagdad am Sonntagmorgen.

Die Stimmung in Amerika.

Der Kongreß und der Präsident.

Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus New York vom 11. März: Obwohl mehrere gesetzgebende Versammlungen der Einzelstaaten die gegen Wilsons Politik auftretenden Senatoren unterstützen, wird der Kongreß dem Präsidenten mit einer großen Mehrheit beitreten. Die Bewaffnung oder die Konvoyierung der Schiffe wird schneller, als bisher erwartet, durchgeführt werden, da die Republikaner und die Demokraten, soweit die Krise in Betracht kommt, einer gemeinsamen Aktion nicht abgeneigt sind.

Die öffentliche Meinung, fährt der Bericht fort, ist durch die versuchten Verhandlungen mit Mexiko und Japan augenscheinlich ungünstig beeinflußt worden, ebenso durch die Entdeckung mehrerer sogenannter Plots gegen amerikanische Fabriken, wegen der Erregung von Unruhen in Indien sowie der Entsendung von Spionen nach England, die offenbar im Interesse Deutschlands erfolgt sei.

Diese angebliche Verletzung der amerikanischen Neutralität füllt in den hiesigen Blättern ganze Spalten. Reuter schürt das Feuer durch die Meldung, daß in ganz Deutschland Haßgesänge gegen Amerika ertönen. Trotzdem ist der Gedanke an eine Kriegserklärung nur wenig verbreitet und entspricht offensichtlich nicht den Absichten Wilsons.

Der Präsident wünscht nur die amerikanische Schiffahrt im Kriegsgebiet zu beschützen.

Inzwischen wird die Vorbereitung für jede Möglichkeit in größerem Umfange, namentlich für das finanzielle Gleichgewicht getroffen, wozu das Federal Reserve Board 900 Millionen Noten als Reserve vorbereitet hat.

Die Ansicht Lansings.

New York, 11. März. Reutermeldung. Der Korrespondent der Associated Preß meldet, daß nach Ansicht des Staatsdepartements ein bewaffnetes amerikanisches Handelsschiff berechtigt sein würde, beim bloßen Erscheinen eines deutschen U-Bootes oder Periskops alle Maßregeln zu seiner Verteidigung zu treffen, in der Annahme, daß das deutsche U-Boot feindliche Absichten habe. Nach dieser Ansicht könnte ein bewaffnetes amerikanisches Handelsschiff auf ein deutsches U-Boot sofort feuern, sobald es gesichtet würde. Diese Ansicht gründet sich auf die von Deutschland verkündete Absicht, auf Sicht in bestimmten Zonen alle Schiffe zu versenken, einerlei, ob sie neutral oder kriegführend, Passagierdampfer, Frachtschiffe oder Beförderer von Bannware sind.

Die drahtlose Verbindung mit Deutschland.

Bern, 11. März. „Petit Parisien" meldet aus Washington: Die Lage in Mexiko wird beunruhigend. In Washington eingelaufene Nachrichten besagen, daß geheime Versammlungen von in Mexiko ansässigen oder aus den Vereinigten Staaten eingetroffenen Deutschen in Veracruz und Monterey fast täglich stattfinden. **In der Nähe der Stadt Mexiko wurde kürzlich eine sehr starke Funkenstation errichtet, die direkt mit Deutschland verkehrt.** Die Gerüchte, daß U-Boot-Stützpunkte im Golf von Mexiko bestehen, scheinen sich zu bestätigen, ebenso daß die dortigen deutschen U-Boote die Aufgabe haben, die Petroleumausfuhr nach England zu unterbinden. Für die heute stattfindende Präsidentenwahl ist Carranza bisher der alleinige ernsthafte Kandidat, vielleicht tritt in letzter Stunde auch noch der Minister Obregon auf. Die Washingtoner Regierung gab Instruktionen, alle deutschen Treibereien zu bekämpfen und bereitet sich auf alle Fälle vor.

Starkes Feuer im Ancre-Gebiet, längs der Aisne, in der Champagne — Französischer Angriff südlich Ripont.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 12. März 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Sehr klare Sicht hatte an vielen Stellen der Front gesteigerte Tätigkeit der Fernwaffen und Flieger zur Folge.

Besonders stark war das Feuer im Ancre-Gebiet zwischen Bucquoy und Le Transloy, lebhaft in mehreren Abschnitten längs der Aisne und in der Champagne.

Südlich von Ripont griffen die Franzosen heute morgen Teile unserer Stellungen an; sie wurden abgewiesen.

Durch Luftangriffe unserer Flieger verloren die Gegner 16 Flugzeuge und 2 Fesselballons, durch Abwehrfeuer 1 Flugzeug.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Bei vielfach reger Artillerie- und Vorfeldtätigkeit noch keine größeren Kampfhandlungen.

Mazedonische Front.

Zwischen Ochrida- und Prespa-See haben sich kleine Gefechte vor unseren Linien abgespielt.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

•

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 12. März. Abends.

Im Sommegebiet, zwischen Avre und Oise, sowie in der Champagne lebhafte Gefechtstätigkeit.

Auch im Osten war bei klarer Sicht die Artillerie in mehreren Abschnitten reger als in den Vortagen.

Beiderseits des Prespa-Sees und im Cerna-Bogen nahm gleichfalls das Feuer zu.

•

Der österreichische Bericht.

Wien, 12. März 1917. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Gegen die Karst-Hochfläche unterhielten die Italiener zeitweise ein stärkeres Geschütz- und Minenfeuer. Heute früh wurde ein feindlicher Angriff vor Kostanjevica abgewiesen.

Unsere Flieger bewarfen Lager bei Pasma mit Bomben.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Bei Buzi, 25 Kilometer südlich von Barat, zersprengten unsere Patrouillen eine feindliche Abteilung.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes
von Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Der Weg des deutschen Bündnisplans.

Berlin, 12. März. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt zur mexikanischen Angelegenheit:

Obwohl aus dem Bericht über die Verhandlungen des Hauptausschusses des Reichstags bekannt ist, daß die Instruktion für unseren Gesandten in Mexiko als chiffrierte Weisung nach Washington gegangen ist, wird in der Presse wiederum von einem „Zimmermannbrief" gesprochen und die Unvorsichtigkeit des brieflichen Verfahrens erörtert. Wir möchten daher erneut ausdrücklich feststellen, daß die **Instruktion überhaupt nicht auf brieflichem Wege abgegangen ist,** und zwar weder von hier nach Washington, noch von Washington nach Mexiko.

Maßregeln Amerikas gegen englische Zwangsfahrten?

New York, 8. März. (Funkspruch vom Vertreter des W. T. B.) Nach Depeschen aus Washington beschäftigt sich das Bundesamt für Schiffahrt mit Maßregeln, die gegen die englische Handlungsweise ergriffen werden sollen, amerikanische Schiffe zu zwingen, englische Zufuhren zu befördern. Es wurde bekannt gegeben, daß die Erklärung des Präsidenten, nach der es verboten ist, amerikanische Schiffe in fremde Register einzutragen, ohne die Erlaubnis des Schiffahrtsamts einzuholen, als Mittel benutzt werden solle, um den englischen Maßregeln ein Ende zu setzen.

Die Lage ist durch die fortgesetzte Zurückhaltung des Schoners Mattie Newman aus New York akut geworden, der seit mehreren Monaten in Liverpool festgehalten wird, da er die nötigen Reparaturen nicht ausführen kann, weil der Kapitän nicht einwilligen will, Kriegsmaterial zu befördern. Die amerikanischen Reeder haben sich bitter über die englischen Bemühungen beschwert, sie zur Kohlenfahrt zwischen England und Frankreich zu zwingen, und über die Versuche, sie zu nötigen, Munition zu befördern. Sie stellen fest, daß amerikanische Schiffe, denen in englischen Häfen die Kohlen ausgehen, gezwungen worden sind, einzuwilligen, Kohlenladungen nach Frankreich zu nehmen, bevor ihnen die englischen Behörden erlaubten, Bunkerkohle zu nehmen.

Man erfährt auch, daß das Schiffahrtsamt die Absicht hat, sich mit der Kohlenversorgung amerikanischer Schiffe im Stillen Ozean zu befassen. Die Schiffe, die von San Francisko nach Manila fahren, wurden gezwungen, sich nach den von der britischen Admiralität festgesetzten Beschränkungen zu richten, weil sie in englischen Kohlenstationen in China Kohle nehmen müßten, bevor sie ihren Bestimmungsort erreichten. Man hat erfahren, daß der Vorsitzende des Schiffahrtsamts, William Denman, in einem im letzten Monat geschriebenen Brief die von manchen Kriegführenden eingerichteten schwarzen Listen und Bunkerbestimmungen streng verurteilt hat.

Bulgarien und Amerika.

Sofia, 10. März. Die Bulgarische Telegraphenagentur ist ermächtigt, die in der ausländischen Presse verbreiteten Gerüchte, als ob die bulgarische Regierung eine Note an die Vereinigten Staaten gerichtet hätte, welche den Abbruch der amerikanisch-bulgarischen Beziehungen unvermeidlich zur Folge haben würde, auf das Förmlichste in Abrede stellen. In den letzten Tagen wurde weder dem amerikanischen Vertreter in Sofia noch dem Staatsdepartement in Washington eine Note überreicht. Es ist absolut falsch, daß der bulgarische Gesandte in Washington den Auftrag bekommen habe, seine Pässe zu verlangen.

Vertagung der Konferenz der Entente-Sozialisten.

Ueber die Gründe der Verschiebung des Sozialistenkongresses der Alliierten in Paris teilt „Temps" noch mit: Die Einladung konnte die polnische, rumänische und serbische Sektion nicht erreichen, Finnland, Südafrika, Kanada, Australien und Neuseeland antworteten nicht. Portugal erklärte, daß es sich augenblicklich nicht vertreten lassen könne. Italien lehnte ab. Von den drei englischen Sektionen lehnten Labour Party und National Party ab; British Socialist machte Bedenken geltend. Die beiden russischen Sektionen schließlich drückten ein solches Mißtrauen aus, daß ihre Beteiligung sehr problematisch erschien. (Die beiden sozialistischen Parteien Rußlands haben abgelehnt, die Konferenz zu beschicken. Red d. „Vorw.".) Daher zogen es die französischen Sozialisten vor, den Zusammentritt des Kongresses zu verschieben.

Die Organisation unserer Lebensmittelversorgung

im Ausschuß des Reichstags.

Der Ausschuß behandelte am Montag sehr eingehend die Frage der Organisationen, die für unsere Lebensmittelversorgung in Frage kommen. So wurden die

Schiebungen der Braugerste

von Bayern nach Preußen und in Westpreußen und Posen eingehend behandelt.

Von Dr. **Böhme** (natl.) wurde behauptet, daß bei den Gersteschiebungen in Westpreußen und Posen, nach unkontrollierbaren Angaben allerdings, eine größere Zahl von sehr angesehenen Landwirten beteiligt sei. Es wird weiter behauptet, daß man versuche, die Sache möglichst zu vertuschen, um einen öffentlichen Skandal zu vermeiden.

v. **Batocki**, Präsident des Kriegsernährungsamtes, erklärt demgegenüber, daß keine Rücksicht auf irgendwelche Person genommen werde. Es handelt sich für Westpreußen und Posen um eine größere Zahl von Händlern und Landwirten, die an den unreellen Manipulationen beteiligt sind, die aber ohne Rücksicht dem Strafrichter übergeben wurden. Dabei sei bemerkt, daß die Gerste, die hier in Frage kommt, zu Graupen und Grütze verarbeitet wurde, somit der Volksernährung nicht verloren gegangen ist.

Angefragt wurde, ob man seitens des Kriegsernährungsamtes bereit sei, die Ersparnis, die die Militärverwaltung künftig bei den herabgesetzten Viehpreisen erlange, dazu zu verwenden, die Brotpreise auf der gegenwärtigen Höhe zu halten, wie es der sozialdemokratische Antrag fordert.

v. **Batocki** erklärt, daß das Reichsschatzamt gegenwärtig keine bestimmte Erklärung darüber abgeben könne. Persönlich sei er dafür, daß durch die Reichsgetreidestelle eine Vergünstigung an die Gemeinden gewährt werde, die eine gerechte Spannung zwischen Getreide- und Brotpreis innehalten; denn die Brotpreise schwanken pro Pfund von 14 bis 40 Pf. in den einzelnen Gemeinden. Diese Ungleichheiten lassen sich nicht ganz aus der vorteilhaften Bewirtschaftung des Getreides in den Kreisen, die als Selbstversorger gelten, erklären.

Abg. **Wurm** (Arbg.) legt dar, daß nach den Kalkulationen der Berliner Blätter der Brotpreis nicht niedriger zu bemessen sei. Großbetriebe können billiger produzieren, aber es ist nicht möglich, Berlin nur durch Großbäckereien zu versorgen. — Von Vertretern der Fortschrittlichen Volkspartei werden gegen den sozialdemokratischen Antrag Bedenken erhoben, denen **Schmidt**-Berlin (Soz.) gegenüber tritt, der verlangt, daß der gegenwärtige

Brotpreis

nicht erhöht werde und, falls die Viehpreise herabgesetzt werden, der Nutzen, den die Militärverwaltung erzielt, zur Senkung des Mehlpreises verwendet wird. Redner geht sodann auf die Verhältnisse in den Viehhandelsverbänden ein. Er verlangt Herabsetzung der Provision und Beseitigung des Ansammelns der großen Reserven in den Viehhandelsverbänden.

v. **Gseppert**, Leiter des preußischen Landesfleischamtes, entgegnet, daß die hohen Fleischpreise nicht auf die Provision der Viehhandelsverbände zurückzuführen seien. 1 Proz. Spesen des Viehhandelsverbandes bedeute auf den Fleischpreis umgerechnet einen Aufschlag von 2 Pf. pro Pfund. Die Aufkäufer der Viehhandelsverbände haben, wie sich bei einer Kontrolle ergeben hat, keine übermäßigen Einnahmen. Es wurde festgestellt, daß über 1000 M. Einkommen im Monat keiner der Herren erzielt hat. In dieser Summe stecken noch Spesen, die der Betreffende für die Unterhaltung seines Betriebes zu tragen hat. Die Herabsetzung der Viehpreise senkt von selbst auch die Einnahmen der Viehhandelsverbände.

Abg. **Mollenbuhr** (Soz.): Die Herren vom Viehhandelsverband sollten einmal die Reden des preußischen Landwirtschaftsministers bei den Debatten über die Fleischteuerung nachlesen; sie würden finden, daß von jener Seite behauptet wird, daß Viehhandel und Fleischer mit ihren hohen Aufschlägen die Teuerung verursachen. Würde man sonst gesagt haben, daß in einer so kurzen Zeit wie bei dem Schleswig-Holsteinischen Viehhandelsverband der Handel einen Gewinn von einer Million Mark zu verzeichnen hat? Ferner die Fleischenquete vom Jahr 1913 hat festgestellt, daß die Viehhändler mit 1 Proz. Reingewinn arbeiten. Diesen Reingewinn erzielen gegenwärtig nach den Darlegungen der Vertreter der Viehhandelsverbände auch diese Organisationen; sie arbeiten also nicht billiger als der Privathandel. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß bei dem hohen Viehpreis dieses eine Prozent gegenüber der Friedenszeit 2 Proz. des Reingewinns ausmacht, somit erheblich höhere Gewinne erzielt werden als zu Friedenszeiten. Das ist ein sehr ungesunder Zustand, der zu einem Teil die hohen Fleischpreise erklärt.

Die Diskussion über die Organisationsfragen wird zum Abschluß gebracht. In der nächsten Sitzung am Dienstag soll über die Anträge entschieden werden.

Hauptausschuß des Reichstages.

Kohlensteuer.

Am Montag wurde die Beratung des § 1 des Entwurfs für die Kohlensteuer fortgesetzt.

Abg. **Keil** (Soz.) betonte noch einmal, daß seine Freunde die allergrößten Bedenken gegen die Kohlensteuer haben. Je mehr die Folgen der Kohlensteuer überlegt werden, um so schädlicher erscheinen sie. Auch für die große Frage der Vergasung der Kohle könne die Steuer sehr schädlich sein. Viel richtiger wäre es, der Frage des Monopols näher zu treten. Gegenwärtig sei die Beschaffung der Kohle ein Privatmonopol einiger weniger Zechenbesitzer, die auch den Kohlenhandel zum größten Teil beherrschen. Daß die Regierungen für mäßige Preise sorgen werden, sei nur ein geringer Trost. Während des Krieges sei eine bedeutende

Erhöhung der Kohlenpreise

eingetreten. Kleine Wucherer bestrafe man, wo es sich aber um reiche Wucherer handle, versage die Regierung. Richtig sei, daß nicht nur die Kohlengruben die Preise steigerten, sondern auch der Handel. Redner verliest den Brief eines Kohlengroßhändlers aus dem Dortmunder Bezirk, in dem die Syndikatspreise angegeben werden und es wörtlich heißt: „Zu diesem Preise beziehen die Kohlengroßhändler, und letztere verkaufen sämtliche Sorten mit einem Durchschnittsverdienst von 15 Mark a 10 Tonnen. Da, wo es angängig ist, besonders bei Fabriken, die Heereslieferungen haben und wegen Kohlen sehr in Verlegenheit sind, nimmt jeder Großhändler einen höheren Verdienst, 20 bis 25 Mark, viele auch noch mehr. Wenn es sich um waggonweise Lieferung an Private handelt, nehme ich einen Aufschlag von 25 bis 30 Mark für die Tonne." Bei der Preistreiberei des

Alltagsschicksal.

Ihr werdet vielleicht über mich lachen, Mädchen der Städte, wenn ich euch von einer blonden Schwester vom Dorfe erzähle und ihrem alltäglichen Schicksal, das sie nicht einmal zugrunde gerichtet hat. Wundert ihr euch, daß ich alltägliches Schicksal sage? Dem Menschen erscheint doch nur sein eigenes Schicksal nicht alltäglich, das der anderen immer. So wird es euch gehen mit dem Schicksal der blonden Friedel; ihr werdet es alltäglich nennen, aber vielleicht werdet ihr, wenn ich es euch erzählt habe, doch spüren, warum ich es tat. So höret zu:

Wie nennt man so ein Mädchen mit hellen Haaren, blanken Augen, hurtigen Füßen und ungeküßtem Munde? Ein jung Ding. Doch, wenn so einem „jungen Ding" die Mutter stirbt, dann wird es mit einem Male stiller und sieht sich wie erschrocken um. Spürt erst, daß es in der Welt, und daß kein Tag Halt macht und keine Blume erfriert, wenn der Tod durch ein Menschenhaus geht. Und seine Augen bekommen einen tragenden Blick, seine Hände eine große Sehnsucht nach Zärtlichkeit. Denn so ein jung Ding will das Leben fühlen, das warme Blut, und ihm wird bange und weh, wenn es ans Sterben denkt.

Friedel hatte noch ihren Vater. Aber den liebte sie nicht so wie die Mutter, dem war sie oft sogar sehr böse. Denn er trank und schalt und schimpfte immer, und es war ihm nichts recht, was die „Weibsbilder" machten.

Nach der Mutter Tod war nun das Haus leer, wenn der Vater tags auf Arbeit war. Und Friedel war allein in den Stuben und hütete das kleine Anwesen, das sich die Mutter einst von ihrem sauer Ersparten gekauft hatte. Da gab es nun wohl viel Arbeit, aber junge fleißige Hände sind flink, und wenn eine alles so gut und sauber machte wie die Friedel, da konnte sie schon einmal ein freundlich Wort von ihrem Vater verlangen. Aber der war mürrischer geworden als je vorher. Sie hatte keine guten Stunden bei ihm und war immer froh, wenn er wieder hinaus war zur Arbeit. Dann fütterte sie das Federvieh, die Kuh und die Ziege und kochte für den Mittag. Und dazwischen blieb ihr auch noch ein bißchen Zeit für einen schönen Traum. Die jungen Mädchen, die zwischen den Bergen aufwachsen und den dunklen Wäldern, die so kühn zum Himmel streben, träumen gern wie die Natur, die sie umgibt. Die Natur träumt oft, im Sommer und Winter, träumt von ihrer eigenen Schönheit und Kraft, die Freude spenden und selber jubeln will vor Daseinsglück. So träumte auch Friedel, die ja so verwachsen war mit der Natur. Wenn ein kleines Haus am Waldhang liegt, einsam, vom Himmel überschwemmt und von Vogelstimmen umfungen sommers von früh an, und ein jung Ding wohnt in einem solchen Haus, dann ist es auch vom Himmel überschwemmt und von Vögeln umfungen, die allerlei liebliche Weisen wissen.

Und Friedel sehnte sich so nach Glück, nach einem Menschen, der ihre Hände streichelte und einmal in ihre Augen schaute und in ihre abgründige Tiefe starrte. Ihre Augen hatten doch soviel Himmel getrunken, sollte den nicht ein Mensch sehen und wieder hinaustrinken wollen in seine Augen? Der Himmel ihrer Augen sehnte sich danach. Und die Lust ihrer Hände nach Zärtlichkeit wurde immer größer. —

Die Häuser des Dörfchens waren ganz verstreut, zwischen Hängen versteckt, vom Wald umgeben, und die Menschen in ihnen sahen sich wenig. Aber von der Schule her kannte Friedel noch den Grindel Lois. (Alois.) Den hatte sie damals, als sie noch kurze Röcke trug und ein schmächtig Mädel war, sehr lieb gehabt. Sie wußte wohl nicht warum, denn er hatte sie oft geärgert und ihr oft weh getan; aber es ist eine eigene Sache um das Herz eines so jungen Mädchens, das nun einmal einem so wilden, trotzigen Jungen gut ist. Der Lois war dann irgendwo in die Lehre gekommen, weit weg, und hatte sie sicher schon längst vergessen. Aber wenn sie nun so den ganzen Tag allein war, da ging allerlei Vergangenes durch ihren Sinn und er war immer dabei. Er fuhr wieder tollkühn Schlitten über die steilen Berge, so daß sie sich um ihn ängstigen mußte, er nahm ihr wieder die Schultasche fort und warf sie in irgendeine stachlige Hecke, er riß sie wieder an ihren starken blonden Zöpfen, bis sie weinte. Jetzt schämte sie sich ihrer Tränen von damals. Und nun war er doch zweiundzwanzig und sie zwanzig! Was würde so junges Blut tun, das einst so wild und sich so feindlich war, wenn es sich heute wiedersähe? Das dachte sie oft. Und dann war der Himmel in ihren Augen ganz blau und tief und ihr Herz schlug seltsam bang und die blütenschweren Bäume vor den Fenstern träumten wie sie.

Sie fühlte oft eine Melodie in ihrem jungen Leib, nach der sie tanzen wollte, eine Melodie, die lockte und innig war und voller Hingabe.

Und eines Tages kam der Lois. Kam groß und schlank an ihrem Fenster vorbei, so daß sie ihn beinahe nicht erkannte. Aber er guckte einfach herein . . . und da hielt sie es nicht mehr und lief hinaus zu ihm.

„Jetzt geht es in den Krieg," sagte er. „Ich komme bloß Abschied nehmen."

Das brauche ich eigentlich gar nicht zu erzählen, wie schwer da der Friedel das Herz wurde und daß sie an diesem Tage zum ersten Male einen Buben küßte, mit durstigen Lippen. Das kam alles so, als wenn einer ein Lied singt. Grad war's noch still und voll Sinnen und Träumerei und nur wie ein verhaltenes Schluchzen und wie ein gebändigtes Glücksbegehren wars in den Tönen. Und plötzlich jauchzt es auf sowie ein Mädel, das einem Burschen am Hals hängt und seine zwei starken Arme um ihren jungen Leib spürt.

Und dann wird das Lied auf einmal wieder flüsternd und heimlich, leise, wie vor einem großen Glück, das kein Mund sagen darf, bange, wie vor Uebermacht der Liebe, die keine Lippe kosten darf. Man weiß nicht, wird es gleich klagen, wird es weinen, oder wird ein neuer Jubel aufspringen wie ein überschäumendes Lachen.

So war es auch mit den beiden Menschenkindern.

Und es war an einem Sonnabend.

Dienstag mußte der Lois fort.

Und als das Geheimnis gezimmert wurde, da hatte auch der Zufall wie immer beim Zimmern eines Menschenschicksals seine Hand im Spiel. Und das Geheimnis?

Friedels Vater wechselte am Wochenende die Schicht in der Fabrik. Und zwar traf es sich so, daß er tags zu Hause war und nachts auf Arbeit mußte.

Das war ein unruhiger Tag für Friedel, der Dienstag, ein quälerischer, banger.

Der Abend war so lange hell, die Sterne stiegen und noch war es hell. Sie wartete. Die Haustür stand offen und sie saß ganz still in der Stube und wartete, den Blick nach der Tür. Da mußte er hereinkommen . . . sie wartete auf seinen schnellen Schritt, auf das Unfaßliche, das Glück war oder Leid oder . . . Liebe? Warum war dir so bange, Friedel? Er kam doch. Und war wild und gut. Blieb länger als die halbe Nacht, trank den Himmel aus deinen Augen, wie du es träumtest, und wurde glücklich unter deinen zärtlichen Händen. —

Soll ich noch weiter erzählen? Es ist nur ein alltägliches Schicksal, das sich vollendet. Es ist nicht aufregend. Es ist still und duldend.

Friedel trug bald ein Kind unterm Herzen.

Und Lois fiel vor dem Feind.

Dies bittere Leid wechselte in ihr mit der Angst vor dem rauhen Vater, der doch einmal ihr Geheimnis erfahren mußte. Sie wollte oft den Schritt hinaus tun aus dem engbegrenzten Leben, frei sein von dem drückenden Alltag wie in jener Nacht, wo eine Seele klingend an die andre rührte.

Als der Winter kam, und Schnee das Leben draußen deckte und alles tot und starr war, das war ihre schwerste Zeit. Da fühlte sie sich grenzenlos verlassen und wollte sich und das werdende Leben in ihr zerstören. Aber um des Toten willen hielt sie stand und ihre junge Kraft siegte über die Verzweiflung, die oft ihre dürre Hand nach ihrer Seele streckte.

Sie wußte ihre Pflicht.

Als das erste Grün sproß und der Schoß der Erde neues Leben überreich gebar, wurde sie zuversichtlicher.

Scham vor ihrem Vater, der seltsam ruhig blieb, als er erfuhr, und der starke Glaube, daß es keine Schande sei, Mutter zu werden, kämpften noch in ihr. Aber sie war zu sehr verwachsen mit der lebenspendenden Natur, als daß sie diesen Glauben hätte verlieren können.

Ja, ihr Vater wurde milder zu ihr, und diese, wie sie glaubte, unverdiente Rücksichtnahme taten ihr wohl. Sie freute sich auf die Stunde, da sie ihres Liebsten Augen wiedersehen durfte im Auge ihres Kindes, und um seinetwillen bereute sie jene glückliche Nacht nicht mehr.

Hans Gathmann.

Ein Heine-Abend.

Wenn ein deutscher Dichter, so war es Heinrich Heine, der, „Schwert und Flamme", sich mit den geistigen und politischen Umwälzungen seines unruhigen Zeitalters auseinandergesetzt und auch zugleich das Musikschaffen ungeheuer im modernsten Sinne beflügelt hat. Gerade aus diesem Grunde muß Rezitation mit Gesang zusammengehen, soll ein möglichst ganzes Bild von ihm gegeben werden. Dies Erfordernis erfüllte, dünkt mich, der Sonntag von der „Kunstvereinigung für Groß-Berlin" im großen Saale der Hochschule veranstaltete Vortragsabend, dessen Schwerpunkt auf die Rezitation Heinescher Meisterballaden wie lyrisch-epischer Stücke mehr scherzhafter Gattung gelegt wurde. Margarete Wallotte bringt für jene Dichtungen respektable Ausdrucksmittel und Gestaltungskraft mit, während sie doch auch für die wirkungsvollen Pointen, für die Bienenstacheln des Heineschen Humors eine starke, nichtsdestoweniger künstlerische Vortragsbegabung entfaltet.

Robert Schumanns „Dichterliebe", das ist ein Zyklus Heinescher Liebesgesänge, bot in seiner romantischen Färbung und musikalischen Fülle eine wirksame Ergänzung. Leo Gollanin — am Flügel saß Julius Dahlke — brachte das Ganze, obgleich er mit Indispositionen katharrischer Art zu kämpfen hatte, zumeist glänzend zu Gehör. Andere Lieder in der Vertonung von Schubert, Rubinstein („Der Asra") und Silcher schlossen sich an.

Als Harfenvirtuosin von subtiler Feinfingerigkeit ließ sich Olga Wallotte und als Meister der Flöte Hendrik de Vries hören. Sämtlichen Vortragskünstlern wurde mit nachhaltigem Beifall gedankt.

ck.

Der Stein der Weisen.

Vor Jahrhunderten hat man sich eifrig bemüht, ein Mittel zu finden, um Gold zu machen. Eifriges ernstes Arbeiten war ebenso erfolglos wie alle Geheimniskrämerei. Heute kennen wir den wahren Stein der Weisen, die Kohle. Aus ihr destilliert man in den riesigen Retorten der Kokereien und Gasanstalten neben Koks und Gas das Benzol, Ammoniak und Teer. Im Getriebe der chemischen Industrie erstehen aus den Destillationserzeugnissen leuchtende Farben, wertvolle Heilmittel, Süß-, Duft- und Sprengstoffe. Was der Bergmann aus den Tiefen der Erde hervorholt, bildet den Atem gewerblichen Lebens, ungezählte Räder und Hebel setzt es in Gang. Der Krieg hat gelehrt, daß Kohle wertvoller ist als Gold, ja, in der Kriegszeit soll die Kohle zur direkten Goldquelle für den Staatssäckel werden. Während wir aber das Gold ohne weiteres als etwas anerkennen, was zum sparen geeignet ist, gilt dies leider noch nicht für die Kohle. Wir sind noch weit, sehr weit davon entfernt, sie restlos auszunutzen. Etwa 80 Proz. aller verbrannten Kohle wandert ungenutzt durch den Schornstein. Ungeheuere Werte gehen dadurch verloren, daß die Kohle unterm Kessel oder im Herd direkt verfeuert wird, denn dabei wird kein Ammoniak, kein Teer, kein Benzol gewonnen. Da es aber bei der Kohlensteuer schwer möglich ist, den Verbrauch als solchen einzuschränken, so dürfte man bald versuchen, die Kosten herunterzudrücken. Das wird nur durch technische Verbesserungen möglich sein. So wird die Feuerungstechnik gerade durch die Steuer einen mächtigen Anreiz bekommen. Auch wird man danach trachten, die Kohle nicht als solche, sondern als Gas zu verfeuern. Das wird wieder zu großen Umwälzungen in der Gasindustrie führen. Diese wird sich immer mehr den Verfahren ihrer jüngeren, aber mächtigeren Schwestern, der Kokerei, nähern müssen. So werden immer weitere Kreise erkennen, daß die Kohle der wahre Stein der Weisen ist, den man nicht ungestraft vergeudet. Die Kohle ist ein Grundstock des deutschen Volksvermögens, mit ihr sparsam umzugehen ist allerheiligste Pflicht.

Notizen.

— Theaterchronik. „Der Postillon von Lonjumeau", die in Berlin lange nicht gespielte komische Oper, geht am Deutschen Opernhause am Donnerstag zum ersten Male in Szene. — Die Reinhardtbühnen sind für diesen Sommer wieder an M. Sladek verpachtet.

— Eine neue Oper, „Eros und Psyche", von dem Komponisten Rosycki, einem Humperdinck-Schüler, wurde im Breslauer Stadttheater mit Erfolg aufgeführt. Den Text hat der polnische Dichter Zulawski, der als polnischer Legionär 1915 fiel, nach seinem eigenen Drama bearbeitet. Die Dichtung geht durch viele Jahrhunderte: Psyche kehrt in immer neuer Gestalt und in neuer Umgebung wieder, als Verkörperung der Sehnsucht in jeder Form — bis zu ihrer endgültigen Erlösung. Die Musik ist ganz dem Ausdruck dieser Sehnsucht geweiht, der sie hohe Stimmung abgewinnt.

40]

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeiroman

von **Gabryela Zapolska.**

Tagejew verschwand mit seinen Damen hinter der Tür, die zum Restaurant führte.

„Das Séparé!" schrie Tagejew dem sich tief verneigenden Isaak zu.

Das schöne Profil des Juden mit dem grauen Patriarchenbart hob sich von der bunten, mit Plakaten behängten Wand ab.

„Hier herum, Herr Polizeimeister, alles ist bereit . . ."

„Jakuski erster Sorte, ich bitte!"

Er öffnete die Tür.

Man sah in ein kleines Stübchen, aus dem unerträglich heiße Luft entgegen strömte.

„Ich habe heizen lassen!" sagte er zuvorkommend.

„Gut, gut, lassen Sie Champagner kalt stellen!"

Feinbudes Augen blickten haßerfüllt auf. Er hatte darauf gerechnet, daß Tagejew mit den beiden Damen, die heute ein Konzert gegeben hatten, ein Souper bestellen würde.

— — — — — — — — — — — — — —

In sein Schicksal ergeben, hatte er Vorspeisen, Ochsenfilet, Omelettes mit Marmelade und zwei Flaschen Rheinwein vorbereitet. Er wußte, daß er die unbezahlte Rechnung zu einem ganzen Päckchen solcher Rechnungen hinzufügen mußte, die in der Schublade lagen, doch glaubte er nicht, daß er gezwungen werden würde, auf dem Altar des Tagejewschen Liebeseifers Sekt zu opfern. Er verneigte sich jedoch demütig, rückte die zerbrochene Glocke auf der Petroleumlampe zurecht, prüfte mit dem Blick die wohlgenährten „Konzertsängerinnen aus Petersburg", wie der Konzertzettel besagte, und zog sich eilig zurück, als er sah, daß die „Jakuski" mit erschreckender Schnelligkeit verschwanden. Doch folgte ihm Tagejews Stimme:

„Feinbube, noch mehr Vorspeisen!"

Der Jude blieb stehen, ballte die Fäuste und sein Gesicht verzerrte sich bis zur Unkenntlichkeit. Seine zuckenden Wangen verrieten, welch tiefen Haß er gegen Tagejew empfand.

„Ich werde dich füttern!" dachte der Jude, „aber die dort sollen bezahlen, was du verschlingst!"

Hein Haß erstreckte sich in diesem Augenblick nicht nur auf den Tyrann, sondern auch auf die von ihm Tyrannisierten. Jene litten körperlich und geistig, Feinbube wurde nur materiell geschädigt.

III.

Der Herr Polizeimeister wacht. — Der Spitzel wird geholt. — In Fräulein Juzia erwacht die Seele. — Die Szene im Séparé. — Fräulein Juzia will nicht trinken. — Fräulein Juzia weint.

Jossele Pinkas stürzte wie ein Pfeil ins Séparé.

„Viel Vergnügen und Gesundheit!" rief er schon an der Schwelle.

Er zog die Geige unter dem Arm hervor und begann, sie zu stimmen.

„Was soll ich spielen?" rief er, mit dem Bogen in der Luft fuchtelnd.

Aber Tagejew, der das Glas mit „Rheinwein" in der einen Hand hielt und mit der anderen die Taille der jüngeren Konzertsängerin umfaßte, protestierte.

„Nichts, Pinkas, deine Musik brauche ich heute nicht. Du sollst heute was anderes besorgen."

Jossele spitzte die Ohren.

„Ich stehe zu Ihrer Verfügung, Herr Polizeimeister."

„Geh sofort zu Horski und schaffe auf irgend eine schlaue Weise das Stubenmädchen her."

Jossele riß die Augen auf.

„Die Juzia von Herrn Markowski?"

„Dieselbe! . . . Was sperrst du denn die Augen so auf!"

„Nu, es ist doch Nacht, sie wird vielleicht nicht kommen wollen!"

„Sag ihr, ich befehle es, dann kommt sie sofort. . . . Lauf zu!"

Jossele stürzte wie eine Bombe hinaus, seine Geige fest umklammernd. Er zerbrach sich den Kopf, wozu Tagejew Juzia im Séparé wohl brauchen mochte.

„Soll sie ihm Gesellschaft leisten?" dachte er, indem er über den Marktplatz zu Horski lief.

Inzwischen war im Séparé der Sekt erschienen, den Feinbube selbst mit feierlicher Miene wie ein Rabbiner servierte.

Die Sängerinnen wurden immer geschwätziger und erzählten, daß sie mit Konzertreisen mehr verdienten, als bei einem festen Engagement.

„Wir werden überall wie Königinnen empfangen!" prahlten sie, indem sie gierig das Omelett verschlangen.

„Noch ein Gläschen!" bat Tagejew, um nicht hinter denen zurückzustehen, die den Künstlerinnen jene königlichen Empfänge bereiteten.

„Hier in Polen!" begann die Aeltere, „lebt und genießt man. Ihr schwimmt ja förmlich in Sekt. Ihr müßt euch doch hier fühlen, wie im Paradies!"

Tagejew lächelte schlau.

„Ja, besonders diejenigen, die nicht auf den Kopf gefallen sind," lispelte er.

„Und Sie?"

„Du lieber Gott, dumm bin ich ja nicht. Nun, auf Ihr Wohl, bezaubernde Sinaida Petrowna."

Aber Sinaida Petrowna rückte schmollend von Tagejew fort.

„Was ist denn," fragte dieser erstaunt.

„Sie sind ein Lügner! Sie haben den Juden zu einer Frau geschickt. Ich genüge Ihnen nicht. Lassen Sie mich los!"

„Das ist ja ein Stubenmädchen!" erwiderte Tagejew erregt. „Es betrifft amtliche Angelegenheiten, die nichts mit dem Herzen zu tun haben; mein Herz gehört Ihnen einzig und allein!"

„Ach, Sie Schwerenöter!"

Diese Neckereien dauerten noch eine ganze Weile.

Sinaida Petrowna blieb der Schablone treu. Ihre Schwester, um die Tagejew sich nicht kümmerte, begnügte sich damit, die Reste des Omeletts mit dem Löffel abzukratzen.

Es klopfte.

Jossele steckte seinen schmutzigen Kopf durch die geöffnete Tür.

„Sie ist da!" flüsterte er Tagejew zu.

Der Polizeimeister erhob sich von seinem Stuhl.

„Entschuldigen Sie mich für einen Augenblick, es ist etwas Wichtiges."

„Aber kommen Sie bald wieder!" rief ihm Senaida nach, „sonst denke ich, daß Sie mich betrügen!"

Schon an der Tür, legte Tagejew die Hand auf seine Brust und rollte die Augen.

„Ich bin der Ihre bis zum Tode!" deklamierte er.

„Nun, schon gut! Wir werden sehen!" erwiderte die Sängerin lachend.

— — — — — — — — — — — — — —

In ein Tuch gehüllt, stand Juzia blaß und erschrocken vor der Tür des Séparés. Jossele Pinkas hatte sie durch Vermittlung des Portiers aus dem Bett geholt und ihr befohlen, sich sofort nach dem Restaurant zu begeben. Seit ihrem Besuch bei Tagejew lebte Juzia in fortwährender Unruhe. Sie fühlte, daß sie in ein Netz geraten war, aus dem es für sie kein Entrinnen gab. Indes schien sich in ihrer Seele etwas zu regen. War es die gute, liebenswürdige Behandlung, die sie von Janka erfuhr, oder die ständige Berührung mit dem reinen, frohen Geschöpf, genug, in der früheren Kellnerin erwachten bessere Gefühle, etwas wie Reue und Traurigkeit . . . Juzia kam nach dem Restaurant, als müsse sie zur Folterbank. Ihre Augen waren von Schwermut umflort, das Gesicht hatte einen Ausdruck, der ihm früher fremd war.

(Forts. folgt.)

Partei-Organisation von Groß-Berlin

Partei-Veranstaltungen am Mittwoch, den 14. März, abends 8 Uhr

2. Kreis.

Abteilungs-Zahlabende finden statt:

I. und II. Abteilung Westen bei **Schneider**, Winterfeldtstr. 8 (Ecke Frobenstraße).
III. und IV. Abteilung, Lindenstr. 3, I. Hof parterre links (Juristische Sprechstunde).
V. Abteilung bei **Mann**, Hornstr. 2.
VI. Abteilung bei **Schuldt**, Marienbrorer Str. 5, Ecke Solmsstraße.
VII. und VIII. Abteilung bei **Otto Reim**, Urbanstraße 29.

3. Kreis.

Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus, Saal I. Tagesordnung u. a.: Vortrag des Reichstagsabgeordneten G. Schöpflin.

4. Kreis.

Mitglieder-Versammlungen:

Görlitzer Viertel bei **Hermann Daus**, Lausitzer Straße 46. Tagesordnung: 1. Bericht über den Stand der Organisation. 2. Die Stellung August Bebels zum Volksheer und zur Landesverteidigung. — Mitgliedsbücher behufs Umtausch erheben.
J. A.: Paul Böhm.

Köpenicker Viertel bei **Otto Geißler**, Skalitzer Straße 59. Vortrag. Aufnahme neuer Mitglieder. Meißner.

Gemeinsame Zahlabende:

Frankfurter Viertel bei **Boeker**, Weberstr. 17. Sassen.

Stralauer Viertel bei **Fr. Kientz**, Simon-Dachstraße 24, Ecke Revaler Straße. Geschäftliches und Aussprache über die Ursachen des Parteiaustrittes. Die zur Anmeldung eingezogenen Mitgliedsbücher können in Empfang genommen werden.
Die Vierteilsleitung.
J. A.: Fr. Schlienz, Simplonstr. 37.

Landsberger Viertel. Zusammenkunft bei **Vogel**, Hufelandstraße 14. Vortrag des Genossen Klingler. Geschäftliches. Knappe.

5. Kreis.

Mitgliederversammlung, Unionssäle, Greifswalder Straße 222. 1. Vortrag des Landtagsabgeordneten **Paul Hirsch** über: **„Preußen in Deutschland“.** 2. Diskussion. Agitation. Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand. Otto Wels.

6. Kreis.

Zusammenkünfte der Mitglieder:

Schönhauser Vorstadt (1.—7. Abt) im Restaurant **„U. 9“**, Schönhauser Allee 143 (Hochbahn Danziger Straße).

Gesundbrunnen (8. Abt.) bei **G. Hoffmann**, Swinemünder Str. 47.

Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt (9., 10. und 11. Abt.) bei **Böhl** („Bienenkorb“), Watt- und Usedomstraßen-Ecke.

Moabit (12.—15. Abt.) in **Patzenhofer-Brauerei**, Turmstr. 25.

Wedding (16., 17., 18., 19., 20., 21. und 22. Abt.) bei **Funke**, Triftstr. 63.

Referenten: **L. Brunner, P. Hirsch, G. Pötsch, G. Schöpflin.**

Für Moabit kann die Versammlung erst am Donnerstag, den 15. März, im obgenannten Lokal stattfinden.

Teltow-Beeskow.

Baumschulenweg bei **Erbe**, Baumschulenstr. 14.
Britz bei **Bahr**, Werderstr. 37.
Charlottenburg im **Volkshaus**, Rosinenstr. 4, Vorderhaus 1 Tr.
Friedenau, **Kaiser-Wilhelm-Garten**, Rheinstraße 64/65.
Köpenick bei **Müller**, Alter Markt 8.
Neukölln in den folgenden Lokalen: 1. bis 4. Bezirk bei **Schulz**, Reuterstr. 47, Ecke Lenaustraße; 5. u. 6. Bezirk bei **H. Schittler**, Weichselstr. 5, Ecke Donaustraße; 7. bis 9. Bezirk bei **Rob. Iben**, Boddinstr. 58, Ecke Ziarstraße; 11. Bezirk im **Turnerheim**, Böhmische Str. 13; 10. u. 12. Bezirk bei **Kukusch**, Sippenstr. 1; 13. bis 17. Bezirk bei **Joh. Cenkel**, Hermannstr. 178, Ecke Thomasstraße; 18. bis 20. Bezirk bei **Ed. Richnow**, Prinz-Handjery-Str. 60; 21. bis 24. Bezirk bei **Herm. Hentschel**, Herrfurthstr. 27.
Schöneberg in den bekannten Lokalen.
Steglitz bei **Clément**, Düppelstr. 7.
Tempelhof-Mariendorf bei **Müller**, Berliner Straße 97.
Treptow Grazistr. 1 bei **Erbe**.

Niederbarnim.

Fredersdorf-Petershagen und Umgegend. Zahlabend bei **Kirchner**.

Mahlsdorf-Süd. Zahlabend abends 8½ Uhr, bei **Meder**, Köpenicker Allee.

Oberschöneweide. Laufener Straße 5 bei **Ladewig**.

Pankow, Niederschönhausen, Buchholz. Mitgliederversammlung bei **Reibe** (früher Liedemit), Niederschönhausen, Kirchplatz. Tagesordnung: Die Lebensmittelversorgung. Referentin: Genossin Tietz. 2. Vereinsmitteilungen. 3. Verschiedenes.

Reinickendorf Ost. Gemeinsamer Zahlabend bei **Dölchner**, Residenzstr. 50, für alle Parteigenossen und -Genossinnen, die treu zur sozialdemokratischen Partei halten. Ebenso sind die „Vorwärts“-Leser eingeladen.

Weißensee. Zahlabend bei **Staerke**, Charlottenburger Straße 3, Ecke Tassostraße.

Friedrichshagen. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß Mittwoch, den 14. März, **keine Versammlung stattfindet.** Die nächste Mitgliederversammlung findet voraussichtlich erst Anfang April statt. Zu derselben werden Extra-Einladungen erfolgen.
Der Vorstand.

Karlshorst. Nächste Sitzung **Dienstag**, den 20. März, bei **Poser**, Dönhoffstraße, Vortrag über Massenspeisung.

Zahlstellen der Partei-Organisationen Groß-Berlins:

Ausschneiden! Alle Mitglieder der Berliner Parteiorganisation zahlen ihre Beiträge: **Aufbewahren!**

1. Kreis.

Glaue, Gastwirt, Kommandantenstraße 88.
Oskar Schulz, Gastwirt, Parochialstraße 36.

2. Kreis.

Hermann Fritze, Zietenstr. 6b.
August Brandenburg, Charlottenstraße 17.
Heinrich Sauerweyer, Markgrafenstraße 18.
Georg Felsmann, Lindenstr. 2.
August Kreuzer, Hagelbergerstr. 20a.
Heinrich Schröder, „ 54.
Reinhold Böhmchen, Kreuzbergstraße 12.
Karl Schuster, Chamissoplatz 4.
Gustav Schmidt, Bärwaldstr. 42.
P. Wisnewski, Prinzenstr. 110.

3. Kreis.

Felsmann, Lindenstr. 2, Zigarrengeschäft.
Fischer, Sebastianstr. 52, Zigarrengeschäft.
Radke, Gastwirt, Neue Jakobstr. 1.
Lange, „ Köpenicker Str. 47.
Schakow, „ Stallschreiberstr 6.
Abeling, Dresdener Str. 17, Zigarrengeschäft.
Fritz, Prinzenstr. 31, „Vorwärts“-Spedition.
Gabron, Gastwirt, Simsonstr. 18.

4. Kreis.

Paul Böhm, Lausitzer Platz 14/15, „Vorwärts“-Spedition.
H. Guiard, Brangelstr. 66.
Otto Geisler, Skalitzer Str. 50, Gastwirt.
Christian Schulze, Manteuffelstr. 77, Gastwirt.
H. Schley, Brangelstr. 61, Gastwirt.
Paul Weister, „ 22, „
H. Daus, Lausitzerstr. 46, „
Fr. Schlienz, Simplonstr. 37.
Gülzow, Dirschauer Str. 17, Zigarrengeschäft.
R. Gerhardt, Stralauer Allee 23.
Max Knappe, Allensteiner Str. 26.
Wilh. Vogel, Hufelandstr. 14, Gastwirt.
Aug. Spannemann, Pasteurstr. 30, Zigarrengeschäft.
Karl Kühn, Schreinerstr. 58, Gastwirt.
Karl Schrader, Rigaer Str. 100.
K. Klingler, Kochhannstr. 15.
Max Sassen, Barnimstr. 36.
Alban Welker, Persiusstr. 1.
Franz Köppel, NO, Büchingstr. 27 (Keller).

5. Kreis.

H. Thate, Gastwirt, Greifswalder Straße 168.
Winzer, Gastwirt, Christburger Str. 9.
Rösner, „ Immanuelkirchstraße 25.
Suhr, Mulackstr. 19.
Frau Wollstein, Liebmannstr. 5.
Hahnisch, Ackerstr. 174 („Vorwärts“-Spedition).
Pickert, Gastwirt, Linienstr. 198.
Wiese, Marienstr. 26 IV.

6. Kreis.

W. Burg, Gastwirt, Prenzlauer Allee 189.
P. Schmidt, Schönhauser Allee 57.
W. Goldschmidt, Gastwirt, Stolpische Straße 36.
G. Hoffmann, Gastwirt, Swinemünder Straße 47.
P. Dobrohlaw, Gastwirt, Swinemünder Straße 11.
Alb. Wolgast, Wattstr. 9 („Vorwärts“-Spedition).
E. Reuter, Gastwirt, Birkenstr. 29a.
K. Weiner, Bickestr. 28.
J. Hänisch, Müllerstr. 34a („Vorwärts“-Spedition).
G. Fuchs, Gastwirt, Beddingstr. 5.
Fritz Stäffler, Gastwirt, Pankstr. 65.
P. Rosenberg, Gastwirt, Fennstr. 21.
R. Abraham, Gastwirt, Nordufer 10
Funke, Triftstr. 63, Restaurant.
Jul. Sachse, Lindower Str. 26, Restaurant.
Wilh. Röther, Waldstr. 31, Restaur.
Karl Marx, „Vorwärts“-Spedition, Greifenhagener Str. 22.
Wilhelm Blessin, Stargarder Str. 3.
Hermann Fischer, Bastianstraße, „Vorwärts“-Spedition.
Franz Schuldt, Restaurant, Putbuser Straße 24.
K. Janecke, Restaurant, Prinzen-Allee 72.

Teltow-Beeskow.

Adlershof. Johannes Feyerstein, Bismarckstr. 82.
Baumschulenweg. Wilhelm Erbe, Gastwirt, Baumschulenstr. 14; **Frida Gerisch**, Behringstr. 48; **E. Rynack**, Kiefholzstr. 180.
Bohnsdorf. Emil Hamann, Privatstr. 14.
Britz. Wilhelm Butenschön, Rungiusstr. 37 b.
Buckow. Emil Strobel, Chausseestraße 20.
Charlottenburg. Max Kley, Rosinenstr. 4, Neubau IV; **August Gebert**, Rosinenstr. 3, vorn 1; **Johann Schneider**, Rosinenstr. 4, Seitenfl. IV; **Otto Neumann**, Königin-Elisabeth-Str. 6a; **Richard Preczang**, Sickingenstr. 51, 1. Eingang, Uferstraße; **Max Prill**, Knesebeckstr. 2; **Frau Anna Hoppe**, Semmeringstr. 22; **Frau Hedwig Koste**, Rosinenstr. 4, Neubau.
Cöpenick. Rudolf Krüger, Müggelheimer Str. 32; **Otto Hoene**, Kaiser-Wilhelm-Str. 103.
Friedenau. Xaver Kamrowski, Rönnebergstr. 4; **Ferdinand Pasche**, Schwaldacher Str. 2.
Lichterfelde. Herm. Köppe, Hindenburgdamm 75a I.
Lankwitz. Paul Lampke, Charlottenstr. 50 I.
Marlendorf. Richard Stern, Strelitzstr. 8.
Neukölln. Farwig, Weichselstraße 66; **Schütz**, Stuttgarter Straße 15; **Glöge**, Lenaustr. 18; **Richter**, Knesebeckstr. 67; **Ganger**, Donaustr. 26; **Scheich**, Kölnisches Ufer 73; **Bartsch**, Kölnisches Ufer 52; **Pfannkuch**, Hermannstraße 174; **Brinkmann**, Kogelstraße 5; **Kistel**, Kannerstr. 15; **Frau Härling**, Ziethenstr. 33 v. III; **Vogt**, Warthestr. 69; **Howald**, Böhmischestraße 47; **Frau Lietsch**, Wildenbruchstr. 85/86; **Bock**, Steinmetzstr. 66; **Herm. Wiebrich**, Weltherstr. 30/31; **Jacobs**, Weichselstr. 8, Aufg. 10.
Nowawes. Adolf Richter, Wilhelmstr. 41—43.
Schöneberg. Lazer, Berchtesgadener Str. 22/23; **Bröcker**, Merseburger Str. 4; **Franke**, Meininger Str. 9; **Geist**, Koburger Str. 12; **Henkel**, Meininger Str. 8; **Meitzner**, Koburger Str. 5; **Folger**, Kyffhäuser Straße 16; **Schneckenhaus**, Goltzstr. 14; **Pinskat**, Hohenstaufenstr. 64; **Bäumler**, Meininger Straße 9; **Brock**, Bahnstr. 18; **Wandke**, Bahnstr. 25; **Zettlitz**, Sedanstr. 60; **Himmel**, Cheruskerstraße 1; **Rosenthal**, Gustav-Freytag-Straße, Ecke Fritz-Reuter-Str.; **Rathmann**, Tempelhofer Str. 18; **Thomas**, Wilhelm-Hauff-Str. 8; **Krause**, Begasstr. 1; Frl. **Wachenheim**, Motzstraße 2; **Küter**, Ebersstr. 70; **Milde**, Rollendorfstr. 16.
Steglitz. Gustav Aßmann, Düppelstr. 7.
Tempelhof. Gustav Naumann, Friedrich-Wilhelm-Str. 94 I.
Treptow. Robert Gramenz, Zigarrengeschäft, Kiefholzstr. 412; **Wilhelm Lemm**, Grazistr. 51.
Wilmersdorf. Paul Goldberg, Uhlandstr. 79.
Zehlendorf. Karl Bonow, Mittelstr. 11.
Zossen. Otto Dorn, Stubenrauchstr. 25.

Niederbarnim.

Buchholz. A. Domnick, Pasewalker Str. 109.
Fichtenau. Max Tobias Moltkestr 14.
Fredersdorf (Ostbahn). Hubert Kreuer, Platanenstr. 2.
Friedrichshagen. Richard Köckeritz, Kurstr. 3; **Max Hecker**, Friedrichstr. 2, Hof parterre.
Hoh.-Neuendorf. K. Weitzel, Oranienburger Str. 118.
Karlshorst. A. Baumeister, Fürstenbergallee 2; **A. Heitmann**, Geleier Str. 2.
Kaulsdorf (Ostbahn). Marie Buchmann, Stöbstr. 8.
Lichtenberg. Richard Peterhansel, Bünischstr. 12/13 I; **Gust. Trinks**, Rittergutstr. 25 I; **Daniel Bärckel**, Rittergutstr. 25 II; **Aug. Kleemann**, Gryphiusstr. 13 I; **Gustav Studzies**, Knorrpromenade 3, Seiteng. part.; **Paul Jensch**, Egmontstr. 4, Aufgang I. 3 Tr.; **Albin Reichelt**, Grünberger Str. 14 III; **Wilhelm Insel**, Gryphiusstr. 26/27 I; **Alfred Riedel**, Margarethenstraße 26 III; **Scheibenhuber**, Neue Bahnhofstr. 1 IV.
Mahlsdorf. August Giese, Brunowstr. 17.
Niederschönhausen. Max Bieth, Treskowstr. 52; **F. Tietz**, Marthastr. 10.
Oberschöneweide. Reinh. Krüger, Helmholtzstr. 20.
Pankow. F. John, Mendelstr. 50.
Reinickendorf-Ost. Karl Schönberg, Residenzstr. 66; **P. Gursch**, Provinzstr. 55.
Reinickendorf-West. Gust. Riecke, Scharnweberstr. 126.
Weißensee. Alb. Taubmann, Lichtenberger Str. 11; **Ludw. Hodapp**, Berthstr. 6.

In allen Zahlstellen: Neuaufnahmen von Mitgliedern. — Umtausch der alten Bücher und Annahme von Beiträgen.

Abonnements auf den „Vorwärts“.

Verkäufe

Pfandleihhaus Hermannplatz 6. Riesenauswahl verschiedener Pelzsachen, neue Herrenanzüge, Herrenpaletots, Herrenhosen. Spottbilliger Bettenverkauf. Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Uhrenverkauf.

Teppich-Thomas, Oranienstr. 44 spottbillig farbiebierhafte Teppiche, Gardinen. Vorwärtsleisern 5 Prozent Extrarabatt. 64*

Geld! Geld! sparen Sie, wenn Sie im Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 208/4, Ecke Rosenthalerstraße, kaufen. Anzüge, Paletots, Uhren, neue Maßgarderoben, Pelzstolas, Muffen, Skunks, Nerz, Alaskafüchse. Goldene und silberne Herren- und Damenuhren, Schmucksachen, Brillanten. Auf Uhren dreijährigen Garantieschein. Eigene Werkstatt. Sonntag 12—2. *

Pelzgarnituren! Skunksstolas! Fuchsgarnituren! Opossumstolas! Muffen! Bettenverkauf! Herrengarderobe! Uhrenverkauf! Schmucksachen! Waren aller Art! Allerbilligste Preise! Leihhaus! Warschauerstraße 7. *

Teppiche, Portieren, Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Diwandecken billigst. Vorwärtsleser Extrarabatt. Potsdamerstraße 100, Fischer. *

Geschäftsverkäufe

Lebensmittelgeschäft, gut eingeführt, gute Bezugsquellen, nachweislich bis 500,— Tageskasse, wegen größeren Unternehmen sofort verkäuflich, Inventarpreis, Brunnenstraße 182. 121

Möbel

Seltene Kaufgelegenheit. Dunkelmahagoni Schlafzimmer, hervorragend vornehme Ausführung mit ovalen Kristallgläsern, große aparte Waschtoilette, Nachtspinden, Apotheken, Bettstellen mit Matratzen, aus Kunstmöbelwerkstätte günstig erworben, billig verkäuflich. Besichtigung lohnt. Berliner Möbelhaus, Skalitzerstraße 25, Hochbahn Kottbuserthor. *

Möbelangebot. Im Anhalter Bahnspeicher, Eingang nur Möckernstraße 25, direkt Hochbahnstation Möckernbrücke, stehen mehrere moderne Wohnzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, Küchenmöbel, Büfette, Bücherschränke, Schreibtische, Ruhebetten mit Decken, Säulentrumeaus mit Facettenglas, Ausziehtische, Tüllgardinen, Uhren, Teppiche, Standuhren jeder Preislage und sonstige auch gebrauchte Einzelmöbel zum billigen Verkauf. Otto Liebetes Möbelspeicher, Möckernstraße 25. *

Ueberaus! günstige Kaufgelegenheit. Schweres Speisezimmer, künstlerisch ausgeführt, komplett 1100,—. Wundervolles weißlackiertes Schlafzimmer, Ankleidschrank, 1,80 breit, komplett mit Umbau und Apotheken 1100,—, echteiches 750,—, Klubsofa, Klubsessel, prima Saffianleder, Gobelin billigst. Möbelhaus Osten, nur Andreasstraße 30. 150R

Musikinstrumente

Harmonium ohne Notenkenntnisse sofort spielbar, billigst, eventuell Ratenzahlung, Oranienstraße 166 III.

Kaufgesuche

Platinabfälle! Gramm bis 7,70! Zahngebisse! Schmucksachen! Ketten! Ringe! Militärtressen! Glühstrumpfasche! Filmabfälle! höchstzahlend! Silberschmelzerei, Metall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31. Telephon Alexander 4243. 96*

Film-, Zelluloid-Abfälle kauft Ordower, Georgenkirchstraße 50, nahe Alexanderplatz. 9—12, 3—6. 17/6*

Feilen, gebrauchte und neue Werkzeuge, Treibriemen, Spiralbohrer, Fräser, Magnete kauft jeden Posten Metallankauf, Beusselstraße 5. *

Leinölfirnis, Emaillelacke, weiß, sämtliche Oellacke, Terpentinersatz, Bienenwachs, Zeresinparaffin und ähnliches kauft, höchste Preise zahlend, Wolter, Thaerstraße 6. 87R*

Elektrische Leitungsdrähte sowie Kabel, Litzen kauft höchstzahlend Elektrotechnik, Skalitzerstraße 45 I. *

Kaufe alles, Firnis, Leim, Bienenwachs, Paraffin, Kopal usw. Zahle anerkannt höchste Preise. Roack, Große Frankfurterstraße 25. 19/2*

Säcke, allerhand, kauft höchstzahlend Rosner, Lothringerstraße 64. (Norden 10 735). 241/5*

Sparmetalle! Kupfer! Messing! Antimon! Zinn! kauft für Kriegslieferung der Kriegsmetallgesellschaft; außerdem kaufe Zahngebisse! Platinabfälle 7,50. Silberschmelze Christional, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstr.) *

Unterricht

Mandolinenspiel, Lauten-, Gitarrenspiel, Dreimonatskurse zur perfekten Ausbildung 6,— Monatshonorar, Lehrinstrumente billigst. Violinspiel in zehn Stunden, neueste Schlager, Klavier unterrichtet schnellfördernd Ernst, Oranienstraße 166. *

Verschiedenes

Kunststopferei Große Frankfurterstraße 67. 68R*

Die Beleidigung, die ich Frau Makollo, Berlichingenstraße 1, zugefügt habe, nehme ich hiermit zurück. Else Gladus, Allensteinerstraße 24. *

Stellengesuche

Vermietungen

Junger Mann sucht möbliertes Zimmer, separaten Eingang, zirka 25,—, sofort. Eichelmann, Alpensleidenstraße 4. 1996b

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Packer sofort gesucht. Meldungen in unserer Hausinspektion von 9½ bis 10 Uhr. Kaufhaus des Westens, G. m. b. H., Tauentzienstr. 21/24. *

Bohner sofort gesucht. Meldungen in unserer Hausinspektion von 9½ bis 10 Uhr vormittags. Kaufhaus des Westens, Tauentzienstraße 21/24.

Hausreinigung, leichte, vergibt Lessingstraße 17. 1997b

Hausdiener sofort gesucht. Meldungen in unserer Hausinspektion von 9½—10 Uhr vormittags. Kaufhaus des Westens, Tauentzienstraße 21/24. *

Hausdienerinnen sofort gesucht. Meldungen in unserer Hausinspektion von 9½—10 Uhr vormittags. Kaufhaus des Westens, Tauentzienstraße 21/24. 1568R*

Packerinnen sofort gesucht. Meldungen in unserer Hausinspektion von 9½ bis 10 Uhr. Kaufhaus des Westens, G. m. b. H., Tauentzienstraße 21/24. 1519R*

Lehrmädchen aus achtbaren Familien, im Alter von 14—16 Jahren, bei monatlicher Vergütung sofort gesucht. Meldungen mit Schulabgangszeugnis und in Begleitung der Eltern oder des Vormundes in unserer Personalverwaltung, 3. Etage. Kaufhaus des Westens, G. m. b. H. Tauentzienstraße 21—24. 1588R*

Junge Mädchen für leichte, dauernde Beschäftigung sofort gesucht. Zigarettenfabrik Garbaty, Pankow, Hadlichstraße. *

Zeitungsträgerinnen verlangt „Vorwärts“-Ausgabestelle Prinzenstraße 31. *

Zeitungsausträgerin sofort verlangt. „Vorwärts“-Spedition Markusstraße 36. *

Zeitungsausträgerin sofort verlangt. „Vorwärts“-Spedition Pankow, Mühlenstraße 30. *

Botenfrauen sucht für Bezirk Huttenstraße, Lohn 42 Mark, „Vorwärts“, Charlottenburg, Sesenheimerstraße 1. *

Jüngere Zuschneider auf Halbphotorahmen verlangt **Rosenow**, Dresdener Str. 50/51. 19/4

Dreiradfahrer für sofort sucht **Karl Kriener**, Kommandantenstr. 3/4. 19/1

Zuschläger verlangen **Oskar Fritz & Co.**, Schöneberg, Eisenacher Str. 41.

Lehrmädchen
im Alter von 14—16 Jahren aus achtbarer Familie gegen monatliche Vergütung sofort gesucht. Meldungen in Begleitung der Eltern oder des Vormundes 10—2 Uhr vormittags oder 5—7 Uhr nachmittags in der Personalverwaltung IV. Stock. [151L*
A. Jandorf & Co.
Belle-Alliance-Straße 1/2.

Kartonzuschneider,
zwei geübte, bei dauernder Stellung verlangt 1730L
Kartonfabrik Mühlenstr. 53.

Kohlenhandels wirken auch die Zechen mit, weil sie am Kohlengroßhandel sehr stark beteiligt sind. Unberechtigt sei die Behauptung, daß sich auf dem Gebiete der Kohlenförderung der Staatsbetrieb weniger leistungsfähig gezeigt habe als der Privatbetrieb. Im Saarrevier habe sich der Staatsbetrieb in jeder Beziehung durchaus bewährt. Die freie schöpferische Initiative des einzelnen Unternehmers sei auch durch das Kohlensyndikat unterbunden. Daher sprechen hier alle Gründe für ein Monopol. Durch die Kohlensteuer aber werde vorläufig die Frage zuungunsten des Monopols beantwortet. Aus den Kreisen der Zechenbesitzer ist denn auch die Meinung laut geworden, daß die Kohlensteuer gerade deshalb begrüßt werden müsse, weil sie die Gefahr der Verstaatlichung vorläufig beseitige. Keine Kohlensteuer sei jetzt notwendig, sondern gesetzlich festgelegte, angemessene Höchstpreise. Wenn man durchaus eine Kohlensteuer festlegen wolle, müsse aber in das Gesetz hineinkommen, daß die jetzigen Kohlenpreise nicht überschritten werden dürfen und die spätere Festsetzung der Preise unter der Mitwirkung des Reichstags zu erfolgen habe. Die Kohlensteuer würde auch eine ganz bedeutende Belastung für die Gemeinden ausmachen, die ja erhebliche Kohlenmengen für Gasfabriken usw. gebrauchen. Die Gemeinden aber haben jetzt schon meistens sehr schlechte Finanzverhältnisse.

Staatssekretär **v. Roedern** wandte sich noch einmal sehr entschieden gegen die Forderung des Kohlenmonopols. Ein Produktionsmonopol sei hier durchaus nicht geeignet; das Handelsmonopol käme für den Augenblick nicht in Betracht, weil seine Durchführung zu schwierig sei. Mit der Vergasungsfrage habe sich das Reichsamt des Innern sehr eingehend beschäftigt. Diese Frage sei aber für absehbare Zeit noch nicht spruchreif, weil die Untersuchungen in bezug auf die technischen und wirtschaftlichen Umstände noch lange nicht abgeschlossen sind. Weder die Frage der Gaskraftmaschinen sei genügend geklärt, noch die Frage der wirtschaftlichen Verwertung der Nebenprodukte. — Hierauf legte der Reichsschatzsekretär Angaben über die Rentabilität der Bergwerks-Aktiengesellschaften vor. Nach seiner Ansicht würden durch diese Zahlen die übertriebenen Vorstellungen von dem Gewinne der Bergwerksbetriebe bedeutend heruntergesetzt. Wenn jetzt die Kohlensteuer beschlossen werde, dann werde dieses nicht der Kraftverwertung hinderlich sein, sondern sie insoweit fördern, als sie zur stärkeren Ausnutzung der Kohlen anspornen müsse.

Ein **Bundesratskommissar** teilte mit, daß kürzlich der Verband technisch-wissenschaftlicher Vereine sich dahin ausgesprochen habe, bei dem derzeitigen Stande der technischen und wirtschaftlichen Entwickelung der Vergasung könne eine steuerliche Auswertung nicht in Erwägung gezogen werden.

Der preußische **Oberberghauptmann** wandte sich dagegen, daß man aus den Abschlüssen einzelner Gruben auf einen außerordentlichen Gewinn aller Bergwerksbetriebe schließe. Der preußische Bergfiskus habe im Jahre 1912 einen Ueberschuß von 96 Pf. für die Tonne Kohlen gehabt; 1913 stieg der Ueberschuß auf 1,18 M.; 1914 fiel er auf 28 Pf.; 1915 stieg er auf 1,16 M. und in den ersten drei Quartalen von 1916 fiel er auf 74 Pf. Hieraus ergebe sich, daß das Jahr 1914 infolge des Kriegsausbruchs sehr ungünstig sei. Das Jahr 1915 stehe ungefähr gleich dem Jahre 1913 und das Jahr 1916 weise schon wieder einen beträchtlichen Rückgang auf.

Abg. **Wildgrube** (k.): Seine Freunde seien grundsätzlich für die Kohlensteuer. Sie erkennen an, daß der Reichskasse gegenwärtig bedeutende Beträge zugeführt werden müssen. Es sei aber nicht möglich, dieses Ziel zu erreichen durch eine Besteuerung des Kapitals; denn das Kapital sei das hauptsächlichste Produktionsmittel und wichtiger als die Arbeitskraft, (!) die Arbeiter könnten ja ohne Kapital nicht beschäftigt werden. Annehmbar erscheine der Antrag der Volkspartei, der die Gemeinden und Gemeindeverbände verpflichtet, Einrichtungen zu treffen, die der minderbemittelten Bevölkerung den Bezug von Kohlen für Hausbrandzwecke zum ortsüblichen Preis abzüglich der Kohlensteuer ermöglichen sollen. Das Reich soll den Gemeinden und Gemeindeverbänden in diesen Fällen die ausgezahlte Kohlensteuer zurückvergüten.

Abg. **Henke** (Arbg.): Der soeben erwähnte Antrag der Volkspartei enthalte eine Täuschung. Er erwecke den Eindruck, als wenn die Gemeinde die große Masse der minderbemittelten Bevölkerung mit Kohlen versorgen könne; in Wahrheit aber würde nur ein verschwindend kleiner Teil der armen Leute ihre Kohlen von der Gemeinde beziehen, so daß die weitesten Kreise der armen Bevölkerung von diesem Antrag keinen Nutzen hätten.

Abg. **v. Gamp** (Rp.): Ihm sei die Kohlensteuer nur als Kriegssteuer annehmbar. Deshalb würde er die Steuer höchstens noch ein Jahr nach Kriegsende bestehen lassen; dann müsse sie aber unter allen Umständen verschwinden. Der eigentliche Vater der Kohlensteuer sei der Abg. Müller-Fulda, der schon 1914 eine Kohlenfördersteuer angeregt habe. Ihm sei mitgeteilt worden, daß sich Ministerfrauen gescheut haben vor einer Ausgabe von

60 M. für eine Gans,

während Arbeiterfrauen sich diese Ausgabe geleistet hätten. (!?) Der preußische Fiskus habe eine große Unterlassungssünde dadurch begangen, daß er nicht die Braunkohlenfelder mit Beschlag belegt habe. Er wundere sich, daß der jetzige Staatssekretär ein so entschiedener Gegner des Monopolgedankens ist.

Staatssekretär **v. Roedern** wendet sich gegen die letzte Bemerkung des Vorredners. Er sei Gegner des Handelsmonopols nur jetzt für den Augenblick. Ein grundsätzlicher Gegner sei er nur gegen das Reichsbergbaumonopol für Kohlen.

Abg. **Gothein** (Vp.): Abg. Henke habe den Antrag seinerzeit in bezug auf die Abgabe steuerfreier Kohlen durch die Stadt nicht richtig verstanden. Nach dem Antrage sei es durchaus nicht nötig, daß alle minderbemittelten Leute die Kohlen in letzter Linie von der Stadt beziehen. Die Stadt könnte das auch so regeln, daß zum Empfang der steuerfreien Kohle Karten ausgegeben werden. Er wendet sich dann gegen einen sozialdemokratischen Antrag, der verlangt, daß die steuerfreie Kohle für alle Familien mit einem Einkommen unter 4000 M. abgegeben werde. Nach dieser Bestimmung würden auf dem Lande die allermeisten Leute von der Steuer befreit sein. Für das Kohlenmonopol sei jetzt die Zeit am allerwenigsten geeignet. Solche Pläne könnten nur dann durchgeführt werden, wenn für den betreffenden Industriezweig die Geschäftslage überaus schlecht sei und die Betriebe billig zu haben seien.

Abg. **Müller-Fulda** (Z.) erhob Einspruch dagegen, daß er der Vater des jetzigen Kohlensteuergesetzes sei; sein Vorschlag war damals ein ganz anderer und ist mit der jetzigen Steuer nicht mehr zu vergleichen. Er beantrage, daß die Regierung genaue Mitteilungen über das ganze Geschäftsgebaren der Syndikate, der Groß- und Kleinhändler auf dem Gebiete des Kohlenmarktes der Kommission vorlege und empfahl, die Verhandlungen auszusetzen, bis das Material eingegangen ist.

Abg. **Meyer-Kaufbeuren** (S.) begründete den Antrag: der Kohlengroßhandel darf aus Anlaß dieser Besteuerung seine Preisfestsetzungen vom 15. März 1917 nicht über den Betrag der Steuer hinaus erhöhen und der Kleinhandel bedarf für die Dauer des Krieges zur Erhöhung der Preise vom 15. März 1917 über den Betrag der Steuer hinaus der besonderen Erlaubnis der unteren Verwaltungsbehörden.

Abg. **Mumm** begründete den Antrag, die Werke, Syndikate, Untergesellschaften und Großhändler bedürfen für die Dauer des Krieges zur Erhöhung der Preise vom 15. März 1917 über den Betrag der Steuer hinaus der besonderen Erlaubnis der Landeszentralbehörden.

Der Antrag des Abg. Müller-Fulda rief eine lebhafte Aussprache hervor, die sich besonders darauf bezog, ob nach der Annahme des Antrags die Verhandlungen ausgesetzt werden sollen. Für letzteres traten ein vom Zentrum die Abgg. Erzberger und Gröber, von den Sozialdemokraten Dr. David, Hoch und von der Arbeitsgemeinschaft Henke. Dagegen sprachen insbesondere die Abgg. Schiffer (natl.), Graf v. Westarp (k.) und Kloesching (Vp.). Schließlich wurde der Antrag Müller-Fulda einstimmig angenommen und gegen die Stimmen der Konservativen, Nationalliberalen und Fortschrittler **beschlossen, die Verhandlungen auszusetzen,** bis das von der Regierung verlangte Material eingegangen ist. — Dienstag: Verkehrssteuern.

Politische Uebersicht.

Nationalliberaler Antrag auf Umgestaltung des Herrenhauses.

Die Abgeordneten Dr. Friedberg und Genossen haben beantragt:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:

die königliche Staatsregierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den eine Neuordnung in der Zusammensetzung des Herrenhauses in der Art herbeigeführt wird, daß unter Aufrechterhaltung des königlichen Berufungsrechtes, aber unter Beseitigung aller Familien- und Standesrechte, die bisher die Mitgliedschaft zum Herrenhaus begründen, allen größeren Kommunalverbänden sowie allen für das wirtschaftliche und kulturelle Leben unseres Volkes wichtigen Berufskreisen eine aus Wahlen hervorgehende, ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung im Herrenhause gewährt wird.

Dieser Antrag, der offensichtlich die Antwort auf die Herausforderung der Herrenhausmehrheit vom letzten Freitag ist, soll nicht zum Etat des Herrenhauses, sondern nach Erledigung der Etatsberatung gesondert zur Debatte gestellt werden.

Abgeordnetenhaus.

Eisenbahnetat.

Kaum zwei Dutzend Abgeordnete halten es für nötig, den so wichtigen Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses über den Etat der Eisenbahnverwaltung beizuwohnen. Diese schwache Besetzung des Hauses ist umso bedauerlicher, als es sich um einen der wichtigsten Etats handelt, bei dem nicht nur Verkehrsfragen, sondern vor allem auch Fragen finanzieller Art eine Rolle spielen. Denn das ist ja das Charakteristische an den preußischen Staatsbahnen, daß sie im Laufe der Zeit aufgehört haben, ein reines Verkehrsinstitut zu sein und sich immer mehr zu einer Einnahmequelle für den Staat entwickelt haben.

Auf diese Doppelnatur wies am Montag in der Fortsetzung der Etatsberatung besonders nachdrücklichst unser Genosse Leinert hin, der nachdem er sich zunächst gegen die neu geplante Belastung des Verkehrs gewandt hatte, scharfen Protest dagegen erhob, daß die Eisenbahn als Finanzquelle betrachtet und ihrem eigentlichen Zweck entzogen wird. Im weiteren Verlauf seiner Rede gab Leinert mannigfache Anregungen zur Vereinfachung und Erleichterung des Verkehrs, um dann die Lohnverhältnisse der Arbeiter, Beamten und Angestellten zu besprechen und die Wohlfahrtseinrichtungen zu kritisieren, von denen die Verwaltung viel Wesens macht, während in Wirklichkeit nichts dahinter steckt. Unser Genosse schloß seine bemerkenswerten Ausführungen mit der Forderung der Gewährung vollständiger Freiheit und Gleichberechtigung an alle Staatsarbeiter.

Vorher hatten die Abgg. Macco (natl.) und Oeser (Fortschr. Vp.) bei aller Anerkennung der Leistungen unserer Eisenbahnen während des Krieges an einer Reihe von Maßnahmen Kritik geübt. Man wird dem nationalliberalen Redner darin beipflichten müssen, daß der Krieg auf dem Gebiete der Eisenbahnverwaltung viele Probleme aufgeworfen hat, die dringend der Lösung harren. Inwieweit der Minister Reformen geneigt ist, geht aus seiner Erwiderung nicht hervor. Es ist nicht einmal anzunehmen, daß er der Anregung des Abgeordneten Oeser folgt und eine Kommission mit der Prüfung der Kirchhoffschen Vorschläge betraut. Erfreulicher ist seine Ankündigung der Erhöhung der Grundlöhne mit rückwirkender Kraft vom 1. Februar ab.

Nachdem noch der Abg. Schmidt-Conz, ein Arbeitervertreter des Zentrums, über Arbeiterfragen gesprochen hatte, wurde die Weiterberatung auf Dienstag vertagt.

Schorlemer über Bethmann.

Eine Mitteilung, die für das Kräfteverhältnis zwischen Schorlemer und Bethmann bezeichnend ist, macht H. v. Gerlach in der „Welt am Montag":

Man berichtet mir, die Gegensätze zwischen Herrn v. Bethmann und Herrn v. Schorlemer seien nicht ganz neuesten Datums. Beim Fideikommißgesetz z. B. sei Herr v. Bethmann vor zwei Jahren die treibende Kraft zu seiner Absetzung von der Tagesordnung, Herr v. Schorlemer dagegen jetzt die treibende Kraft zu seiner Wiedereinbringung gewesen. Uebrigens soll Herr v. Schorlemer im Staatsministerium für seinen Antrag nicht Einstimmigkeit, sondern nur eine Mehrheit erzielt haben.

Ja, so ist es bald fast in allen Dingen! Aus dem, was geschieht, erfährt man ziemlich genau, was der „leitende Staatsmann" nicht gewollt hat.

Der Tintenspritzer.

Es gibt arme Teufel, denen es Vergnügen bereitet, hinter anderen Leuten herzulaufen und sie mit Tinte zu bespritzen. Stark an das Gebaren dieser eigenartigen Genußmenschen erinnert das Treiben der „Leipziger Volkszeitung", die in sinn- und zwecklosen Angriffen auf Partei und Gewerkschaften exzediert. Der Anlaß ist ihr dabei total gleichgültig. So fällt sie jetzt über den Genossen Scheidemann her, weil er in seiner letzten Rede Herrn v. Schorlemer angegriffen hat. Nicht daß sie den preußischen Landwirtschaftsminister schützen wollte — soweit geht die politische Ueberlegung gar nicht — sondern es macht ihr halt Spaß. So schreibt sie:

Dieser Angriff paßte durchaus zu der ganzen Politik Scheidemanns. Er folgt den liberalen Spuren, daß er seine Angriffe gegen Personen richtet, statt, wie das für einen Sozialisten selbstverständlich sein sollte, gegen das System.

Die Zuversicht, daß Herr v. Schorlemer dennoch im Amt bleiben werde, bereitet ihr geradezu ein idiotisches Vergnügen:

Uebrig bliebe also von der ganzen Haupt- und Staatsaktion, selbst wenn sie gelänge, höchstens das Wenige, daß Scheidemann auf einen parlamentarischen Triumph, auf einen „positiven Erfolg" seiner Beredsamkeit hinweisen könnte. Da sie aber nicht gelingen wird, so bleibt nicht einmal das übrig, sondern Scheidemann muß sich damit begnügen, als treuer Streiter vor dem Herrn nach dem Guten gestrebt zu haben.

Aehnliche Töne schlägt das bedauernswerte Blatt gegen die Aktion der Gewerkschaften in der Lebensmittelfrage an, indem es Herrn v. Schorlemer förmlich zuredet, **sich nur ja nicht von den Arbeiterorganisationen imponieren zu lassen.** Es wendet sich zunächst gegen Giesberts, aber nur zu dem Zwecke, um bei dieser Gelegenheit auch ihrem geliebten Legien eins auszuwischen:

Auch die jetzige Bundesgenossenschaft mit Herrn Legien wird den politischen Aeußerungen des Herrn Giesberts kein größeres Gewicht verleihen.

Da kann man wirklich nur noch sagen: Arme Teufel! Aber für die Leipziger Arbeiter ist es wahrlich eine Schande, daß sie sich solchen Ulk gefallen lassen!

Ein konservatives Blatt für den Anbauzwang.

Der konservative „Reichsbote" setzt sich mit der Frage des Anbauzwanges folgendermaßen auseinander:

Der Anbauzwang ist ja eine schwierige Frage, über die die Meinungen sehr weit auseinandergehen. Die meisten Landwirte lehnen ihn als praktisch unausführbar ab. Und faßt man ihn in dem absoluten Sinn, daß jedem Landwirt im einzelnen genau vorgeschrieben wird, was und wie und wo und wie viel er bebauen will, so ist er das auch. Aber man darf doch auch hier wohl das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. **Sollte jede irgendwie zwangsmäßige Einwirkung jetzt, wo wir in tausend Beziehungen unter dem schärfsten Zwange leben und leben müssen, auf diesem einen ungeheuer wichtigen Gebiete von vornherein absolut auszuschließen sein?** Das will doch nicht recht einleuchten.

Der Anbauzwang in „absolutem Sinne" ist niemals gefordert worden. Was verlangt wird, ist eine sachgemäße Beratung, die sich allerdings im Falle hartnäckiger Nichtbeachtung durch gewisse Druckmittel Geltung verschaffen muß. Diesem System ist aber auch der konservative „Reichsbote" nicht abgeneigt. Er schildert ausführlich, wie es in der Schweiz gemacht wird. Dort ermächtigte der Bundesrat durch Beschluß vom 16. Februar d. J. die Kantonsregierungen, Vorschriften über die Feldbestellung auszuarbeiten und den Kantonen und Gemeinden vorzuschreiben, daß gewisse Minimalflächen mit Getreide, Kartoffeln und Gemüse anzubauen sind. Ferner werden sie ermächtigt, nicht bebautes oder schlecht bewirtschaftetes Land zwangsweise in Pacht zu nehmen und dasselbe entweder auf Rechnung des Kantons zu bebauen oder Gemeinden, Genossenschaften, gemeinnützigen Unternehmungen oder auch Privaten zur Benutzung zu überweisen.

Einem ähnlichen Vorgehen auch in Deutschland scheint der „Reichsbote" nicht abgeneigt.

Vermögensfiskation.

Die Handelskammer für das Herzogtum Oldenburg wendet sich mit einer Bittschrift an den Reichstag, die dahin geht, es solle den Bundesstaaten die Erhebung von bundesstaatlichen Zuschlägen zu der Reichskriegssteuer untersagt werden. Den Anlaß für diese Bittschrift gibt der Beschluß des oldenburgischen Landtags, einen Kriegszuschlag von 20 Proz. zu erheben. Die Handelskammer berechnet, daß bei einem Vermögenszuwachs von 8 Millionen Mark mit dem oldenburgischen Kriegssteuerzuschlag 2 886 850 M. an Steuer zu bezahlen wären. Das sei aber keine Besteuerung mehr, sondern könne nur noch als Konfiskation betrachtet werden.

Kriegspachtland.

Die Nahrungsnot läßt bei ungehemmter Entwicklung die Landpachten stark steigen. Was auf diesem Gebiet heute möglich ist, beweist die Tatsache, daß in Paderborn dieser Tage bei der Verpachtung kleiner Gartenteile für den Morgen 350—400 M. Jahrespacht geboten wurden. Das wäre eine Verzinsung des Grundkapitals mit rund 20—30 Proz. Einige Gemeinden haben diese Entwicklung vorausgesehen und haben Anordnungen über die Beschränkung der Pachtpreise erlassen.

Letzte Nachrichten.

Kabinettskrise in Frankreich?

Paris, 12. März. (W. T. B.) Nach dem „Amtsblatt" betrug die Mehrheit der Regierung bei der ersten Abstimmung am Freitag 256, die Minderheit 180 Stimmen. Die zweite Abstimmung ergab nach einer Berichtigung 294 gegen eine Stimme. Die ganze französische Presse beschäftigt sich mit der Abstimmung und fragt, ob es eine Ministerkrise geben werde.

Im „Homme Enchaîné" schreibt Clemenceau, Briand habe im letzten Augenblick alle Schubladen ausgekramt, um noch eine Mehrheit zu finden. Dies sei Briands Erfolg. Aber was die Verproviantierung Frankreichs dabei gewonnen habe, könne er allerdings nicht sagen. In einer Nachschrift schreibt Clemenceau, man solle davon Notiz nehmen, daß in Frankreich große Meinungsverschiedenheiten über Poincaré herrschten. Man müsse die Stärke der beiden Parteien kennen lernen.

Die rechtsstehende Presse versucht Briand zu stützen, besonders „Gaulois", der fragt, wer wohl Briand ersetzen könnte.

Genf, 12. März. („Frankf. Ztg.".) Die Pariser Zeitungen kündigen an, daß Briand vielleicht eine neue Interpellationsdebatte herbeiführen werde, um sich gründlich mit den Wortführern der parlamentarischen Opposition auseinander zu setzen und die Kammer zu zwingen, zwischen ihnen und ihm zu wählen. Er hofft vielleicht, auf diese Weise die radikalen Parteien von ihren Wortführern trennen zu können. Man spricht auch bereits von neuen Verschiebungen im Ministerium und von der Ausschiffung der Minister Herriot und Albert Thomas. Dies alles aber wären nur Notbehelfe, die nach den Erfahrungen des letzten Jahres sicher keinen Eindruck mehr auf die Kammer machen würden.

Bern, 12. März. (W. T. B.) Depesche de Lyon meldet aus Paris, der Deputierte Petitjean werde eine Interpellation über die allgemeine Regierungspolitik in der Kammer einbringen, um der Kammer zu ermöglichen, sich klar auszusprechen und den Mitgliedern der Opposition die Möglichkeit zu geben, in unzweideutiger Abstimmung ihre Absicht darzulegen.

Versenkt.

London, 12. März. „Weekly News" vernimmt aus Cork, daß der Dampfer **Storstad** (6028 Tonnen) versenkt worden ist. Das Schiff war ein norwegisches Fahrzeug. 13 Mitglieder der Besatzung wurden gelandet, zwei Boote, mit mehr als 30 Mann besetzt, werden noch vermißt.

Amsterdam, 12. März. In Hoek van Holland ist ein Dampffischerboot mit der gesamten, 28 Mann starken Besatzung des versenkten norwegischen Dampfers **Thode Fagelund** (4352 Tonnen) angekommen.

Amsterdam, 12. März. Nach einem Bericht aus Lissabon ist der holländische Dampfer **Ares** 40 Meilen vor Caseces an der Mündung des Tajo von einem deutschen U-Boot versenkt worden. Die holländische Besatzung ist, soweit bekannt, gerettet worden.

Die Ausreise der holländischen Kornschiffe.

Amsterdam, 12. März. (T. U.) Nach einer Meldung eines hiesigen Korrespondenzbureaus wird die Ausfahrt der 20 holländischen Getreideschiffe wahrscheinlich am nächsten Donnerstag stattfinden. Sämtliche Schiffe werden über Halifax nach Amerika laufen, wo sie Korn für die holländische Regierung holen.

Die Annahme der bayerischen Kanalvorlage.

München, 12. März. Der besondere Ausschuß der Kammer der Reichsräte hat heute die Kanalvorlage einstimmig angenommen.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Gewerkschaften und Lebensmittelversorgung.

Die Sozialdemokratie ist im Kölner Stadtverordnetenkollegium nicht vertreten, obwohl sie die stärkste Partei in Köln ist. Das Dreiklassenwahlrecht, verstärkt durch örtliche Schikanen, schließt sie aus. Während des Krieges hat sich dieser Ausschluß auch nach der Meinung bürgerlicher Kommunalpolitiker als ein schwerer Fehler erwiesen. Um die Stadtverwaltung in unmittelbare Verbindung mit den Arbeitern zu bringen, hat unser Kölner Parteiblatt in der jetzigen Krisis den Zusammentritt einer Arbeitervertretung im Rathause gefordert. Der Oberbürgermeister und der Ernährungsdezernent haben sich mit dieser Anregung einverstanden erklärt. Unter dem Vorsitz eines Metallarbeitersekretärs sind Vertrauensleute der drei Metallarbeiterorganisationen im alten Hansasaale zusammengetreten. Am ersten Abend hielt Bürgermeister Adenauer den versammelten Schwerarbeitern einen zweistündigen Vortrag über die Lebensmittelfragen. Am zweiten Abend kamen Arbeiter, und zwar lediglich aus der Munitionsindustrie, zu Wort. Vertreter der freien, der christlichen und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften brachten durchaus einmütige Auffassungen in der Frage der Lebensmittelversorgung zum Vortrag. Es wurden zahlreiche wichtige Anregungen für die örtliche Lebensmittelversorgung gemacht. Die Tagung soll später wiederholt und auf weitere Arbeitergruppen ausgedehnt werden. Von allgemeinem Interesse war das einhellige Verlangen, daß Zulagen für Schwerstarbeiter nicht mehr durch die Werke, sondern durch die Behörden verteilt werden sollen, da bei der Verteilung in den Fabriken zuviel unter der Hand verschwinde an Leute, die keine Schwerarbeit leisten. In seinem Schlußwort erkannte der Bürgermeister die gute Schulung der Arbeiter durch die Gewerkschaften dankbar an. Er unterstrich, was über die Bevorzugung der Landwirtschaft gesagt worden sei; man dürfe jedoch zu dem neuen Staatskommissar Dr. Michaelis Vertrauen haben.

Berlin und Umgegend.

Aus der Schlichtungskommission für Militärschneider.

Das Kindermädchen als Betriebsleiterin.

Um zehn Militärmäntel oder deren Wert in Höhe von 185 M. handelte es sich in einer Klage, die die Werkgenossenschaft der Schneidermeister für Heeres- und Postlieferungen gegen den Zwischenmeister W. angestrengt hatte. Magistratsrat v. Schulz: „Warum geben Sie denn die Mäntel nicht heraus?" Der Beklagte wandte ein, daß er zwei Jahre treu und redlich für die Genossenschaft gearbeitet habe. Die strittigen Mäntel habe er an einen Abnehmer abgeliefert, der an jenem Tage den eigentlichen Abnehmer vertreten hatte. Der habe gesagt, er müsse die Mäntel wieder mitnehmen, da etwas daran zu ändern sei. Er habe darum ersucht, die Aenderungen am Platze vornehmen zu dürfen, was ihm auch erlaubt worden sei. So sei es auch geschehen. Nach Erledigung der Aenderungen habe der stellvertretende Abnehmer gesagt, er könne keinen Abnahmeschein ausstellen, dies müsse der andere tun. Daraufhin sei er, der Beklagte noch Hause gegangen und habe die Mäntel ohne Quittung dagelassen. Er wolle auf der Stelle versinken, wenn dem nicht so sei. Er habe in jener Zeit gehungert und schon darum die Mäntel liefern müssen, um Geld zu erhalten. Uebrigens herrschten in dem betreffenden Betriebe keine geregelten Verhältnisse, ein Kindermädchen leite den ganzen Betrieb. — v. Schulz: „Aber ich bitte Sie, ein Kindermädchen? . . ."

Vom Vertreter der Genossenschaft wurde das mit dem Kindermädchen als Betriebsleiterin als Unsinn bezeichnet, es seien weder Kinder noch Kindermädchen dort. Der Betrieb werde nach streng kaufmännischen Regeln geleitet, und wenn jemand Arbeit liefere, so erhalte er eine Quittung. Diese könne der Beklagte nicht vorweisen und somit hafte er für die nicht vorhandenen zehn Mäntel.

Da die Angelegenheit auf diese Art nicht zu klären war, wurde Vertagung beschlossen, um Zeugen zu vernehmen.

Wer ist für Diebstahl verantwortlich?

Die Kommission hatte sich auch wieder mit den gestohlenen Reitbesätzen, über die wir schon berichtet haben, zu beschäftigen. Dem Zwischenmeister G. wurden von einem Arbeiter Lederbesätze zu Reithosen entwendet, die der Auftraggeber ersetzt haben wollte. Die Schlichtungskommission hat dem Bestohlenen eine Frist zur eventuellen Wiederbeschaffung der Besätze gewährt. In der letzten Sitzung waren beide Parteien wiederum anwesend — leider aber nicht die Lederbesätze. Das Ehepaar J. wandte ein, daß sie doch nichts dafür könnten, wenn sie bestohlen würden. Es wurde ihnen geantwortet, so bedauerlich der Diebstahl für sie sei, so müßten sie doch für den Schaden aufkommen, da der Auftraggeber auch der Militärbehörde gegenüber für die vollständige Sicherung gerade stehen müsse.

Nach längerem Hin und Her erboten sich die Bestohlenen, den Schaden zu ersetzen und wöchentlich 15 M. abzuzahlen. Sollte sich das Leder doch noch anfinden, so erhalten sie ihr Geld zurück.

Spesen und Arbeitslohn.

In einer Klagesache, in der Kunze vom Schneiderverband die klägerische Partei vertrat, hatte der Unternehmer Spesen auf den Arbeitslohn verrechnet und alles in allem 35,70 M. zu wenig gezahlt. Der Beklagte kam auch wieder mit dem an dieser Stelle schon üblichen Einwand: die betreffende Arbeiterin sei keine Schneiderin, sondern Dienstmädchen. Kunze führte demgegenüber aus: ob Dienstmädchen oder nicht, komme gar nicht in Frage, der Tarif müsse eingehalten werden und Spesen sind unter keinen Umständen vom Lohn abzuziehen.

Die Kommission vertrat den gleichen Standpunkt und der Beklagte zahlte 25 M. nach.

Jck hab' mir jeeinigt!

Mit diesen Worten trat ein Zwischenmeister vor, gegen den der Schneiderverband geklagt hatte und der Regreß an seinem Auftraggeber nehmen sollte. Kunze: „Sie haben sich geeinigt und das Geld in Ihre Tasche gesteckt. Das könnte Ihnen so passen!"

Zwischenmeister: „Geht Sie das was an?" v. Schulz: „Ja, so geht das aber nicht, das geht Herrn Kunze sehr viel an. Die Arbeiter wollen ja auch Geld. Sie können doch die erhaltenen 50 M. nicht für sich behalten! Sie haben doch anerkannt, 139 M. nachzuzahlen."

Zwischenmeister: „Jck bin ja jar nich jefragt worden." Beisitzer Sabath: „Wie können Sie denn das behaupten? Sie sind mehrmals gefragt worden und haben die Summe ausdrücklich anerkannt."

Nachdem Kunze noch einige Positionen gestrichen hatte, und ein anderer regreßpflichtiger Unternehmer sich erbot, 25 M. zuzulegen, bequemte sich der einigungsfrohe Zwischenmeister dazu, noch 85 M. zu entrichten.

Aus Industrie und Handel.

Es wird glänzend weiter verdient.

In der am Montag abgehaltenen Aufsichtsratssitzung der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft legte der Vorstand die Vermögensaufstellung des Geschäftsjahres 1916 vor, die mit einem Rohgewinn von 53 006 081,47 Mark (gegen 41 855 860,54 Mark im Vorjahre) abschließt. Bei diesen Ziffern ist zu beachten, daß in diesem Jahre erstmalig die allgemeinen Unkosten wie Zinsen, Provisionen, Bergschäden, Wohlfahrtsausgaben, öffentliche Lasten und dergleichen nicht mehr auf der Sollseite der Gewinn- und Verlustrechnung erscheinen, sondern im voraus von dem Betriebs-Rohgewinn abgebucht worden sind. Dementsprechend ist oben als Vergleichsziffer auch nicht die aus dem Geschäftsbericht für das Betriebsjahr 1915 ersichtliche Gewinnziffer eingesetzt, sondern diejenige Ziffer, die sich nach Abzug der allgemeinen Unkosten von dem Betrage des im Geschäftsbericht ausgewiesenen Rohgewinns ergibt.

Der auf den 14. April 1917 zu berufenden Hauptversammlung soll vorgeschlagen werden, 22 024 680,98 Mark (21 978 386,05 Mark im Vorjahre) zu Abschreibungen, 2 500 000 M. (im Vorjahre 0) zu einer Rückstellung für Ueberführung der Betriebe in die Friedenswirtschaft, 600 000 M. (wie im Vorjahre) für die besondere Rücklage und 1 500 000 M. (wie im Vorjahre) für den Beamten- und Arbeiterunterstützungsfonds zu verwenden und einen Gewinnanteil von 12 Prozent (gegen 8 Prozent im Vorjahr) auf das Aktienkapital von 188 000 000 M. /180 000 000 M. im Vorjahre) zu verteilen. Der Vortrag auf neue Rechnung beträgt 3 026 771,59 M. (2 908 527,13 M. im Vorjahre).

Großhandel und Genossenschaften.

Eine Tagung des Zentralverbandes des Deutschen Großhandels fordert von Reich und Staaten, daß jede Begünstigung der Genossenschaften aller Art unterbleibe, mag es sich um Handwerkergenossenschaften, landwirtschaftliche Genossenschaften, Konsumgenossenschaften oder Einkaufsgenossenschaften handeln. Eine Kommission mit Unterausschüssen soll die Interessen des freien Handels wahren.

Hoffentlich finden die Herrschaften infolge des Hilfsdienstgesetzes bald Gelegenheit, sich ihre Zeit besser zu vertreiben, als mit höchst inopportunen Versuchen die Genossenschaften auszuschalten.

Ergebnis der italienischen Kriegsanleihe. Die Zeichnungen auf die neue fünfprozentige Anleihe betrugen bis zum 11. März bei der Bank von Italien und bis zum 10. März bei den anderen Zeichnungsstellen mehr als 2900 Millionen Lire, davon 2000 Millionen Barzeichnungen.

Soziales.

Entlohnung reklamierter Arbeiter, die außerhalb des Wohnorts ihrer Familie arbeiten.

Wiederholt haben Heerespflichtige, die zur Arbeit in bestimmten Betrieben entlassen werden sollten, deren Uebernahme abgelehnt, weil der ihnen in Aussicht gestellte Lohn weniger betragen haben würde, als ihre Löhnung nebst freier Verpflegung und Kleidung zusammen mit den ihren Familien gewährten Unterstützungen. Es war vorgeschlagen worden, die Familienunterstützung in solchen Fällen weiterzugewähren. Da eine solche Regelung aber über den Rahmen des Familienunterstützungsgesetzes hinausgehen würde, soll nach einem Erlaß des Reichskanzlers vom 9. Januar 1917 den Familien und sonstigen Angehörigen der zur Arbeitsleistung entlassenen Heerespflichtigen, soweit sie bisher Familienunterstützung erhalten haben, im Wege der Kriegswohlfahrtspflege Unterstützung gewährt werden. Das soll in einer Höhe geschehen, die dem Unterschied zwischen den militärischen Bezügen und den bisher gewährten Familienunterstützungen einerseits und dem Arbeitsverdienst andererseits entspricht.

Auf der einen Seite kommen als militärische Bezüge Löhnung, freie Verpflegung und Kleidung in Frage. Die Löhnung ist je nach ihrem tatsächlichen Betrag einzusetzen. Verpflegung und Kleidung mit einem Betrage von 1,50 M. für den Tag, mithin halbmonatlich 22,50 M. Dazu tritt die Familienunterstützung in der bisher gewährten Höhe einschließlich der von den Lieferungsverbänden gewährten Zuschüsse. Der Summe dieser Bezüge ist der Arbeitsverdienst gegenüberzustellen, den der zur Arbeit entlassene Heerespflichtige bei regelmäßiger Arbeitszeit und normaler Arbeitsleistung zu verdienen in der Lage ist. Der Betrag, um den der Arbeitsverdienst hinter der nach obigem berechneten Summe zurückbleibt, würde der Familie dann als Ausgleich zu zahlen sein.

Sofern nun der Entlassene nicht an seinem Wohnort, sondern außerhalb Arbeit erhält, und ihm und seiner Familie durch Führung doppelten Haushalts dadurch größere Unkosten erwachsen, soll ihm für den doppelten Haushalt außerdem der Betrag von 2 Mark für den Tag, also 60 Mark im Monat, als Mehrkosten in Ansatz gebracht werden. Ist der Betrag des Arbeitsverdienstes höher als der Betrag der militärischen Bezüge, zuzüglich der bisher empfangenen Familienunterstützung und der Mehrkosten des doppelten Haushalts, so kommt eine Unterstützung im Wege der Kriegswohlfahrtspflege nicht in Frage. Ist der Betrag geringer, so ist der Unterschied als Unterstützung durch den Lieferungsverband zu zahlen.

Diese Regelung hat nun an einigen Stellen zu der Auffassung geführt, als ob der Arbeitnehmer, der fern vom Wohnort seiner Familie arbeitet, mit Rücksicht auf den doppelten Haushalt gegen den Arbeitgeber einen Rechtsanspruch auf Zahlung eines Lohnzuschlags von 2 Mark täglich hat. Diese Auffassung ist unrichtig. Der Erlaß des Reichskanzlers bezweckt lediglich, zu verhindern, daß der Arbeiter, der zuvor im Heeresdienst stand und dessen Familie daher Familienunterstützung bezog, wenn er vom Heeresdienst entlassen wird und Arbeit aufnimmt, schlechter steht als zuvor. Auch die 2 Mark sollen auf Kosten der Kriegswohlfahrtspflege gezahlt werden.

Die Gewährung der Unterstützungen an die Familien hat auf Antrag des Heerespflichtigen selbst oder seiner Familie zu erfolgen. Die Festsetzung der Höhe des zu gewährenden Betrags ist von dem zur Zahlung der Familienunterstützung zuständigen Lieferungsverbande zu bewirken. Weigert der diese Zahlung, dann würde event. Beschwerde an den zuständigen Regierungspräsidenten begründet sein.

Der österreichische „Arbeiterschutz" — Wochenblatt.

Der „Arbeiterschutz", Zeitschrift für soziale Gesetzgebung, das Organ der Reichskommission der Krankenkassen Oesterreichs, erscheint vom 1. März d. J. nunmehr auch wöchentlich. Das bisher 14tägig erschienene Blatt konnte angesichts der wachsenden Aufgaben der Krankenkassen unmöglich aktuell sein. Das 14tägig erscheinende Blatt genügte, so lange es nur das Organ von zwei Kassenverbänden war. Der durch die neue österreichische Gesetzgebung erweiterte Wirkungskreis der Krankenkassen und die vorgesehene Gründung von Landesverbänden stellt jedoch an den „Arbeiterschutz" Anforderungen, denen ein 14tägiges Blatt nicht gerecht werden konnte. Durch die Vergrößerung des Organs soll erreicht werden, daß den Krankenkassen nach besten Kräften gedient wird.

Wir wünschen dem Organ die Erreichung dieses Zieles.

Verantwortlich für Politik: **Hermann Müller**, Tempelhof; für den übrigen Teil d. Blattes: **Alfred Scholz**, Neukölln; für Inserate: **Th. Glocke**, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co Berlin SW.

Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

Direktion Max Reinhardt:
Deutsches Theater.
7 Uhr: **Othello.**
Kammerspiele.
7½ Uhr: **Das Konzert.**
Volksbühne. Theater am Bülowplatz.
7½ Uhr: **Kabale und Liebe.**

Theater i. d. Königgrätzerstr.
7 Uhr zum 1. Male:
Totentanz I. Teil.
Komödienhaus
7½ Uhr zum 75. Male:
Die verlorene Tochter.
Berliner Theater.
7½ Uhr: **Die tolle Komteß.**

Lessing-Theater.
Direktion: Viktor Barnowsky.
7 Uhr: **Peer Gynt.** Musik von Grieg.
Mittwoch: Die Sorina.
Deutsch. Künstler-Theater.
Allabendlich 7½ Uhr:
Die beiden Klingsberg.

URANIA Taubenstr. 48/49.
4 Uhr (halbe Preise):
Im U-Boot gegen den Feind.
8 Uhr:
Der Balkanzug und die befreite Donau.

Theater für Dienstag, 13. März.

Deutsches Opernhaus, Charlottenb.
7 Uhr: **Die toten Augen.**
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
7½ U.: **Das Dreimäderlhaus.**
Gebr. **Herrnfeld**-Theater
7½ U.: **Der Stolz der Familie**
Kleines Theater
8 Uhr: **Am Teetisch.**
Komische Oper
7½ Uhr: **Die Dose Sr. Majestät.**
Lustspielhaus
7½ U.: **Die schöne Kubanerin.**
Neues Operettenhaus
Schiffbd. 4a. Kassentel.: Nord. 281.
7½ U.: **Der Soldat der Marie.**

Metropol-Theater
7 Uhr 10 Min. **Die Csardasfürstin.**
Residenz-Theater.
7½ Uhr: **Die Warschauer Zitadelle.**
Schiller-Theater O.
7½ U.: **Alt-Heidelberg.**
Schiller-Th. Charlottenbg.
7½ Uhr: **Die Kammerwahl**
Thalia-Theater.
7½ U.: **Das Vagabundenmädel.**
Theater am Nollendorfpl.
8½ Uhr: **Die Zauberflöte.**
7½ Uhr: **Die Gulaschkanone.**
Theater des Westens
7½ U.: **Die Fahrt ins Glück**
Trianon-Theater
7½ U.: **Gib auf Hedwig acht.**

Walhalla-Theater.
7½ Uhr:
Das Glücksmädel.

Rose-Theater.
7½ Uhr:
Der fidele Bauer.

Circus **Busch**
Tägl. 7½, Sonnt. 3½ u. 7½ Uhr.
! Mexikanische Lynchjustiz !
Tom Jack in der
Todesfessel
und die übrigen vorzüglichen März-Nummern.
Zum Schluß der Abendvorstellung:
Riesen-Pracht-Wasser-Pantomime
Die versunkene Stadt

Zirkus A. Schumann
Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr.
Heute und täglich
Das equestrische Programm.
Die neuen März-Spezialitäten
Kismet, d. oriental. Wunder!
Adolf u. Coko, d. orig. Spaßmach.
Emilia Rose,
Antipoden-Spiele mit Hunden.
Die Seeräuber.
Gr. Pracht-Ausst.-Pant. i. 4 Akt.
Sonntags 2gr. Vorst., 3 u. 7½ U. Nachm. 1 angehör. Kind frei, jedes weitere Kind halb. Preis. Billetts ab Frlg. a. d. Zirkusk.

Wintergarten
Der große März-Spielplan mit
Oscar Sabo
und
Lillebil's Hochzeitsreise.
Aegypt. Burleske in 7 Bildern. Musik von Bizet. Inszenierung v. Max Reinhardt. Hauptdarstell.: Hans Wassmann, Lillebil Christensen, Katta Sterna, Ernst Matray.

Apollo
Friedrichstr. an der Kochstr.
Das Theater ist gut geheizt.
Täglich ½8 Uhr:
Persönliches Gastspiel!
Wanda Treumann
Viggo Larsen
in ihrem Lustspiel:
„Die Scheidungsehe",
von William Kahn.
Vorher: Das vollständig neue **Varieté-Programm.**

VIKTORIA-THEATER (Sanssouci), Kottb. Str. 6. Telephon: Moritzpl. 14814. Hchb.-Haltest. Kottbuser Tor.
HAGENBECK
Nur noch kurze Zeit!
Neue Spezialitäten. — Neue Dressuren.
Wochent. nachm. Vorzugspreise. Mittwochs, Sonnab., Sonntags je 2 Vorstell., um 3½ u. 7½ U.
Tägl. Abendvorstellung um 7½ U. Vorverkauf: Hagenbeckkasse, Kottbuser Str. 6, u Wertheim

National-Theater, Köp. Str. 68
83, 87, 88, 19, I, II, 49, 45, IV, VI, 28, 36, 37, V, 22, 6. Untergrundb. Inselbrücke, Stadtb. Jannowitzbrücke. Tägl. gültig bis einschl. 25. März 1917. Anf. ½8 Uhr. Unbeschreibl. Erfolg!
Studentenliebchen.
Operette i. 3 Akt. Text: Dr. Zickel. Musik von **Walter Bromme.**
Vorverk. d. Orig.-Bill. 10½–2 u. ab 6 U.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
„Cabaret Feldgrau"
Anfang 7½ Uhr.
Sonntagnachmitt. 3 Uhr: Vorstellung zu ermäß. Preisen! Neues Programm
Für Militärpers. an den Wochentg. freier Zutritt zu d. Stett. Sängern

Voigt-Theater.
Badstr. 58. Badstr. 58.
Täglich 7½ Uhr:
Mutterliebe.
Donnerstag, den 15. März: Benefiz für Hans Knispel: **Bummelfritze.**

Possen-Theater.
Täglich 7½ Uhr:
Der fliegende Holländer.
Der alte Wolff.

Palast Theater am Zoo
Tägl. 7½ Sonnt. 3½ u. 7½
Die neue Revue in 5 Bildern:
Berlin im Krieg

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 7½ Uhr.
Nur noch bis 27. März
Zwei helle Berliner
Ferner die März-Spezialitäten.
Mittwoch, den 28. März, z. 1. Male:
Wenn's Mailüfterl weht.
Sonntag 4 Uhr: Die Sache klappt.

Admiralspalast.
Schlittschuhläufer-Ballett a. d. Oper „Der Prophet"
Nur noch kurze Zeit das herrliche Eis-Ballett **Frau Fantasie.**
Vorzügl. Küche auf all. Plätzen. Konz. Eislaufbahn bis 11½ U.

H. Pfau, Bandagist
Berlin C., **Dircksenstraße 20**
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Polizeipräsidium. — Amt Kgt. 3208.
Für Damen Frauen-Bedienung.
Lieferant für alle Krankenkassen

Berliner Konzerthaus
Mauerstr. 82 Heute Zimmerstr. 90/91.
Großes Konzert
des Berliner Konzerthaus-Orchesters
Leiter: Komponist Frz. v. Blon.
Anfang 7½ Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 7½ Uhr.
An allen Wochentagen: Nachmittags-Konzert bei freiem Eintritt und voller Orchesterbesetzung.

Parteiveranstaltungen und Beitragszahlung siehe Anzeigenteil.

Parteigenossen und Genossinnen!

Die reinliche Scheidung, die durch den Beschluß der Sonderbündler selbst herbeigeführt worden ist, hat in den Kreisen der Parteigenossen große Befriedigung ausgelöst. Die **Zerstörer der Partei** hatten es durch ihren Terrorismus fertig bekommen, daß die besten und besonnensten Elemente mehr und mehr den Versammlungen fernblieben. Zahlreiche Genossen haben sich, angewidert durch dieses Treiben, ganz zurückgezogen. Viele von diesen kehren jetzt freudig zurück, zahlen viele Monate an Beiträgen nach und nehmen wieder an dem Parteileben teil.

Aber es sind auch noch viele alte Genossen vorhanden, die heranzuziehen sind. In Versammlungen und Zusammenkünften aller Art, in Werkstatt und Fabrik muß Klarheit verbreitet werden über die Ursachen und über den **Sinn der Spaltung**.

Die Veranstaltungen, die wir unten bekanntgeben, dienen dem gleichen Zweck. Wir wollen keine **„Zahlabende“** in dem alten Sinne des Wortes, in denen vielfach stundenlang nur über Parteistreit verhandelt und dann bestenfalls Kleinigkeiten in umständlicher Weise durchgehechelt wurden. Unsere Zusammenkünfte sollen ernste Diskussionsabende sein, der **Belehrung** und **politischen Durchbildung** der Teilnehmer dienen. Der Vorbereitung für die kommenden schweren Kämpfe, die das arbeitende Volk zu bestehen haben wird.

Beiträge werden in den Versammlungen und Zusammenkünften entgegengenommen, ohne daß diese Mitgliederpflicht den Hauptgegenstand des Abends bilden dürfte. Die von unserer Parteiorganisation eingeführte Marke hat dies Aussehen:

Für die weiblichen Mitglieder sind nach dem gleichen Muster 20-Pfennig-Marken vorhanden. **Alle anderen Marken,** die man hie und da den Genossen aufzudrängen sucht, **sind zurückzuweisen.**

Abgeordnetenhaus.

79. Sitzung. Montag, 12. März 1917, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Breitenbach.

Die zweite Lesung des Eisenbahnetats

wird fortgesetzt. Im Hause sind etwa 30 Abgeordnete anwesend.

Abg. Dr. **Maeco** (natl.):

Die schlechte Besetzung des Hauses ist sehr bedauerlich. Diese Erscheinung ist eine treffliche Illustration zu den Beschlüssen des Herrenhauses vom 9. März. (Sehr richtig!) Wir werden auf diese Beschlüsse beim Etat des Herrenhauses ausführlich zurückkommen. (Zuruf links: Und gründlich!) Es müssen mehr und größere Güterwagen gebaut werden. Der Umschlagverkehr muß möglichst schnell sein. Ein frischer Wind muß durch die Verwaltung wehen.

Abg. **Oeser** (Vp.):

Die objektive und sachliche Rede des Eisenbahnministers stand in einem angenehmen Gegensatz zu anderen Reden von der Ministerbank in der letzten Woche. (Sehr gut! links.) Die Ursachen der Verkehrsschwierigkeiten liegen in den ständig steigenden Ansprüchen an das Personal und in einer Reihe anderer äußerer Ursachen. Wir sind der festen Zuversicht, daß diese Schwierigkeiten überwunden werden. Die Preispolitik der Verwaltung gegenüber der Industrie war kulant. Jetzt wird wohl allgemein die **Notwendigkeit großer Wasserstraßen** erkannt. (Sehr richtig! links.) Der Verkehr wird einmal durch die Verkehrssteuer und dann nochmals durch die Tariferhöhung bedroht. Man sollte zuerst alle Ausnahmetarife nachprüfen. Eine **allgemeine Tariferhöhung** dürfte erst **nach Friedensschluß** erfolgen. Zu Vereinfachungen im Eisenbahnverkehr wird man vielleicht kommen, aber sie dürfen nicht zu Verkehrshemmnissen werden. Projekten, wie den Kirchhoffschen, kann man erst nähertreten, wenn man festen Boden unter den Füßen hat, darin stimmen wir dem Minister zu. Auf eine phantastische, abenteuerliche Politik wollen wir uns mit unseren Eisenbahnen nicht einlassen. (Sehr richtig! links.) Wichtig ist die Zuziehung von mehr Technikern zur Eisenbahnverwaltung. Die Leitung der ganzen deutschen Bahnen muß möglichst vereinheitlicht werden. In dieser Beziehung hat sich in den letzten zehn Jahren sehr viel gebessert, aber es sind doch noch große Aufgaben zu lösen. Je schneller und gründlicher das geschieht, um so leichter wird unsere wirtschaftliche Gesundung nach dem Friedensschluß sich durchführen lassen. (Bravo! links.)

Eisenbahnminister **v. Breitenbach**

kommt auf die Frage der Vergebung der Wagenbauten zurück. Gegenüber dem schweren Vorwurf der Preisdrückerei sei zu erwägen, ob nicht ein anderer Weg bei der Vergebung dieser großen Lieferungen einzuschlagen sei. Eventl. könne der Staat selbst Wagenbauanstalten schaffen und durch einen Dritten kaufmännisch verwalten lassen. Dann wäre der Staat besser informiert über die Selbstkosten. Der Minister geht des weiteren auf einzelne Wünsche der Vorredner ein. Die Schlafwagenverhältnisse sollen verbessert werden. An technischen Verbesserungen wird ständig gearbeit. Z. B. sind in der Richtung einer schnelleren Entladung der Wagen zahllose Versuche gemacht worden. — Daß die Verkehrssteuer den Fernverkehr besonders belastet, ist richtig, aber für die Ausfuhr bestehen Ausnahmetarife. Oesterreich hat eine wesentlich höhere Verkehrssteuer. Eine Umgestaltung unserer Tarife wird erst im Frieden möglich sein, jedenfalls erst, wenn sich die Wirkungen der Reichsverkehrssteuern übersehen lassen. Eine Verständigung mit Oesterreich-Ungarn und den Balkanstaaten auf dem Gebiete der Tarifpolitik wäre sehr zu wünschen. — Für die Bearbeitung großer Kanalprojekte, wenn sie nicht absolut dringend sind, fehlen uns zurzeit tatsächlich die nötigen Kräfte. Der Vorwurf des Abg. Macco, es fehle den Eisenbahnverwaltungsbeamten an volkswirtschaftlicher Bildung, ist in den Tatsachen nicht begründet. Wir legen großes Gewicht auf erstklassiges Personal, sowohl bei den Verwaltungsbeamten wie bei den Technikern.

Abg. **Leinert** (Soz.):

Durch die Verkehrssteuer wird die erste und zweite Klasse verhältnismäßig viel zu wenig belastet. Die größte Belastung durch die neue Steuer trägt die vierte Klasse, die kleinste Belastung die erste Klasse. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dauert der Krieg noch lange, so werden wir jedenfalls auch noch erhebliche Güter-Tariferhöhungen während des Krieges bekommen. Wie man da noch mit steigenden Einnahmen und Ueberschüssen rechnen kann, sehe ich nicht ein. Man müßte im Gegenteil den Verkehr verbilligen und vereinfachen. Die dahingehenden Vorschläge sollten eingehend geprüft werden. Man will die Einnahmen aus den Eisenbahnen immer mehr steigern, um einer Erhöhung der direkten Steuern zu entgehen. Infolge der großen Belastung der Verbraucher, die jetzt wieder eintreten soll — auch durch die Kohlensteuer — werden aber natürlich auch die Löhne wieder erhöht werden müssen. (Sehr richtig!) Das verringert erneut die Einnahmen. Wo da die Ueberweisung von Geldern an die allgemeine Finanzverwaltung schließlich noch herkommen soll, ist unverständlich, wenn man nicht erneut Tariferhöhungen vornehmen will. Man sollte eben die Eisenbahnen **nicht wie heute in der Hauptsache zur Einnahmequelle** für die allgemeinen Staatsfinanzen machen, sondern

mehr die Verkehrsinteressen berücksichtigen.

(Sehr richtig! links.) Die Verlängerung des Rhein-Weser-Kanals von Hannover nach Magdeburg hätte längst erfolgen müssen. (Sehr richtig! links.) Als Rückgrat des ganzen Wirtschaftslebens müßten die Eisenbahnen Reichseisenbahnen sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Vorschläge des Herrn Kirchhoff, der seinen ursprünglichen Vorschlag der Reichsbahnen leider aufgegeben hat, befriedigen uns absolut nicht. So weltfremd, wie man ihn hinstellt, ist dieser Fachmann freilich auch nicht. Seine Vorschläge sollten in einer sachverständigen Kommission sorgfältig geprüft werden. Jedenfalls gehen sie darauf hinaus, die Eisenbahnen dem Verkehr mehr dienstbar zu machen. Deshalb gefallen sie dem Finanzminister so wenig, der auf die steigenden Einnahmen aus den Eisenbahnen nicht verzichten will und im Hinblick auf diese einer gründlichen Reform der Einkommensteuer ausweicht. Die direkten Steuern und nicht die schwankenden Einnahmen der Eisenbahnen sollten die Grundlage der preußischen Finanzgebarung werden. (Sehr richtig! links.) Bei der heutigen Methode wird jede Maßnahme der Eisenbahnverwaltung in der Hauptsache nach ihrer finanziellen Wirkung geprüft und nicht nach der Wirkung auf den Verkehr. Die Gesamtleistungen der preußischen Eisenbahnen sind natürlich groß, aber man darf sich an den großen Zahlen nicht berauschen. Bei den vielen Lobsprüchen bedenkt man nicht, daß es an jeder Vergleichsmöglichkeit fehlt, da es sich um eine Monopolverwaltung handelt. Gewiß, sie hat sich glänzend bewährt bei der Mobilmachung und auch später. Aber es fehlt ihr doch an der nötigen Beweglichkeit.

Wir verlangen,

daß alle Schnellzüge Wagen 3. Klasse bekommen, möglichst auch 4. Klasse und jedenfalls alle Eilzüge 4. Klasse. Einführung von Kilometerheften mit Fahrpreisermäßigung, größeres Entgegenkommen an Gesellschaften und Vereine ohne politische Rücksichten, Vermehrung der Arbeiterfahrkarten usw. sind dringend notwendige Verbesserungen. — Für die Ausführung von Eisenbahnbauten nach dem Kriege zur Verminderung der Arbeitslosigkeit und zur Hebung des Verkehrs sollte sich der Minister schon jetzt mit den Arbeitsgemeinschaften, der Arbeitgeber und der Arbeiter, in Verbindung setzen. — Die jetzigen Verkehrsschwierigkeiten sind sehr zu bedauern. Die Ursachen sind uns in der Kommission dargelegt. Wir hoffen, daß die neue Betriebsverwaltung zu ihrem Abflauen beiträgt und eine Wiederholung verhindert. Für den

Ausbau der Betriebsmittel

fordert der Etat **nahezu eine Milliarde.** Diese große Summe bietet aber noch keine Gewähr, daß mehr Material angeschafft wird als früher, weil die Materialpreise und die Löhne inzwischen gestiegen sind. Hier zeigt sich die ungünstige Einwirkung des Finanzministers auf den Etat, der nicht genügend Mittel zu Neuanschaffungen zur Verfügung stellt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich freue mich, daß der Minister für die Vergebung der Lieferungen neue Wege gehen will. Hoffentlich war diese Andeutung nicht nur ein Schreckschuß. Die Mehrforderungen der Lieferanten stehen mit den gewährten Lohnerhöhungen in gar keinem Verhältnis. Von einer Waggonfabrik in Görlitz wird behauptet, der Minister habe nicht mehr als 8,10 Proz. für Lohnzulagen bewilligt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich kann mir das nicht denken, auf keinen Fall darf die Waggonfabrik daraufhin alle Lohnerhöhungen ablehnen. Dieselbe Erklärung liegt von der Waggonfabrik in Danzig vor. Die Frage, inwieweit die Arbeiter an den Materialpreiserhöhungen beteiligt sind, sollte die Verwaltung genauer prüfen. Was die

Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter

selbst anlangt, so wird besonders über mangelhafte Versorgung mit Lebensmitteln geklagt. Bei der Verteilung der Zusatzbrotkarten an Schwerarbeiter soll ungleichmäßig verfahren worden sein. In einzelnen Orten haben diese Arbeiter die ihnen zustehenden Marken erst durch Arbeitsniederlegung erreichen können. Die betreffenden Kategorien, die auf Zusatzkarten Anspruch haben, müssen so genau bezeichnet werden, daß alle Bevorzugungen Einzelner durch Vorgesetzte ausgeschlossen sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In Hannover ist die Arbeitszeit der Eisenbahnbeamten so verlegt worden, daß sie nicht mehr in der Lage sind, das ihnen zur Verfügung gestellte Land zu bestellen. — Ueber die

Wohlfahrtseinrichtungen

der Eisenbahn, wozu man auch die Invaliden-, Krankenversicherung und ähnliche gesetzliche Einrichtungen rechnet, ist uns wieder ein sehr ausführlicher Bericht zugegangen. Es wird von diesen Dingen etwas zuviel Aufhebens gemacht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Lasten, die die Verwaltung dabei übernimmt, sind ganz minimal, es wird viel mehr darüber geschrieben, als dafür bezahlt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Bei dem sogenannten Unterstützungsfonds kommen die Arbeiter am schlechtesten weg, die höheren und mittleren Beamten viel besser. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Minister hat selbst anerkannt, daß diese Fonds für die Arbeiter einer Erhöhung bedürfen. Auffallend ist, daß die für die Arbeiter in dem Etat eingestellten 3 Millionen nicht einmal aufgebraucht sind; die Grundsätze für die Bewilligung solcher Unterstützungen müssen viel liberaler gehandhabt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch die **Teuerungszulagen** sind zu gering. Da der Minister selbst anerkannt hat, daß sie nicht ausreichen, sollten sie sofort erhöht werden. Ein Unterschied zwischen ständigen und nichtständigen Arbeitern dürfte bei diesen Zulagen nicht stattfinden. Die heutige Praxis führt direkt zu Lohnkürzungen, wenn ein unständiger Arbeiter ständig wird. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Wagenführer verlangen Ausgleichszulagen, wie sie heute in gewissen Fällen die Werkführer bekommen. Die

Löhne der Arbeiter

selbst sind sehr unbefriedigend. In die Lohnerhöhungen der Werkstättenarbeiter sind die Teuerungszulagen einbegriffen. Auch sonst sind die Lohnerhöhungen zum Teil minimal. (Hört! hört!) Dabei wurden für die große Menge der Bahnunterhaltungsarbeiter noch 1915 Löhne von 3,27 bis 4,69 M. gezahlt. Hier ist eine Lohnerhöhung dringend geboten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch wenn diese Löhne um 1 M. erhöht werden, sind sie noch sehr gering angesichts der Teuerung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Minister hat auch selbst eine Erhöhung der Grundlöhne unter Beibehaltung der Teuerungszulagen als notwendig für alle Eisenbahnarbeiter anerkannt. Wir erwarten dringend, daß dies Versprechen eingehalten und unverzüglich eingelöst wird, sonst kann der Minister es erleben, daß die Arbeiter ihm weglaufen, weil sie im Zivildienst mehr verdienen. Die Ueberstundenbezahlung muß überall gleichmäßig erfolgen.

Den Frauen und Mädchen, die den schweren Eisenbahndienst übernommen haben, sind wir großen Dank schuldig. Hier muß unbedingt der Grundsatz Geltung erhalten, für gleiche Arbeit gleichen Lohn. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiterausschüsse der Eisenbahnen sollen bekanntlich nach denen des Zivildienstgesetzes umgestaltet werden. Im allgemeinen ist das auch geschehen. Die Hauptsache ist freilich, daß die Bestimmungen auch wirklich durchgeführt werden und nicht von den Betriebsbeamten umgangen werden können. Erfreulich ist, daß die Anerkennung des Vereins- und Versammlungsrechts in die Bestimmung aufgenommen ist und daß der Minister die früheren Erlasse gegen den

Deutschen Eisenbahnerverband

und den Süddeutschen Verband zurückgenommen hat. Viele Klagen sind mir wieder zugegangen über ungerechte Behandlung der Arbeiter. Manches ist ja in dieser Beziehung besser geworden, aber Musterbetriebe sind die Staatseisenbahnbetriebe noch lange nicht. Die Schaffung eines besonderen Staatsarbeiterrechts, das nur die Staatsarbeiter ausschließen würde von Rechten, die andere Arbeiter haben, lehnen wir ab. Wir verlangen volle politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung der Staatsarbeiter mit den anderen Arbeitern. Mit der Neuorientierung, mit der Demokratisierung der ganzen Staatseinrichtung muß in gleicher Weise fortschreiten **die volle Freiheit und Gleichberechtigung der Staatsarbeiter.** (Lebh. Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Schmidt-Conz** (Z.)

erörtert eingehend die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter. Die Kriegsbeschädigten klagen darüber, daß ihnen bei der Ausstellung von Anstellungsscheinen Schwierigkeiten gemacht werden. Die Eisenbahnarbeiter sollten bei ihrem schweren Dienst allgemein die Zusatzkarten der Schwerstarbeiter erhalten.

Eisenbahnminister **v. Breitenbach:**

Ich möchte meiner Genugtuung Ausdruck geben über die sachliche Behandlung der Arbeiterfragen durch die beiden Herren Vorredner. Die Fürsorge für ihr großes Personal liegt der Verwaltung von seither am Herzen. Die Anforderungen an das Personal der Eisenbahnen sind im Kriege außerordentlich große, doch mußten sie gestellt werden. Im großen und ganzen hat das Personal auch ein volles Verständnis für diese Notwendigkeit bewiesen. — Für umfassendste Bautätigkeit wird gleich nach dem Kriege Gelegenheit sein, die Vorarbeiten werden getroffen. — Wo sich Mißstände bei der Zuteilung von Brotkarten usw. ergeben haben, ist von meiner Seite sofort eingeschritten worden. **Mit dem Februar treten wesentliche Erhöhungen der Grundlöhne in Kraft.** Herrn Leinert bestätige ich, daß alle Orte dabei berücksichtigt werden und alle Arbeiter. Im übrigen richtet sich die Höhe der Löhne nach den Ernährungsverhältnissen, die in den Städten schwieriger liegen wie auf dem Lande. — Die geteilte Arbeitszeit muß im Interesse des Dienstes durchgeführt werden, wo es möglich ist. Ich kann in dieser Beziehung nicht alle Wünsche erfüllen. In Provinzialorten hat sich häufig die durchgehende Arbeitszeit auch als gar nicht durchführbar erwiesen. Die

87 000 Frauen,

die zurzeit bei der Eisenbahn beschäftigt sind, haben im großen und ganzen Geschick und große Betriebsamkeit an den Tag gelegt. Falls ihre Leistungsfähigkeit dieselbe ist wie die des entsprechenden männlichen Arbeiters, können sie auch denselben Lohn beziehen. Es gibt solche Fälle; meist ist die Leistungsfähigkeit geringer. — Was die Arbeiterausschüsse anlangt, so hat der Vorsitzende die Verpflichtung, alle Anträge auf die Tagesordnung zu setzen, wenn ein Drittel der Arbeiterschaft den Ausschuß beantragt hat. Während des Dienstes kann eine Besprechung der Arbeiterausschußwahlen nicht zugelassen werden, sonst wäre kein geordneter Dienst möglich.

Das Haus vertagt sich.

Die Herrenhausfrage.

Der Präsident schlägt vor, morgen nach dem Eisenbahnetat die Etats des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses zu beraten.

Zur Geschäftsordnung erklärt

Abg. Dr. **Pachnicke** (Vp.): Wir wünschen, daß der Etat des Herrenhauses erst Mittwoch auf die Tagesordnung kommt, denn nach der Ablehnung des Diätengesetzes und nach den scharfen Angriffen auf die ganz moderne politische Entwickelung, die dem Herrenhause beliebt haben (Lebhafte Zustimmung links), ist eine besondere Aussprache nötig, die vorbereitet werden muß. Deshalb wäre es nicht richtig, den Etat des Herrenhauses etwa überraschend oder in vorgerückter Stunde zur Beratung zu stellen. (Zustimmung links.)

Abg. Dr. **Porsch** (Z.) spricht sich gleichfalls für die Verschiebung der Beratung des Herrenhausetats auf Mittwoch aus, weil eine größere Aussprache zu erwarten sei und man eine solche nicht in vorgerückter Stunde beginnen sollte. Wir wollen uns stark machen, um am Mittwoch die zweite Lesung des Etats abzuschließen.

Präsident: Ich bin damit einverstanden, wenn wir am Donnerstag die dritte Lesung vornehmen.

Abg. Dr. **Friedberg** (natl.) spricht im Sinne Dr. Pachnickes,

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.): Nach der allgemeinen Uebereinstimmung darüber, daß wir morgen mit den Etats des Abgeordnetenhauses und Herrenhauses nicht fertig werden, glaube ich nicht, daß wir am Mittwoch die zweite Lesung des Etats beendigen. Die Erledigung des Etats am Donnerstag, von der der Präsident sprach, kann ich für meine Freunde nicht zusagen. Zur Zeit der Vereinbarung unter den Parteien kannten wir noch nicht die Absicht des Herrenhauses. Unsere Etatsberatung wird jedenfalls rechtzeitig fertig und wenn das Herrenhaus den Etat später bekommt als zuerst anzunehmen war, so ist es selbst daran schuld. (Lebhafte Zustimmung links.)

Schließlich wird der Etat des Herrenhauses von der Tagesordnung der Dienstagsitzung abgesetzt.

Schluß nach 5 Uhr.

Nächste Sitzung Dienstag, 12 Uhr. (Eisenbahnanleihegesetz, Eisenbahnetat usw.)

Aus der Partei.

Die neue Partei.

Der Stuttgarter sogenannte „Sozialdemokrat", ein Organ der Allerlinksten, schreibt zu der bevorstehenden Konferenz der Spaltungsgruppen:

> Der Kampf auf dem Boden der Partei hat sein Ende gefunden, die organisatorische Trennung ist da. Der Arbeitsgemeinschaft bleibt wohl oder übel nichts anderes übrig, als die klare Entscheidung zu treffen, um die sie bis jetzt herumgegangen ist, wie die Katze um den heißen Brei. Es muß Farbe bekannt werden! Wir haben in Nr. 8 unseres Blattes bereits die Einladung gebracht, die der Vorstand der Soz. Arbeitsgemeinschaft an die gesamte Opposition richtet. Mitte März soll die Konferenz stattfinden, auf der die neue Partei gegründet werden soll.

Der sogenannte „Sozialdemokrat" findet die Zustände innerhalb der Oppositionsgruppen unhaltbar:

> Ein notdürftiges Schutzdach — das höchstens vorläufig Unterschutz gewährt — ist die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft. In ihr sind sehr verschiedene Elemente zusammengeflüchtet: alte sturmerprobte Kämpfer des Proletariats, mit denen wir uns freuen würden, Schulter an Schulter zu kämpfen, und politisch ganz unsichere Kantonisten, denen wir ein aufrichtiges Glück auf die Reise! mitgeben würden, wenn sie dahin zurücktreten möchten, wohin sie ihr Herz zieht, nämlich zu den Scheidemännern. In der Arbeitsgemeinschaft brodelt und gärt es wild durcheinander, und in ihrer gegenwärtigen Form sind ihre Tage gezählt.

Der angebliche „Sozialdemokrat" ist im Zweifel, ob es unter diesen Umständen zu einer festgeschlossenen organisatorischen Vereinigung der Spaltungsprodukte kommen wird. Aber als einem guten Anarchisten, der er im Herzen ist, macht ihm das wenig Kummer. „Organisation ist viel wert. Klarheit noch mehr." Jeder Konfusionsrat, der sich für klar hält, bilde eine eigene Partei.

Ja, sie sind schon auf dem richtigen Weg!

Befremdend oder angemessen? Julian Borchardt ersucht auf Grund des Preßgesetzes um Aufnahme folgender Berichtigung:

> Es ist unwahr, daß mir für das Geleitwort zum Buche Karl Erdmanns befremdend viel Geld angeboten worden sei.
>
> Wahr ist, daß ich nichts anderes dafür erhalten habe, als ein meiner Arbeit angemessenes und den üblichen Sätzen entsprechendes Honorar.

Der Ausdruck „befremdend viel Geld" stammt bekanntlich von dem Reichstagsabg. Dittmann, der behauptet, die Sache genau zu kennen. Möglich ist übrigens, daß man anderen, deren Reklametätigkeit man für wertvoller hielt, mehr Geld geboten hat als Borchardt.

Die Wohnungsfrage vor dem Zweckverband.

Gegen die Verkehrssteuer in Groß-Berlin.

Der Zweckverband Groß-Berlin genehmigte in seiner gestrigen Vollversammlung den Haushaltsplan für 1917. Zum ersten Male sind auch die von Verkehrsgesellschaften zu zahlenden Abgaben eingesetzt, die der Verband bis auf weiteres den Gemeinden überläßt. Wegen der Schädigungen, die man für Groß-Berlin von der Reichsverkehrssteuer befürchten muß, wurde zum Haushaltsplan eine Resolution beantragt.

Kommerzienrat Haberland, der zu den Vertretern des Kreises Teltow gehört, begründete sie. Die zu erwartende Beeinträchtigung des Groß-Berliner Siedlungsgebiets und die Beschränkung der Gemeindeeinnahmen aus den Verkehrsunternehmungen erfordere dringend, für die Verkehrsunternehmungen Groß-Berlins von der Besteuerung abzusehen. Es bestehe die Gefahr, daß die Verkehrssteuer eine Tariferhöhung nach sich ziehe. Die Dezentralisierung der Wohngelegenheiten, die das Ziel der Entwicklung sei, werde dadurch gehindert.

Nach weiterer Debatte, in der Stadtverordneter Sonnenfeld-Berlin und Verbandsdirektor Steiniger auch Einzelheiten des Haushaltsplanes erörterten, stimmte die Verbandsversammlung dem Antrag in geänderter Fassung zu. In ihm spricht sie sich dahin aus, daß die Groß-Berliner Verkehrsmittel, im besonderen Stadt-, Ring-, Vorortbahnen, Hoch-, Untergrundbahnen und Omnibus, von jeder Steuer frei zu lassen sind.

Eine zur Kenntnisnahme vorgelegte Mitteilung über die bisherige Ergebnislosigkeit der im vorigen Jahr dem Verbandsdirektor aufgetragenen Unterhandlungen mit der Staatsregierung wegen

Hergabe fiskalischen Baulandes

und auch wegen Aenderung des Dahlemer Bebauungsplanes führte zu einer nochmaligen Erörterung der Siedlungspolitik des Fiskus. Ein Antrag der sozialdemokratischen Mitglieder des Verbandes forderte, die Unterhandlungen noch nachdrücklicher fortzusetzen.

Zur Begründung führte Stadtverordneter Heimann-Berlin aus: Die staatlichen Instanzen und besonders der Landwirtschaftsminister zeigen sich bisher wenig geneigt, auf unsere Wünsche einzugehen. Zur Aenderung des Bebauungsplanes für Dahlem ist noch nichts geschehen. Die ganze Aufteilung ist dort nur auf reiche Leute zugeschnitten, so daß die Kolonie vor Schul- und Armenlasten bewahrt bleibt, den Steuersatz niedrig halten kann und dadurch noch mehr die Reichen zur Ansiedlung lockt. Diese können dann die Grundstücke teuer bezahlen, was dem Landwirtschaftsministerium gerade recht ist. Der Fiskus erschließt ja sein Bauland am liebsten da, wo er auf Zuzug von Wohlhabenden rechnen kann. Kolonien für Unbemittelte werden in Gegenden verwiesen, wo wegen Unzulänglichkeit der Verkehrsmittel kaum jemand hinziehen kann. Oft haben in Gemeinden sozialdemokratische Vertreter gewarnt, auf dem Wohnungsmarkt die Dinge gehen zu lassen wie sie gehen. Nach dem Krieg ist, wie schon die Leerwohnungszählung von 1916 vermuten läßt, ein Mangel an Kleinwohnungen zu erwarten, eine Wohnungsnot, die zu Mietesteigerungen führen wird. Da hätte der Staat allen Anlaß, helfend einzugreifen. Man sollte endlich brechen mit dem Mietskasernensystem, das den Vororten in Groß-Berlin durch die Bauordnung von 1887 gebracht wurde, und den Kleinhausbau fördern. Dazu ist aber nötig, daß der Fiskus sein Bauland zu entsprechenden Preisen hergibt, wobei er immer noch ein sehr gutes Geschäft machen würde. Er sollte das Land in Erbbaupacht geben, was ihm noch leichter als den Gemeinden möglich ist. An die Gemeinden richtet die Regierung Ermahnungen über Ermahnungen zur Wohnungsfürsorge, sie selber aber zeigt sich zögernd und hinausschiebend. Durch unseren Antrag würde der Verband einen Druck auf die Regierung ausüben. Es muß endlich Bresche in die Siedlungspolitik des Fiskus geschlagen werden.

Auf Heimanns Anklagen antwortete Oberpräsident v. d. Schulenburg. Die Regierung habe durch Abänderung der Bauordnung die Wohnungsverhältnisse zu bessern gesucht und werde auf dem zunächst vorsichtig betretenen Wege weiter gehen. Niemals sei daran gedacht worden, Rücksicht auf irgend welche fiskalischen Interessen zu nehmen. Die Verhandlungen wegen Erschließung fiskalischen Baulandes würden wahrscheinlich schon in kürzester Zeit ein den Wünschen des Zweckverbandes entsprechendes Ergebnis haben. Für umfangreiche Gebiete sei in Abänderung der Bauordnungsvorschriften eine „Herabziehung" beabsichtigt. Dem Gedanken an eine kommende Wohnungsnot habe auch die Regierung sich nicht verschlossen, aber zunächst müsse man den Umfang des zu erwartenden Mangels kennen. Die nächste Leerwohnungszählung werde das zeigen. Die Regierung plane längst, hier einzugreifen. Sie strebe auch den Uebergang zu einer flacheren Bauweise an, zur Beseitigung der Hintergebäude. Bauland des Fiskus solle hergegeben werden, nicht als Geschenk, aber zu geringstmöglichen Preisen. Im übrigen dürfe nicht dem Fiskus allein die Pflicht zur Lösung dieser Frage auferlegt werden.

Ueber diese Versprechungen quittierte Stadtverordneter Sonnenfeld-Berlin mit Dank. Gegen die bisherige Siedlungspolitik des Fiskus brachte er das schon im vorigen Jahre von ihm geäußerte Bedenken vor, daß die örtliche Trennung der Wohlhabenden von den Unbemittelten zu verwerfen sei. Bei Zusammendrängung der Unbemittelten in bestimmten Gemeinden gelange man zu Gemeindevertretungen aus „unzufriedenen Elementen", was der Staatsregierung gewiß nicht erwünscht sein könne.

Oberpräsident v. d. Schulenburg verwahrte sich gegen Sonnenfelds Meinung, daß ein Gegensatz zu dem Landwirtschaftsministerium zu merken sei.

Einen Gegensatz der Versprechungen des Oberpräsidenten wenigstens zu der bisherigen Ergebnislosigkeit der Unterhandlungen des Verbandsdirektors sah auch Stadtsyndikus Maretzky-Lichtenberg.

Kommerzienrat Haberland brachte den Standpunkt des Haus- und Grundbesitzes zum Ausdruck. Selbst er gab zu, daß Wohnungsmangel kommen könne, aber eine Katastrophe sei angesichts der ihm noch groß genug scheinenden Zahl jetzt leer stehender Wohnungen nicht zu befürchten. Er erwartet das Heil von — Mietssteigerungen, die unbedingt nötig seien, wenn das Geschäft der Wohnungsvermietung wieder lohnend werden und zum Wohnhausbau anregen solle. Das Mietskasernenwesen sei nicht so schlimm, die in diesem Kriege zu beobachtende Volkskraft zeige das. Gegenüber der Absicht einer Bauordnungsänderung fragte er, wo da der Schutz des Eigentums bleibe, das man ja geradezu konfiszieren wolle. Er forderte Entschädigung für die Grundbesitzer, die sonst ihr teuer gekauftes Land liegen lassen müßten, bis Wohnungsmieten und Grundstückswerte wieder zu einer die Bebauung lohnenden Höhe steigen.

Ihm entgegnete Stadtverordneter Hirsch-Charlottenburg, daß alle Kenner des Wohnungswesens für die Zeit nach dem Kriege eine starke Wohnungsnot fürchten. Um so mehr sei es Pflicht, beizeiten vorzubeugen. Gewiß müsse man das auch von Gemeinden verlangen, aber nicht zuletzt vom Staat, dem Besitzer großer Ländereien. Den Verheißungen des Oberpräsidenten werde hoffentlich die Ausführung entsprechen.

In der Abstimmung wurde der Antrag der Sozialdemokraten mit sehr großer Mehrheit angenommen.

Reichstagswahl in Spandau-Osthavelland

Mittwoch — Morgen — Mittwoch ist Reichstagswahl!

Die Wähler werden entscheiden: für oder gegen die Bewilligung der Mittel zur Landesverteidigung.

Die Wahl ist von ungeheurer Bedeutung. Ueber die Grenzen des Kreises, des Reiches hinaus, ja besonders im Ausland wird sie als Gradmesser für den Zusammenhalt des deutschen Volkes in der Abwehr feindlicher Eroberungspläne gewertet werden. Deshalb ist jeder Wähler verpflichtet, sein Wahlrecht, das höchste Staatsbürgerrecht, auszuüben. Der Kandidat der deutschen Sozialdemokratie ist der Gewerkschaftsangestellte Emil Stahl-Spandau. Wer die Mittel zur Landesverteidigung bewilligen will, muß zur Wahl, muß ihm seine Stimme geben.

• • •

Wahlhilfe in Spandau-Osthavelland.

Parteigenossen, die sich am Wahltage zu Verfügung stellen wollen, mögen sich am Mittwoch früh 9 Uhr in Spandau im „Roten Adler" (Spandauer Stadttheater), Potsdamer Str. 6, Vorderhaus 1 Treppe, melden.

Auch wer nur einen Teil des Tages zur Verfügung stehen kann, wird ersucht, sich zu melden.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Aus Groß-Berlin.

Erzeugerpreise für Frühkartoffeln in Groß-Berlin und Brandenburg.

Die Provinzial-Kartoffelstelle für die Provinz Brandenburg hat den Erzeugerhöchstpreis für Frühkartoffeln für die Provinz Brandenburg und den Stadtkreis Berlin für den Monat Juli wie folgt festgesetzt: 1. für die Zeit vom 1. bis 20. Juli (einschließlich) auf 10 M.; 2. für die Zeit vom 21. bis 31. Juli wird die endgültige Festsetzung des Höchstpreises noch vorbehalten mit der Maßgabe, daß er nicht unter 8 M. betragen wird.

Die Preise für Gemüsekonserven. Von der Reichsstelle für Gemüse und Obst sind für die Gemüsekonserven (1/1 Dose), die demnächst zur Verteilung kommen sollen, folgende Kleinhandelspreise festgesetzt worden: Karotten, extra kleine 1,25 M., kleine 1 M., junge 88 Pf., geschnittene 82 Pf., Weißkohl 78 Pf., Rotkohl und Wirsingkohl 85 Pf., Braunkohl 80 Pf., Rosenkohl 1,55 M., Blumenkohl 1,65 M., Kohlrabi 90 Pf., Kohlrabi, ganze Köpfe 1,13 M., Sellerie 1,20 M., Spinat 85 Pf., Steinpilze 1,95 M., Steckrüben 80 Pf., Pfefferlinge 1,45 M. Die Preise der größeren und kleineren Packungen werden noch bekanntgegeben.

Wucherpreise für Seife. Während die sogenannte K. A. Seife festen Höchstpreisen unterliegt — 50 Gramm K. A. Seife 20 Pf., 250 Gramm K. A. Seifenpulver 30 Pf. — werden für andere noch im Handel befindliche Seifen zum Teil ganz außerordentlich hohe Preise gefordert. Diese Preise sind durch die Erzeugungskosten der Ware, die fast allgemein vor dem Juli 1916 hergestellt wurde, in keiner Weise gerechtfertigt. Der Handel muß aufs dringendste davor gewarnt werden, weiterhin für höchstpreisfreie Seifen unangemessene Preise zu verlangen. Abgesehen davon, daß er sich der Gefahr einer Bestrafung wegen Kriegswucher aussetzt, wird er, wenn die Warnung fruchtlos bleibt, damit zu rechnen haben, daß das Interesse der Verbraucher zwangsweise durch Festsetzung von mäßigen Höchstpreisen für alle Seifen gewahrt wird.

Keine Extrawurst zur goldenen Hochzeit. Die Reichsfleischstelle hat, wie sie uns mitteilt, für keine Art von Feiern, auch nicht für die der goldenen Hochzeit, Fleischzulagen zugelassen. Besondere Gesuche sind daher zwecklos.

Lichtverschwendung. Fortwährend werden wir behördlich ermahnt, mit dem Licht recht sparsam umzugehen. Und doch wird viel Licht nicht nur zwecklos, sondern geradezu sinnlos verbraucht. Wandert man jetzt durch die Straßen Berlins, so ist man erstaunt, wie viel Normaluhren gar nicht oder falsch gehen. Abends werden diese Uhren aber prompt erleuchtet. Einen Zweck hat die Beleuchtung nicht, denn daß die Uhr nicht geht, braucht doch nicht erst beleuchtet zu werden, und umrennen wird die Uhr doch sicher keiner der Passanten.

Die Tagesordnung der nächsten Berliner Stadtverordnetensitzung ist recht umfangreich. Der Stadtkämmerer wird seine Etatsrede halten und den neuen Haushaltsplan vorlegen, an den sich die Reden der Fraktionsführer anschließen werden. Der Plan wird dann einem Ausschuß zur Vorberatung überwiesen. Für die Erweiterung der den Säuglingsfürsorgestellen übertragenen Aufgaben werden 8000 M. gefordert. Der Magistrat legt eine Aenderung der Satzung der städtischen Feuersozietät im Interesse der Hausbesitzer vor. Um die bauliche Erschließung zu fördern, sollen neue Fluchtlinien für mehrere Straßen am Bahnhof Gesundbrunnen festgesetzt werden. Außerdem ersucht der Magistrat um eine Sonderbeihilfe von 18 300 M. für den Zentralverein für Arbeitsnachweis zur Deckung des vorläufig festgestellten Fehlbetrages für 1916.

Ferner steht auf der Tagesordnung die Einführung des neugewählten Stadtverordneten Redakteur Emil Eichhorn, der dieser Tage aus der Schutzhaft entlassen worden ist.

Heeresnäharbeiten. Der Oberbefehlshaber in den Marken macht folgendes bekannt: Der § 15 meiner Bekanntmachung über die Streckung der Heeresnäharbeiten vom 2. Februar 1917 erhält folgende Fassung: Diese Verordnung tritt am 15. März 1917 mit der Maßgabe in Kraft, daß die Beschäftigung ohne Ausweisbuch insoweit zulässig bleibt, als der Arbeitnehmer glaubhaft macht, daß er die Ausstellung eines Ausweisbuches bereits vor dem 10. März 1917 beantragt, aber eine Entscheidung noch nicht erhalten hat.

Die allgemeinen freiwilligen Impfungen in den Gemeindeschulen 59, Dieffenbachstraße 12, und 300, Ostender Straße 39, und in den Volksbadeanstalten Bärwaldstraße 64 und Turmstraße 85a finden nicht, wie bekannt gemacht, um 5 Uhr, sondern um 6 Uhr nachmittags an allen Wochentagen statt.

Eine große Einbrecher- und Hehlerbande,

die seit längerer Zeit Güter in der Umgegend von Berlin brandschatzte, wurde von der Neukölner Kriminalpolizei unschädlich gemacht. Sie bestand aus mehr als zehn Mann, von denen acht hinter Schloß und Riegel gebracht wurden, nämlich der Schankwirt Wiedner aus der Eichendorffstraße 17, die Stallschweizer und Kuhmelker Franz Pietka, Otto Straßenburger, Wilhelm Rehls und Rudolf Lörtscher, die bei Wiedner wohnten, der Fuhrherr Johann Wenger aus der Adalbertstraße 20, der Händler Joachim Horatzitz aus der Invalidenstraße 16 und der Stallschweizer und Melker Steiger, der auf dem städtischen Gute Buch beschäftigt war. Wiedner gab für alle Unternehmungen die erforderlichen Weisungen, und zu ihm brachten die Einbrecher stets ihre Beute. Auf ihren nächtlichen Beutezügen plünderte die Bande wiederholt ganze Räucherkammern aus. Rehls und Pietka unternahmen einen Einbruch in Buch mit drei bisher noch unbekannten Männern in der Nacht zum 17. Februar. Sie stahlen einen mit zwei der besten Gutspferde bespannten Wagen und führten auf diesem drei Zentner Butter und fünf große Rinderhäute als Beute davon. Sie fuhren in der gleichen Nacht nach dem Gute Hohenschönhausen und stahlen dort aus dem Sägewerk für 4000 M. Treibriemen. Alles wurde zu Wiedner geschafft und von dort aus verkauft. Die Pferde und den Wagen kaufte Wenger für 6000 M., obwohl er wußte, daß sie gestohlen waren. Die Aufschrift auf dem Wagen überstrich er sofort. Die Kriminalpolizei von Neukölln entdeckte den Schlupfwinkel bei Wiedner. Als Beamte dort nachts um 1 Uhr erschienen, waren mehrere der Einbrecher gerade dabei, im Keller ein Schwein und ein großes Kalb auszuschlachten, das Straßenburg und Pietka in Marienfelde gestohlen hatten. Wagen, Pferde und Treibriemen wurden den Bestohlenen zurückgegeben.

Ein schwunghafter Handel mit Lebensmittelkarten wurde im Südosten Berlins aufgedeckt. Dort war besonders in der Gegend der Reichenberger und Britzer Straße schon seit geraumer Zeit bekannt, daß eine Händlerin R. stets Brot- und alle anderen Karten verkaufe. Die Polizei stellte fest, daß Schüler aus den oberen Klassen der Gemeindeschulen, die nachmittags oder an schulfreien Tagen in der Brotkommission beschäftigt wurden, Karten in großer Zahl entwendet haben. Die Knaben wurden von Frau R. und einem bisher noch nicht bekannten Mann verleitet, die Karten zu unterschlagen. Der Mann lockte die Knaben erst mit Geschenken an sich und verlangte dann, daß sie für diese Aufmerksamkeiten Brotkarten für ihn stehlen sollten. Für die Karten wurden 1 M. für das Stück bezahlt. Ein Knabe hat für die von ihm verkauften Brotkarten 200 bis 300 M. von Frau R. erhalten. Das Geld verbrauchten die Jungen zur Anschaffung von Luftgewehren, Taschenlampen, Leckereien, Kinobilletts usw. Einer hatte auch, ohne daß seine Eltern davon etwas wußten, Ersparnisse angelegt. Die Vernehmungen und Ermittlungen werden noch weiter fortgesetzt.

„Auf dem Transport zum Krankenhause verstorben." Zu der Notiz in unserer Sonnabendnummer wird uns von Verwandten des Herrn Otto Petersen (nicht Petermann) mitgeteilt, daß der Verstorbene absolut kein Trinker war und auch an jenem Tage nicht betrunken gewesen ist, sondern an einer schweren chronischen Herz- und Nierenkrankheit litt und auf dem Wege zur Arbeit von einem Herzschlage befallen wurde.

Das Opfer einer Rauchvergiftung ist die 76 alte Arbeiterin Barbara Ehlert geworden, die in der Metzer Str. 25 für sich allein wohnte. Sie war seit einigen Tagen krank; als Hausbewohner sich wieder nach ihr umsahen, fanden sie sie tot im Bette liegen. Die ganze Stube war mit Rauch angefüllt, der Fußboden brannte und schwelte. Während die Kranke hilflos oder schlafend im Bette gelegen hatte, waren glühende Kohlen aus dem Ofen gefallen und hat den Fußboden entzündet.

Ein größerer Brand entstand am Montag in der Moritzstr. 5. Dort war Feuer ausgekommen, das an Preßkohlen reiche Nahrung fand. Es brannte im Keller, Erdgeschoß und im ersten Stockwerk unter großer Qualmentwicklung. Die Feuerwehr hatte sechs Stunden zu tun. Das Feuer soll unter einer Kochmaschine im rechten Seitenflügel entstanden sein. Die Flammen sind dann nach dem Erdgeschoß durchgekommen und haben dort Kohlen erfaßt. Der Schaden ist erheblich.

Von einem Straßenbahnwagen überfahren und getötet wurde die 11 Jahre alte Tochter der Witwe Scheidelisch aus der Donaustraße 128 zu Neukölln. Die Kleine geriet, als sie an der Ecke der Berliner und Habrechtstraße den Damm überschreiten wollte, unter die Räder. Man mußte den Wagen anheben, um die Aermste zu befreien. Sie starb nach ganz kurzer Zeit.

Totgefahren. Am Montagabend wurde beim Ueberschreiten des Fahrdammes in der Lindenstraße Ecke Neuenburger Straße der Rentier Weißmann, Neuenburger Straße 38, von der Straßenbahn überfahren. Als die Feuerwehr ihn unter dem Motorwagen hervorgeholt hatte, zeigte sich, daß der Mann bereits tot war. Dem Führer des Wagens trifft, wie uns mitgeteilt wird, keine Schuld. Er hat sofort alle Hebel in Bewegung gesetzt um den Wagen zu bremsen.

Revision im Schiffmannprozeß. Der Grundstücksspekulant Leo Schiffmann, der nach einer vier Monate dauernden Schwurgerichtsverhandlung wegen Konkursverbrechens zu einer Zuchthausstrafe von zehn Jahren verurteilt worden ist, hat gegen das Urteil das Rechtsmittel der Revision eingelegt. Auch Frau Ahrens, die 1½ Jahre Gefängnis erhielt, hat von dem Rechtsmittel Gebrauch gemacht. Die Revision des Schiffmann soll sich auf einige formelle Verstöße und auf Beschränkung der Verteidigung, die insbesondere in dem Schreibverbot erblickt wird, stützen. Auch das erste Urteil gegen Schiffmann, durch das er von der Strafkammer wegen Betruges zu vier Jahren Gefängnis verurteilt wurde, unterliegt jetzt der Nachprüfung beim Reichsgericht. Schiffmann ist daher immer noch Untersuchungsgefangener.

Aus den Gemeinden.

Neuköllner Lebensmittelnachrichten. In dieser Woche können vier Pfund Kohlrüben entnommen werden, außerdem werden in den städtischen Verkaufsstellen an die Familien bestehend aus vier Personen zwei Pfund Sauerkohl abgegeben. Die Bekanntmachung über die Reihenfolge des Verkaufs hängt in den Schaufenstern der Verkaufsstellen aus.

Die Eröffnung der 7. Schöneberger Verkaufsküche auf dem Marktplatz in der Eberstraße ist für den 13. März in Aussicht genommen. Ende März soll dann die letzte der Baracken auf dem Winterfeldplatz der Benutzung übergeben werden.

Unentgeltliche Impfung in Berlin-Schöneberg. In Berlin-Schöneberg ist bis jetzt kein Pockenfall vorgekommen. Trotzdem hat sich der Magistrat veranlaßt gesehen, eine öffentliche Impfstelle zur unentgeltlichen Impfung einzurichten. Das Impflokal ist Mühlenstraße 15 in der Turnhalle der Fortbildungsschule. Die Impfungen finden wöchentlich von 5½—7½ Uhr nachmittags statt, und zwar: für Frauen: Montags, Dienstags, Mittwochs, Donnerstags; für Männer: Freitags und Sonnabends. Alle, die von der unentgeltlichen Impfung Gebrauch machen wollen, müssen sich durch eine Lebensmittelkarte, Steuerzettel oder ähnliche Legitimation als Berlin-Schöneberger Einwohner ausweisen.

Neue Lebensmittel-Zusatzkarten für Wilmersdorfer Kranke. In der Zeit von Dienstag, den 13., bis Sonnabend, den 17. März, gelangen in Wilmersdorf folgende Lebensmittel-Zusatzkarten für Kranke und Rekonvaleszenten zur Ausgabe: Milchkarten für April an Kranke, die an die Brotkommission verwiesen sind, durch diese gegen Vorzeigung der amtlichen Benachrichtigung; ferner Milchkarten an alle übrigen Kranken durch die Abteilung für Krankenernährung des Lebensmittelamts, Wilhelmsaue 114/115; Zusatz-Fett-, Fleisch- usw. Karten durch die Abteilung für Krankenernährung. Wer sich nicht streng an die vorgeschriebene Ausgabeordnung hält, muß mit Abfertigung erst nach dem 17. März rechnen.

Pankower Lebensmittelnachrichten. In der laufenden Woche werden auf die Kartoffelkarte drei Pfund und auf die Zusatzkartoffelkarte zwei Pfund Kartoffeln abgegeben. — Auf Abschnitt 80 der alten Lebensmittelkarte gelangen vier Pfund Kohlrüben zur Ausgabe. — Auf Abschnitt Nr. 1 der neuen Lebensmittelkarte werden in nächster Zeit (der Verkaufstermin wird noch besonders bekannt gegeben) 150 Gramm Maizena (Mais-Puder) zum Preise von 45 Pf. abgegeben. Die Abgabe erfolgt nur in den durch entsprechende Aushängeschilder gekennzeichneten Geschäften und kann in letzteren vom 13.—15. März der Bezugsabschnitt 1 abgeliefert werden. Nachträglich kann dies nicht mehr geschehen. Die Ware muß dann spätestens eine Woche nach anberaumtem Verkaufstermin vom Verkäufer gegen Abtrennung des Quittungsabschnittes 1 in Empfang genommen sein.

Lebensmittelnachrichten aus Niederschönhausen. Die Kartoffelmenge wird auch hier jetzt auf 8 Pfd. pro Woche herabgesetzt, wofür die Kohlrüben auf 7 Pfd. erhöht werden. — Ein Posten Zimt in Stangen, Gewürznellen und Gewürzkörner ist durch den Lebensmittelausschuß erworben und kommt demnächst zur Verteilung. Der Verkaufspreis beträgt 11 M. für das Pfund, es werden jedoch nur kleine Mengen abgegeben. — Da sich nach geräucherten Makrelen eine große Nachfrage eingestellt hat, wird die Räucherung jetzt in größerem Umfange fortgesetzt werden. — Sauerkohl kommt voraussichtlich vom Mittwoch ab zum Verkauf. — Die Mittelstücke der 107. Brotkartenwoche berechtigen zum Bezuge von 250 Gramm Gerstengrütze und 40 Gramm Suppenfabrikat (Gerstengraupensuppe). Wer diese Ware beziehen will, muß das Brotkartenmittelstück der 107. Woche bis spätestens Dienstag, den 13. März, mittags 12 Uhr, bei demjenigen Händler abgeben, von dem er die Ware beziehen will. Der Händler hat hierfür eine Empfangsbescheinigung auszustellen. Der Preis beträgt für Gerstengrütze 30 Pf. das Pfund, Suppenfabrikat 40 Gramm 5 Pf.

Die Abgabe von Haferflocken wird versuchsweise folgendermaßen geregelt: Die Abgabe für Kinder bis zu 2 Jahren erfolgt in der Engel-Apotheke gegen Vorlage eines Ausweises über das Alter (Geburtsurkunde) und der hiesigen Lebensmittelkarte. Für alle anderen Personen im Gemeindeladen, Treskowstraße, gegen Vorlage eines ärztlichen Attestes und ebenfalls der Lebensmittelkarte. Mehr als ½ Pfund pro Woche für die Person wird nicht abgegeben.

Streichhölzer bis zu 2 Paketen a 75 Pf. werden vom Mittwoch ab auf Lebensmittelkarte abgegeben.

Lebensmittelabgabe in Britz. In der laufenden Woche gelangen in der Verkaufsstelle der Gemeinde zum Verkauf: Auf Abschnitt 15 Graupen (für jede Person ¼ Pfd.), auf Abschnitt 16 Sprottbücklinge (für jede Person 1 Stück), auf Abschnitt 17 Leberwurst-Pastete (jeder Haushalt eine Dose), auf Abschnitt 18 Bouillonwürfel (jede Person drei Stück), auf Abschnitt 19 Mehl (jede Person 200 Gr., nur bei den Kleinhändlern), auf Abschnitt 20 Sonderzuteilung.

Gegen Vorlage der Lebensmittelkarte, jedoch ohne Abschnitt, werden abgegeben: Streichhölzer, Salz, Zwiebeln, Fruchtkreide, Pfeffer und Salmiak-Waschmittel.

Die Abgabe der Waren erfolgt für die Lebensmittelausweise Nr. 801—1600 am Dienstag, Nr. 1601—2100 und Nachzügler der vorhergehenden Tage am Mittwoch, Nr. 2101—2900 am Donnerstag, Nr. 2901—3700 am Freitag, Nr. 3701—Schluß und Nachzügler der vorhergehenden Tage am Sonnabend. Der Verkauf von Sprottbücklingen für die Karten 2901—Schluß findet von jetzt ab schon im Fischwarengeschäft Otto, Chausseestr. 44, statt. Es sind ausreichende Vorräte vorhanden, so daß jeder die ihm zustehende Menge bis Sonnabend erhält. Ein Anstellen vor Eröffnung des Ladens ist daher zwecklos.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Charlottenburg. Mittwoch, den 14. März, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 4, Vorderhaus 1 Treppe links: Gemeinschaftlicher Zahlabend des Sozialdemokratischen Wahlvereins. Mitgliedsbücher sind mitzubringen und dem Kassierer vorzulegen aus verwaltungstechnischen Gründen. Es wird auf vollzähliges Erscheinen gerechnet. Alle Parteigenossen, die auf dem Boden der Gesamtpartei stehen, aber den Anschluß an unseren Wahlverein noch nicht vollzogen haben, sind hiermit eingeladen, entweder ihren Uebertritt oder die Neuanmeldung im Zahlabend zu bewirken.

Für den Vorstand: Johann Schneider.

Kaulsdorf-Biesdorf. Mitgliederversammlung, Mittwoch, den 14. März, abends 8½ Uhr, im Lokale von Hampel, Kaulsdorf, Hönower Str. 5. „Vorwärts"-Leser sind als Gäste willkommen.

Die Bezirksleitung.

Aus aller Welt.

Raubmord. In München wurde Sonntagnachmittag die in den achtziger Jahren stehende Privatierwitwe Victorie Schweickert mit schweren Kopfverletzungen in ihrer Küche aufgefunden und starb bald darauf; das Dienstmädchen war weggelockt worden. Der Täter ist unbekannt.

Großer Geldbiebstahl. Zwei ständige Arbeiter des Münchener königlichen Hauptmünzamtes haben nach und nach für etwa 12 000 M. Gold und Münzen entwendet. Die Täter sind verhaftet. Das Geld ist zum größten Teil beigebracht.

Briefkasten der Redaktion.

L. W. 187. Für Mannschaften trifft das nicht zu, nur für Unteroffiziere. — **F. 35.** Die Teuerungszulage bezog sich nur auf Staatsbeamte. — **W. P. 38.** 1. Das können wir nicht mit Bestimmtheit sagen; soviel uns bekannt ist, soll es nicht geschehen. 2. Wahrscheinlich bei der Polizeibehörde in Spandau. — **F. K. 1874.** Wenden Sie sich an den Verband der Laubenkolonisten. — **F. N. 84.** 1. Herzkrank, dienstunfähig. 2. Nachmusterung kann erfolgen. — **W. C. H. 10.** 1. Der Antrag kann schriftlich erfolgen. 2. Nein. 3. Ja. 4. Nein. 5. Ja. 6. Die Rente erlischt deshalb nicht ohne weiteres. In dem Falle kann Entziehung der Rente erfolgen; Sie sind als Invalidenrentner nicht versicherungspflichtig. 7. Nach Verletzungen oder Krankheiten zurückgebliebene Schwäche eines größeren Gelenkes. — **B. 70.** 1. Unterstützung müßte bis zum 15. März gezahlt werden. 2. Ja. 3. Prof. Sommerfeld, Turmstr. 8. — **A. G. 35.** Wir können Ihnen nähere Erklärungen darüber nur mündlich in der Sprechstunde geben. — **H. 116.** 1. Die Kinder sind verpflichtet, am Religionsunterricht teilzunehmen. 2. Sie müssen die Lehrbücher dazu kaufen. — **Abonn. Potsd. B. 41.** 1. Ja. 2. und 3. Den Teppich müßten Sie einem Reinigungsinstitut überweisen. Sie könnten event. einen Versuch mit warmem Salmiakwasser machen. — **A. B. 43.** Ja.

Freie Turnerschaft Neukölln-Britz. Das Oeffentliche Turnen der 1. und 3. Jugendabteilung in der Turnhalle Thomasstraße kann heute nicht stattfinden, da die Schulen wegen Kohlenmangel geschlossen sind. Der Zeitpunkt des späteren Stattfindens wird noch bekannt gegeben.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Ziemlich mild, zeitweise heiter, jedoch überwiegend bewölkt mit geringen Niederschlägen.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kohlenkutscher

August Thiergart

am 8. März im Alter von 65 Jahren verstorben ist.

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 13. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Kreuzkirchhofes, Marienfelde, Eisenacher Straße, aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kohlenkutscher

August Blümchen

am 9. März im Alter von 67 Jahren verstorben ist.

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 13. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Marthakirchhofes in Ahrensfelde aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener

Max Hennig

von der Firma Läser u. Lewin, Berlin, Zimmerstraße, am 9. März im Alter von 35 Jahren verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 15. März, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabethkirchhofes, Bollankstraße 66, aus statt.

Ehre ihrem Andenken!

Die Bezirksverwaltung.

Nach kurzem, aber schwerem Leiden starb am 10. März 1917 unser lieber unvergeßlicher Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Händler 541A

Max Bölling

im 33. Lebensjahre.

Er folgte seinem Bruder Fritz nach 17 Monaten.

Dies zeigen tiefbetrübt an die Eltern **Friedrich Bölling** u. Frau und Bruder **Hugo** und **Martha.**

Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 14. März, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes Reinickendorf, Humboldtstraße, aus statt.

Kranken-, Sterbe- u. Zuschußkasse für männl. Personen aller Berufe Groß-Berlin.

Am 8. März verstarb unser Mitglied, der Hutmacher

Wilhelm Kliem.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 3½ Uhr, auf dem St. Sebastian-Kirchhof in Reinickendorf, Humboldtstr., statt. 290/5 **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Eduard Lemmin

am 5. März gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Gesangverein „Immergrün", Tegel
M. d. A.-S.-B.

Am Freitag, den 9. März, entschlief nach langen, schweren Leiden unser allbewährter Sangesbruder, der Gastwirt 1996b

Ernst Rentner.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

I. A.: **Der Vorstand.**

Stumm schläft der Sänger.

Am Freitag, den 9. März d. J., morgens 5½ Uhr, entschlief sanft nach langen, schweren Leiden unser herzensguter, treusorgender Vater, Sohn, Bruder, Großvater, Schwiegervater, Schwager und Onkel, der Gemeindevertreter, Eigentümer und Restaurateur Herr

Ernst Rentner

im 55. Lebensjahre. 1995b

Dies zeigen mit der Bitte um stilles Beileid an die tieftrauernden Hinterbliebenen

Adolf Rentner.
Charlotte Rentner.
Fritz Bergé.
Käte Bergé geb. Rentner
im Namen der übrigen Angehörigen

Berlin-Tegel, den 10. März 1917.

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 13. März, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Tegel aus statt.

Am Freitag, den 9. März, verstarb nach langen, schweren Leiden unser lieber Freund, der Restaurateur

Ernst Rentner

im 55. Lebensjahre. 137a

Ehre seinem Andenken!

Die Stammgäste.

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 13. März, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes in Tegel aus statt.

Hierdurch allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Sohn, unser guter Bruder, Schwager und Bräutigam, der Tischler

Bruno Schmoock

am Sonntag, den 11. März, nach längerem Leiden sanft entschlafen ist. Um stille Teilnahme bitten

Familie **Albert Schmoock.**
Martha Benisch.

Die Beerdigung findet am Donnerstag nachm. 4½ Uhr, auf dem Städt. Friedhof in Friedrichsfelde statt. 1999b

---

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 28. Februar 1917 durch Granattreffer unser geliebter Sohn

Wilhelm Fröhlich

Inhaber des Eisernen Kreuzes, 2. Garde-Regiment, 3. Komp., im 28. Lebensjahre. 722A

In tiefstem Schmerz

Wilhelm Niendorf u. Frau geb. **Fröhlich.**

Berlin-Schöneberg, Sedanstr. 13.

Danksagung.

Allen denen, die unserem Sohne

Robert

die letzte Ehre erwiesen haben sowie für alle Kranzspenden sagen wir unseren innigsten Dank 338A

Adolf Eulenfeld und Frau, Boeckhstr. 5.

Haben Sie Frost?
an Händen, Füßen u. Ohren
Reichel's **Frostikon-Balsam**
beseitigt Frostbeulen, Röte und Jucken. Fl. 1.—
Reichel's **Frostikon-Salbe** gegen wunde, aufgebrochene Frostschäden M. 1.—
Wirkung schnell u. sicher!
Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnst. 4.

Baugenossenschaft „Ideal"
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Sonnabend, den 17. März 1917, abends pünktlich 8½ Uhr, in der Ideal-Klause, Neukölln, Marschstraße 14/16:

General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht des Vorstandes über das 10. Geschäftsjahr 1915/16.
2. Beschlußfassung über die Bilanz und Gewinnverteilung; Entlastung des Vorstandes.
3. Verlesung des Revisionsberichts.
4. Ergänzungswahl zum Vorstand.
5. Wahl von Ersatzmännern zum Aufsichtsrat.

Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches. 105/6

Der Aufsichtsrat der Baugenossenschaft „Ideal", eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
Emil Butzke, Vorsitzender.

Ungeahnte Erwerbs-Möglichkeiten

bietet die nächste Zukunft. Eine tiefgreifende Änderung unseres gesamten Wirtschaftslebens, ein gewaltiger Aufschwung unserer Industrie u. des Handels steht bevor, und es werden überall

geschulte Kräfte gesucht

sein. Angehörige technischer Berufe u. Handwerker sollen nicht versäumen, ihre Kenntnisse und Fertigkeiten der kommenden Zeit anzupassen, um teilzunehmen an den wirtschaftlichen Erfolgen, die naturgemäß das Ergebnis des gewaltigen Ringens sein müssen. Das beste Mittel, rasch und gründlich, ohne Lehrer, durch einfachen Selbstunterricht eine gründliche Ausbildung in technischen Wissenschaften zu erwerben, sind die technischen Selbstunterrichtswerke „Syst. Karnack-Hachfeld". 80 S. starke Broschüre kostenlos.
Bonness & Hachfeld, Potsdam.
Postfach 167

Nervöse

Störungen u. Erregungszustände, Schlaflosigkeit, nervöse Herzbeschwerden, Reichels „Baldrament" (reiner Pflanzenauszug), ein ungemein beruhigendes, heilsam wirkendes Spezifikum d. natürl. Medizin. f. d. Nerven. Fl. 2.50 M. Wo nicht erhältlich, wende man sich an Otto Reichel, Berlin 43 Eisenbahnstr. 4.

Sozialdemokratischer Verein für Berlin V.

Mittwoch, den 14. März 1917, abends 8½ Uhr, Unionssäle, Greifswalder Str. 222:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:
1. **Vortrag** des Landtagsabgeordneten **Paul Hirsch** über
Preußen in Deutschland.
2. Diskussion. Agitation. Vereinsangelegenheiten. 223/1

Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Elektrolyt Georg Hirth
hebt die Verdauung und fördert den Stoffwechsel. Wirkt belebend auf den ganzen Organismus. Ein Versuch überzeugt. In Pulver- u. Tablettenpackungen für 50 Pfg. bis 6 Mk. je nach Quantum in den Apotheken oder direkt von der Ludwigs-Apotheke, München 5, Neuhauserstr. 8.

Kennen Sie die Wohltat einer **Leibbinde?**
Sämtliche Systeme am Lager resp. nach Maßanfertigung sowie
Bruchbandagen aller Art.
Artikel z. Gesundh.- u. Krankenpflege
Pollmann, Bandagist
Berlin N., Lothringer Str. 69.
Lieferant für Krankenkassen.

Botenfrauen sucht für Bezirk Kaiserin-Augusta-Allee, Lohn 42 Mark, „Vorwärts", Charlottenburg, Seelingstraße 1.

Oskar Wollburg
Trauer-Magazin
gegründet 1893
Brunnenstr. 56-57
Große Auswahl in **schwarzer Konfektion.**
Auf Wunsch Fabrikanfertigung in 3 Stunden.
Bestellungen sofort u. gratis. Auswahlsendung bereitwilligst.
Fernspr. A. Norden 8540.

In Freien Stunden.
Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Pro Heft 15 Pf. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Spezial-Arzt
Dr. med. Hasche,
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnhof
Behandl. von **Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleid.**, spez. chron. Fälle. Ehrlich-Hata-Kuren, schmerzlose, kürzeste Behandlung ohne Berufsstörung. Blutuntersuchung. Mäßige Preise. Teilzahlung. Sprechstunden 10—1 und 5—8, Sonnt. 11—1.

Spezialarzt
Dr. med. Colemann
f. Geschlechtskrankh., Haut-, Harn-, Frauenleid., nerv. Schwäche, Beinkranke. Ehrlich-Hata-Kuren (Dauer 12 Tage). Behandlung schnell, sicher u. schmerzlos ob. Berufsstör. i. Dr. Homeyer & Co. konz. Labor. f. Blutuntersuch., Fäden im Harn usw.
Friedrichstr. 81, gegenüber Panoptikum
Königstr. 34-36, Ecke Neue Friedrichstr.
Spr. 10—4 u. 5—6, Sonnt. 10—1.
Honorar mäßig, auch Teilzahl.
— Separates Damenzimmer. —

Für Feldsoldaten!
Deutsch-Polnisch 15 Pfg.
Deutsch-Französisch 15 Pfg.
Buchhandlung Vorwärts

Sechste Kriegsanleihe.

5% Deutsche Reichsanleihe.

4½% Deutsche Reichsschatzanweisungen, auslosbar mit 110% bis 120%.

Zur Bestreitung der durch den Krieg erwachsenen Ausgaben werden weitere 5% Schuldverschreibungen des Reichs und 4½% Reichsschatzanweisungen hiermit zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt.

Das Reich darf die Schuldverschreibungen frühestens zum 1. Oktober 1924 kündigen und kann daher auch ihren Zinsfuß vorher nicht herabsetzen. Sollte das Reich nach diesem Zeitpunkt eine Ermäßigung des Zinsfußes beabsichtigen, so muß es die Schuldverschreibungen kündigen und den Inhabern die Rückzahlung zum vollen Nennwert anbieten. Das gleiche gilt auch hinsichtlich der früheren Anleihen. Die Inhaber können über die Schuldverschreibungen und Schatzanweisungen wie über jedes andere Wertpapier jederzeit (durch Verkauf, Verpfändung usw.) verfügen.

Die Bestimmungen über die Schuldverschreibungen finden auf die Schuldbuchforderungen entsprechende Anwendung.

Bedingungen.

1. Annahmestellen.

Zeichnungsstelle ist die Reichsbank. Zeichnungen werden

von Donnerstag, den 15. März, bis Montag, den 16. April 1917, mittags 1 Uhr

bei dem Kontor der Reichshauptbank für Wertpapiere in Berlin (Postscheckkonto Berlin Nr. 99) und bei allen Zweiganstalten der Reichsbank mit Kasseneinrichtung entgegengenommen. Die Zeichnungen können auch durch Vermittlung der Königlichen Seehandlung (Preußischen Staatsbank), der Preußischen Central-Genossenschaftskasse in Berlin, der Königlichen Hauptbank in Nürnberg und ihrer Zweiganstalten, sowie sämtlicher Banken, Bankiers und ihrer Filialen, sämtlicher öffentlichen Sparkassen und ihrer Verbände, jeder Lebensversicherungsgesellschaft, jeder Kreditgenossenschaft und jeder Postanstalt erfolgen. Wegen der Postzeichnungen siehe Ziffer 7.

Zeichnungsscheine sind bei allen vorgenannten Stellen zu haben. Die Zeichnungen können aber auch ohne Verwendung von Zeichnungsscheinen brieflich erfolgen.

2. Einteilung. Zinsenlauf.

Die Schuldverschreibungen sind in Stücken zu 20000, 10000, 5000, 2000, 1000, 500, 200 und 100 Mark mit Zinsscheinen, zahlbar am 2. Januar und 1. Juli jedes Jahres, ausgefertigt. Der Zinsenlauf beginnt am 1. Juli 1917, der erste Zinsschein ist am 2. Januar 1918 fällig.

Die Schatzanweisungen sind in Gruppen eingeteilt und in Stücken zu 20000, 10000, 5000, 2000 und 1000 Mark mit dem gleichen Zinsenlauf und den gleichen Zinsterminen wie die Schuldverschreibungen ausgefertigt. Welcher Gruppe die einzelne Schatzanweisung angehört, ist aus ihrem Text ersichtlich.

3. Einlösung der Schatzanweisungen.

Die Schatzanweisungen werden zur Einlösung in Gruppen im Januar und Juli jedes Jahres, erstmals im Januar 1918, ausgelost und an dem auf die Auslosung folgenden 1. Juli oder 2. Januar mit 110 Mark für je 100 Mark Nennwert zurückgezahlt. Es werden jeweils so viele Gruppen ausgelost, als dies dem planmäßig zu tilgenden Betrage von Schatzanweisungen entspricht.

Die nicht ausgelosten Schatzanweisungen sind seitens des Reichs bis zum 1. Juli 1927 unkündbar. Frühestens auf diesen Zeitpunkt ist das Reich berechtigt, sie zur Rückzahlung zum Nennwert zu kündigen, jedoch dürfen die Inhaber alsdann statt der Barrückzahlung 4%ige, bei der ferneren Auslosung mit 115 Mark für je 100 Mark Nennwert rückzahlbare, im übrigen den gleichen Tilgungsbedingungen unterliegende Schatzanweisungen fordern. Frühestens 10 Jahre nach der ersten Kündigung ist das Reich wieder berechtigt, die dann noch unverlosten Schatzanweisungen zur Rückzahlung zum Nennwert zu kündigen, jedoch dürfen alsdann die Inhaber statt der Barzahlung 3½%ige mit 120 Mark für je 100 Mark Nennwert rückzahlbare, im übrigen den gleichen Tilgungsbedingungen unterliegende Schatzanweisungen fordern. Eine weitere Kündigung ist nicht zulässig. Die Kündigungen müssen spätestens sechs Monate vor der Rückzahlung und dürfen nur auf einen Zinstermin erfolgen.

Für die Verzinsung der Schatzanweisungen und ihre Tilgung durch Auslosung werden jährlich 5% vom Nennwert ihres ursprünglichen Betrages aufgewendet. Die ersparten Zinsen von den ausgelosten Schatzanweisungen werden zur Einlösung mitverwendet. Die auf Grund der Kündigungen vom Reiche zum Nennwert zurückgezahlten Schatzanweisungen nehmen für Rechnung des Reichs weiterhin an der Verzinsung und Auslosung teil.

Am 1. Juli 1967 werden die bis dahin etwa nicht ausgelosten Schatzanweisungen mit dem alsdann für die Rückzahlung der ausgelosten Schatzanweisungen maßgebenden Betrage (110%, 115% oder 120%) zurückgezahlt.

4. Zeichnungspreis.

Der Zeichnungspreis beträgt:

für die 5% Reichsanleihe, wenn Stücke verlangt werden 98,— Mark,
" " 5% " wenn Eintragung in das Reichsschuldbuch mit Sperre bis zum 15. April 1918 beantragt wird . . . . . 97,50 Mark,
" " 4½% Reichsschatzanweisungen . . . . . 98,— Mark
für je 100 Mark Nennwert unter Verrechnung der üblichen Stückzinsen.

5. Zuteilung. Stückelung.

Die Zuteilung findet tunlichst bald nach dem Zeichnungsschluß statt. Die bis zur Zuteilung schon bezahlten Beträge gelten als voll zugeteilt. Im übrigen entscheidet die Zeichnungsstelle über die Höhe der Zuteilung. Besondere Wünsche wegen der Stückelung sind in dem dafür vorgesehenen Raum auf der Vorderseite des Zeichnungsscheines anzugeben. Werden derartige Wünsche nicht zum Ausdruck gebracht, so wird die Stückelung von den Vermittlungsstellen nach ihrem Ermessen vorgenommen. Späteren Anträgen auf Abänderung der Stückelung kann nicht stattgegeben werden*.

Zu allen Schatzanweisungen sowohl wie zu den Stücken der Reichsanleihe von 1000 Mark und mehr werden auf Antrag vom Reichsbank-Direktorium ausgestellte Zwischenscheine ausgegeben, über deren Umtausch in endgültige Stücke das Erforderliche später öffentlich bekanntgemacht wird. Die Stücke unter 1000 Mark, zu denen Zwischenscheine nicht vorgesehen sind, werden mit möglichster Beschleunigung fertiggestellt und voraussichtlich im September d. J. ausgegeben werden.

6. Einzahlungen.

Die Zeichner können die gezeichneten Beträge vom 31. März d. J. an voll bezahlen. Die Verzinsung etwa schon vor diesem Tage bezahlter Beträge erfolgt gleichfalls erst vom 31. März ab.

Die Zeichner sind verpflichtet:

30% des zugeteilten Betrages spätestens am 27. April d. J.,
20% " " " " " 24. Mai " "
25% " " " " " 21. Juni " "
25% " " " " " 18. Juli " "

zu bezahlen. Frühere Teilzahlungen sind zulässig, jedoch nur in runden durch 100 teilbaren Beträgen des Nennwerts. Auch auf die kleinen Zeichnungen sind Teilzahlungen jederzeit, indes nur in runden durch 100 teilbaren Beträgen des Nennwerts gestattet; doch braucht die Zahlung erst geleistet zu werden, wenn die Summe der fällig gewordenen Teilbeträge wenigstens 100 Mark ergibt.

Die Zahlung hat bei derselben Stelle zu erfolgen, bei der die Zeichnung angemeldet worden ist.

Die im Laufe befindlichen unverzinslichen Schatzscheine des Reichs werden — unter Abzug von 5% Diskont vom Zahlungstage, frühestens aber vom 31. März ab, bis zum Tage ihrer Fälligkeit — in Zahlung genommen.

7. Postzeichnungen

Die Postanstalten nehmen nur Zeichnungen auf die 5% Reichsanleihe entgegen. Auf diese Zeichnungen kann die Vollzahlung am 31. März, sie muß aber spätestens am 27. April geleistet werden. Auf bis zum 31. März geleistete Vollzahlungen werden Zinsen für 90 Tage, auf alle anderen Vollzahlungen bis zum 27. April, auch wenn sie vor diesem Tage geleistet werden, Zinsen für 63 Tage vergütet.

8. Umtausch.

Den Zeichnern neuer 4½% Schatzanweisungen ist es gestattet, daneben Schuldverschreibungen und Schatzanweisungen der früheren Kriegsanleihen in neue 4½% Schatzanweisungen umzutauschen, jedoch kann jeder Zeichner höchstens doppelt so viel alte Anleihen (nach dem Nennwert) zum Umtausch anmelden, wie er neue Schatzanweisungen gezeichnet hat. Die Umtauschanträge sind innerhalb der Zeichnungsfrist bei derjenigen Zeichnungs- oder Vermittlungsstelle, bei der die Schatzanweisungen gezeichnet worden sind, zu stellen. Die alten Stücke sind bis zum 24. Mai 1917 bei der genannten Stelle einzureichen. Die Einreicher der Umtauschstücke erhalten zunächst Zwischenscheine zu den neuen Schatzanweisungen.

Die 5% Schuldverschreibungen aller vorangegangenen Kriegsanleihen werden ohne Aufgeld gegen die neuen Schatzanweisungen umgetauscht. Die Einlieferer von 5% Schatzanweisungen der ersten Kriegsanleihe erhalten eine Vergütung von M. 1,50, die Einlieferer von 5% Schatzanweisungen der zweiten Kriegsanleihe eine Vergütung von M. 0,50 für je 100 Mark Nennwert. Die Einlieferer von 4½% Schatzanweisungen der vierten und fünften Kriegsanleihe haben M. 3,— für je 100 Mark Nennwert zuzuzahlen.

Die mit Januar/Juli-Zinsen ausgestatteten Stücke sind mit Zinsscheinen, die am 2. Januar 1918 fällig sind, die mit April/Oktober-Zinsen ausgestatteten Stücke mit Zinsscheinen, die am 1. Oktober 1917 fällig sind, einzureichen. Der Umtausch erfolgt mit Wirkung vom 1. Juli 1917, so daß die Einlieferer von April/Oktober-Stücken auf ihre alten Anleihen Stückzinsen für ¼ Jahr vergütet erhalten.

Sollen Schuldbuchforderungen zum Umtausch verwendet werden, so ist zuvor ein Antrag auf Ausreichung von Schuldverschreibungen an die Reichsschuldenverwaltung (Berlin SW 68, Oranienstraße 92/94) zu richten. Der Antrag muß einen auf den Umtausch hinweisenden Vermerk enthalten und spätestens bis zum 20. April d. J. bei der Reichsschuldenverwaltung eingehen. Daraufhin werden Schuldverschreibungen, die nur für den Umtausch in Reichsschatzanweisungen geeignet sind, ohne Zinsscheinbogen ausgereicht. Für die Ausreichung werden Gebühren nicht erhoben. Eine Zeichnungssperre steht dem Umtausch nicht entgegen. Die Schuldverschreibungen sind bis zum 24. Mai 1917 bei den in Absatz 1 genannten Zeichnungs- oder Vermittlungsstellen einzureichen.

* Die zugeteilten Stücke sämtlicher Kriegsanleihen werden auf Antrag der Zeichner von dem Kontor der Reichshauptbank für Wertpapiere in Berlin nach Maßgabe seiner für die Niederlegung geltenden Bedingungen bis zum 1. Oktober 1919 vollständig kostenfrei aufbewahrt und verwaltet. Eine Sperre wird durch diese Niederlegung nicht bedingt; der Zeichner kann sein Depot jederzeit — auch vor Ablauf dieser Frist — zurücknehmen. Die von dem Kontor für Wertpapiere ausgefertigten Depotscheine werden von den Darlehnskassen wie die Wertpapiere selbst beliehen.

Berlin, im März 1917.

Reichsbank-Direktorium.

Havenstein. v. Grimm.